



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 9 - 1. März 2014

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Wenn nur noch die Gesinnung zählt
Sarrazin veröffentlicht Buch über »Tugendterror« **2**

Preußen / Berlin

Wie ein Entwicklungsland
Berlins Internet-Boom bröckelt **3**

Hintergrund

Fast komplett überwacht
US-Abhörmöglichkeiten gehen weit über das nachvollziehbare Maß hinaus **4**

Deutschland

Aufklärung unerwünscht?
Viele Fragen bleiben beim NSU-Prozess ungestellt **5**

Ausland

Sogwirkung
Gas-Preise locken deutsche Unternehmen nach Texas **6**

Kultur

Im Schatten der Giganten
Der Expressionist Alexej von Jawlensky **9**

Geschichte

Berufsverbot
DDR entthob Robert Havemann aller seiner Ämter **10**



Ihre Vermittlung trug zur Beendigung des Blutvergießens bei: Sikorski und Steinmeier in Kiew

Bild: photothek.net

JAN HEITMANN:

Dreimal Unrecht

Lange 23 Jahre hat es gedauert, bis das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen in Beeskow über einen Antrag der Hohenzollern-Familie entschieden hat. 1991 beehrte das damalige und längst verstorbene Familienoberhaupt, Prinz Louis Ferdinand von Preußen, eine Entschädigung für 64 nach 1945 in Brandenburg enteignete Immobilien. Rechnen kann sein Enkel Georg Friedrich jedoch mit höchstens 1,4 Millionen Euro. Der Grund: Als der Bundestag 1994 das Ausgleichsleistungsgesetz verabschiedete, wollte er Enteignungsgeschädigte abfinden, ohne dass es den Staat zu viel kostet. Deshalb wird nicht der heutige Marktwert, sondern der 1935 von den Steuerbehörden festgelegte Pauschalwert zugrunde gelegt. In diesem Fall sind das umgerechnet lediglich 21 Millionen Euro. Aber auch von diesem Bruchteil sollen die Hohenzollern nur rund fünf Prozent bekommen, weil der Vermögenswert drei Millionen Euro überschreitet. Im Gesetz heißt das „Degressionsmethode“. Im Klartext: Den Hohenzollern wird ein zweites und drittes Mal Unrecht zugefügt. Und der Gewinner ist letztlich wieder der Staat.

Doch Brandenburgs Finanzminister Christian Görke von der Linkspartei gönnt den Hohenzollern selbst die symbolische Summe nicht. Er will den Fall wegen seiner angeblichen Brisanz „kritisch prüfen“ lassen. Schließlich seien die Mitglieder der Kaiserfamilie am „Tag von Potsdam“ Steigbügelhalter Hitlers gewesen. Das Amt für Vermögensfragen hingegen meint, dass das Verhalten früherer Hohenzoller nicht ausreiche, um dem heutigen Chef des Hauses die Zahlung vorzuenthalten. Mögen die „kritisch prüfenden“ Instanzen ebenso unideologisch-sachlich urteilen.

EU zeigt Schwäche

Zu viele unterschiedliche Interessen – Spaltung der Ukraine möglich

Nach dem plötzlichen Sieg der „Euromaidan“ genannten Revolution in der Ukraine am vergangenen Wochenende ist das Regime von Viktor Janukowitsch Vergangenheit. Eine Übergangsregierung wird zur Zeit installiert, doch über allem schwebt die Frage, wie es nun weitergehen soll und ob die EU sich als besserer Partner erweisen wird.

Auf dem Maidan, dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew, werden die Scherben der Kämpfe zusammengefragt, doch darüber, wie es weitergehen soll, herrscht Ungewissheit.

Beim Kräftemessen um Einfluss auf die Ukraine erwies sich die Europäische Union einmal mehr als zahnlöser Tiger: Außer vagen Aussagen über ein internationales Hilfspaket und kurzfristige Finanzhilfen hatte die auf dem Höhepunkt der Unruhen angereiste EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton

nichts zu bieten. Dabei geht es bei der Ukraine auch um die Interessen der EU. Ungarn und Polen bereiten sich auf eine Flüchtlingswelle aus dem Nachbarland vor, ein Auseinanderbrechen der Ukraine hätte Auswirkungen auf die geopolitische Situation der gesamten Region.

Erst die Einmischung der Außenminister der Nationalstaaten Deutschland und Polen konnte etwas ausrichten. Frank-Walter Steinmeier und Wladyslaw Sikorski halfen durch Verhandlungen das Blutvergießen zu beenden und ebneten den Weg für vorgezogene Präsidentenwahlen, ohne jedoch den Umsturz zu verhindern.

Die EU nimmt für sich Rechtsstaatlichkeit sowie ein Leben ohne

Korruption und Oligarchenherrschaft in Anspruch. Eine neue ukrainische Regierung sieht sich jedoch mit dem Problem konfrontiert, dass sie sich mit den korrupten Kräften in Verwaltung, Justiz und Miliz arrangieren werden muss. Reformen benötigen Zeit, doch die bleibt der neuen Führung nicht, da der Staatsbankrott unmittelbar bevorsteht.

Mit dem in Aussicht gestellten Assoziierungsabkommen hat die EU die Hoffnung der Ukrainer auf ein besseres Leben geschürt. Werden sie sich nun tatsächlich dem Westen zuwenden, ist Zahltag. Sollten die Kämpfer für Europa, vor allem die nationalistischen Kräfte, sich betrogen fühlen, sind weitere Umstürze und damit ein Auseinander-

brechen der Ukraine zu befürchten, zumal die Gegensätze zwischen West- und Ostukraine nicht überwunden sind.

Die beiden Supermächte USA und Russland beobachten derzeit das Ganze mit Zurückhaltung, obwohl sie ihr geopolitisches Interesse an der Ukraine durch Geldflüsse manifestieren: Putin will die geplante Eurasische Union durchsetzen und seinen Einflussbereich wahren, Obama geht es um die Ost-Erweiterung der Nato, die er mit Hilfe der Mitgliedstaaten aus der EU vorantreibt.

Für die Ukrainer steht ihre Existenz auf dem Spiel: Sie sind auf Unterstützung angewiesen, egal woher. Russland liefert ihnen Öl und Gas und kauft einen Großteil ihrer Produkte. Dass Russland mit an den Verhandlungstisch gehöre, verlangt nun auch Kanzlerin Angela Merkel. *M. Rosenthal-Kappi*

Getrieben von Hoffnung auf ein besseres Leben

Gold: Neue Zweifel an Bundesbank

Bestände in New York weiter ungewiss: Frankfurt verstrickt sich in Widersprüche

Der Bundesbank will es nicht gelingen, Gerüchte über das deutsche Gold in New York auszuräumen. In den Tresoren der dortigen Niederlassung der US-Notenbank Fed lagern angeblich rund 1500 der insgesamt 3400 Tonnen des Metalls, das die Bundesbank als eiserne Reserve für das deutsche Volk verwahrt.

Wie berichtet, sollen bis 2020 300 Tonnen davon nach Frankfurt verbracht werden. 2013 kamen indes nur fünf Tonnen, viel weniger als ursprünglich versprochen, was für einige Unruhe sorgte hat.

„Handelsblatt“-Autor und Ex-Banker Norbert Häring weist nun darüber hinaus auf etliche Ungeheimheiten hin. Bundesbank-Vor-

stand Carl-Ludwig Thiele hatte den Verdacht, das Gold könnte gar nicht (mehr) in New York sein, als haltlos zurückgewiesen. Dem hält Häring die Frage entgegen, warum dann der Transport so schleppend verlaufe, obwohl Frankfurt um das Jahr 2000 aus London ein Vielfaches der Menge in kürzerer Zeit geholt habe. Die von Thiele angemeldeten technischen Gründe für die geringen Transportmengen aus New York wirkten da wenig glaubwürdig.

Auch wundert sich Häring, dass das Gold sofort umgeschmolzen wurde. Sollte verhindert werden,

dass jemand anhand der Originalbarren die wirkliche Herkunft erkenne? Zudem weist er darauf hin, dass sich die Fed hinsichtlich des deutschen Goldes einen sehr weitgehenden Haftungsausschluss im Verlustfall gesichert habe. Der gelte für das Gold anderer Länder, das ebenfalls in New York lagere, nur im Falle höherer Gewalt.

Schließlich weist Häring auf etliche Widersprüche hin, in die sich die Bundesbank in ihren Aussagen verstrickt habe, sowohl gegenüber der Öffentlichkeit als auch gegenüber dem Rechnungshof. So behauptete Thiele, die Bundesbank

könne den Bestand überprüfen, ohne dass die Amerikaner mauernten. Der Rechnungshof indes berichtet, unter Berufung auf die Auskunft der Bundesbank selbst, das Gegenteil: Die Deutschen hätten laut Vertrag „keine Revisionsrechte“. Zudem habe die Bundesbank den Rechnungshof vor „erheblichen politischen Implikationen“ gewarnt, falls die Zuverlässigkeit der Fed öffentlich in Zweifel gezogen würde. Diese Furcht ist laut Häring nur begreifbar, wenn es etwas Schwerwiegendes zu verbergen gibt. Schließlich stellt der Autor die Frage, warum die Fed für die Bewachung von angeblich so viel Gold keinen Cent an Gebühren verlangt. *H.H.*

Ausflüchte statt Erklärungen

Wirbel um Sarrazin

Neues und altes Buch sorgen für Unmut

Man kann zwar mit absoluter Sicherheit davon ausgehen, dass der Europarat keine Werbung für das diese Woche erschienene neue Buch von Thilo Sarrazin machen wollte, trotzdem verschaffte er dem Ex-Bundesbanker Anfang der Woche zusätzliche Publizität. Die

Anti-Rassismus-Kommission des Europarats unterstellt Deutschland nämlich in einem Bericht, nicht genug gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu tun. In diesem Zusammenhang wird auch Sarrazins erster Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ erwähnt, der wegen seiner an-

geblich anti-muslimischen Äußerungen kritisiert wird. Vor allem moniert der Europarat, dass gleich mehrere bundesweit erscheinende Medien Auszüge aus dem Buch abgedruckt hätten.

Dank der „Bild“-Zeitung dürfte der Europarat Stoff für eine weitere Be-

schwerde haben, denn das Boulevardblatt hat es sich nicht nehmen lassen, auch von Sarrazins neuem Buch „Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland“ Auszüge zu bringen. Und auch die PAZ lässt den Autor zu Wort kommen. Das Interview lesen Sie auf Seite 2. *Bel*

Europarat stört Verbreitung der Thesen

MELDUNGEN

London fordert EU heraus

London – Premier David Cameron hatte es zu Jahresbeginn schon angekündigt, nun bestätigte das britische Arbeitsministerium seine Aussage, dass in England lebende EU-Bürger künftig mindestens umgerechnet 181 Euro pro Woche verdienen müssten, um Sozialleistungen wie Kindergeld zu beziehen. Offenbar ist London bereit, sich bei diesem Thema mit der EU anzulegen, denn diese hatte bereits nach Camerons Ankündigung deutlich gemacht, dass EU-Bürger nicht schlechter behandelt werden dürften als Einheimische. EU-Justizkommissarin Viviane Reding (siehe auch Seite 7) warf den Briten gar vor, auf ideologische Halbwahrheiten zu reagieren, so würden nur zwei Prozent der in England lebenden EU-Bürger Sozialleistungen kassieren. David Lidington, Großbritanniens Staatsminister für Europa, meinte, in Sachen Zuwanderung täten ganz Europa Reformen gut. Diese seien keineswegs nur im Interesse der Briten, sondern der ganzen EU. *Bel*

Kanadischer Schleichweg

Brüssel – Während sich immer mehr Widerstand gegen das im Geheimen verhandelte Freihandelsabkommen zwischen EU und USA regt, wird jetzt erst allmählich bekannt, dass bereits seit 2009 ein ähnlicher Vertrag zwischen der EU und Kanada in Arbeit ist. Das fast fertige Abkommen, das zeitnah EU-Rat, EU-Parlament und den Mitgliedsstaaten zur Abstimmung vorgelegt werden soll, enthält ebenfalls wie das Pendant mit den USA eine sogenannte Investorenschutzklausel. Diese ermöglicht es Unternehmen, so sie sich von Gesetzen eingeschränkt fühlen, vor extra eingerichteten, nicht-öffentlichen Schiedsgerichten auf Entschädigung zu klagen. Abgesehen davon, dass die Schiedsgerichte als undemokratisch gelten, würde ein ratifiziertes Freihandelsabkommen mit Ottawa auch in Kanada agierenden US-Unternehmen wie Monsanto oder Apple helfen, Investitionsklagen in der EU einzureichen. Da deutlich weniger EU-Firmen in Kanada präsent sind, haben sie diese Option kaum. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Mehr Steuern

Das Bundesfinanzministerium rechnet intern für den Zeitraum 2015 bis 2018 mit 71 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen für den Bund als noch vergangenes Jahr angenommen. Als Grund wird darauf verwiesen, dass die jüngste Konjunkturprognose der Bundesregierung unerwartet positiv ausfalle. Böse Zungen behaupten jedoch, dass der Finanzminister 2013 die zu erwartenden Steuereinnahmen bewusst kleingerechnet habe, um die Begehrlichkeiten von Schwarz-Rot bei den Koalitionsverhandlungen zu deckeln. *M.R.*

2.032.453.571.794 €

Vorwoche: 2.032.155.604.336 €
Verschuldung pro Kopf: 25.154 €
 Vorwoche: 25.150 €

(Dienstag, 25. Februar 2014,
 Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wenn nur noch die Gesinnung zählt

Sarrazin veröffentlichte dieser Tage sein neues Buch über »Tugendterror«, dem er gleich zum Opfer fiel

Mit „Deutschland schafft sich ab“ und „Europa braucht den Euro nicht“ lieferte der ehemalige Berliner Finanzsenator und Ex-Bundesbanker zwar zwei Bestseller, wurde aber auch zur Hassfigur der Mächtigen. In der PAZ steht er Rede und Antwort, wie er die Debatten um seine Bücher bewertet und was ihn nachdenklich stimmt. Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

PAZ: Noch bevor Ihr neues Buch „Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland“ (siehe Seite 22) herausgekommen ist, maßen sich Journalisten an, es zu verreißen. „Die Schublade des gefährlichen Schwachsinn“ titelte beispielsweise der „Tagesspiegel“ auf seiner Internetseite, wo der Autor am Ende betont, er wolle ihr Buch gar nicht lesen. Wie gehen Sie als Autor mit dieser Haltung und den massiven Anfeindungen um?

Thilo Sarrazin: Kritische Vorab-Rezensionen von Autoren, die sich dazu bekennen, das Buch gar nicht gelesen zu haben, sind erheiternd und bezeichnend zugleich: Erheiternd, weil der Rezensent sich damit lächerlich macht. Bezeichnend, weil er damit die Medienkritik bestätigt, die ich in meinem Buch übe. Ein prinzipienstarker Gesinnungsjournalismus scheut offenbar kein Mittel, um Fragestellungen und Perspektiven, die er bekämpft, zu diskreditieren und lächerlich zu machen.

PAZ: Im Grunde greifen Sie in Ihrer neuesten Veröffentlichung alle Aussagen, für die Sie kritisiert wurden, erneut auf und konfrontieren Ihre Gegner mit Zahlen und Studien. Welches Thema ist Ihnen hiervon besonders wichtig, sprich bei welchem wollen Sie am meisten die Masse überzeugen?

Sarrazin: In meinem neuen Buch drehe ich den Spieß um und stelle mich in die Schuhe meiner Gegner: Ich formuliere 14 Axiome

des in den Medien grassierenden Tugendwahns, die sich allesamt um die Ideologie der Gleichheit drehen. Jedes dieser Axiome formuliere ich zunächst aus einer Pro-Position in aller Konsequenz. Diese Konsequenz entlarvt ihre Hohlheit in schlagender Weise. Dem stelle ich dann die differenzierte Wirklichkeit gegenüber, und so tauchen ganz zwanglos auch Thesen und Analysen aus den beiden vorangegangenen Büchern wieder auf, aber es geht darüber hinaus. In der ideologischen Weltsicht, die ich kritisiere, hängt alles mit allem zusammen. Das war für mich besonders erhellend.

ten. Sie sind immer endlich und werden irgendwann untergehen. Dann wird Neues kommen, das Ende der Menschheit ist noch

Vieles, was geboten werde, sei »Zerrbild der Wirklichkeit«

fern. Analysiert man solche Untergänge, so sind es selten allein militärische Gründe, sondern eben jene inneren Beschränktheiten, die eine angemessene Reaktion auf die Herausforderungen von Gegenwart

nicht an den Folgen seines Zigarettenkonsums sterben.

PAZ: Sie bezeichnen die Medien als Verwalter einer Pseudorealität. Wie genau ist das zu verstehen?

Sarrazin: Ich kritisiere einen vorherrschenden Trend, nicht „die“ Medien generell. Wo Ideologie und Wunschdenken herrschen, verleben offenbar die Hirnwindungen des gesunden Menschenverstandes, und heraus kommt ein Zerrbild der Wirklichkeit. Wussten Sie, dass nach der Armutsdefinition der OECD der Anteil der Armen in Italien höher ist als in Rumänien und in Deutschland höher als in Tschechien? Das ergibt sich

in der öffentlichen Meinung, aber auch im Wahlverhalten der Bürger (siehe letzte Bundestagswahl) bewirken?

Sarrazin: Ob mein neues Buch ein Bestseller wird, weiß ich noch nicht. Aber die Hoffnung wäre anmaßend, und sie würde mich auch krank machen, dass man mit einem Buch quasi in das Rad der Weltgeschichte greifen könne. „Das Kapital“ von Karl Marx mag die Welt verändert haben, aber sicherlich nicht zum Guten. Der Einfluss eines Buches auf die öffentliche Meinung ist quasi wie ein Stein, den man ins Wasser eines Sees wirft. Viel ist erreicht, wenn man für einige Sekunden sehen kann, wie sich die dadurch gezogenen Kreise weiter ziehen und schließlich mit den übrigen Wellen vermischen. Über Kausalitäten in der Wirklichkeit kann man endlos spekulieren. Manchmal kann ja ein Buch auch wie ein Flügelschlag eines Kolibris im Amazonasbecken sein, der am Ende viele Tausend Kilometer weiter einen Orkan auslöst.

PAZ: Wie bewerten Sie die öffentlichen Reaktionen auf die Volksabstimmung zur Zuwanderung in der Schweiz?

Sarrazin: Deutsche Medien behämen und beleidigen die Mehrheit des Schweizer Volkes, weil es sich den höheren Einsichten der fremden Kommentarschreiber verschloss und deutlich machte, dass es selbst darüber entscheiden will, wer auf Schweizer Boden leben darf. Jetzt wissen alle genau, dass man die Mitwirkung der Völker unbedingt vermeiden muss, wenn man die europäische Integration weiter vorantreiben will. Bertolt Brecht sagte nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953: „Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“ Es ist doch schön, wie ein großer Dichter die Dinge auf den Punkt bringen kann.



Vor allem von der Ideologie der Gleichheit abgestoßen: Thilo Sarrazin

Bild: pa

PAZ: Sie schreiben, dass das Scheitern von Gesellschaften aufgrund ihrer inneren Beschränktheit historisch gesehen eher die Regel als die Ausnahme sei. Woran sehen Sie Deutschland schwerpunktmäßig scheitern?

Sarrazin: Wir wissen ja alle, dass wir sterben werden, aber nicht wann, wie und weshalb. Dieses Unwissen ist auch eine Gnade. Das gleiche gilt für Staaten, Nationen und Gesellschaften

und Zukunft verhindern. In „Deutschland schafft sich ab“ zeige ich für unser Land, wie es enden könnte. Ich vermeide aber sorgfältig jede Prognose. Das ist ein bisschen wie in der Medizin: Starke Raucher gefährden ihre Gesundheit extrem. Trotzdem sollte man mit der Prognose von Lungenkrebs vorsichtig sein. Helmut Schmidt zum Beispiel, dem ich noch ein langes Leben wünsche, wird voraussichtlich

aus dem Konzept der relativen Armut, einem Kind der Gleichheitsideologie, und sämtliche Armutsberichte in den deutschen Medien bauen auf dieses Konzept auf. Dabei geht unter, dass ein deutscher „Armer“ im weltweiten Maßstab tatsächlich ein Reicher ist.

PAZ: Wie erklären Sie sich den Umstand, dass Sie einen Bestseller nach dem anderen schreiben, gleichzeitig aber keine Verände-

Mut der Verzweiflung

Während das Ausland die ultralockere Geldpolitik des japanischen Premiers kritisch beäugt, setzen die Japaner auf ihn

Am vorletzten Sonntag wählte die 13 Millionen Einwohner zählende Metropole Tokio ihren neuen Bürgermeister. Yoichi Masuzoe (65), ein früherer Gesundheitsminister der konservativen LDP von Premier Shinzo Abe, gewann ohne große Anstrengungen mit absoluter Mehrheit. Alle Rivalen, ein sozialistischer Anwalt, ein rechtsgerichteter ehemaliger Luftwaffenchef und einormaliger Premier, der zum Atomenergiegegner mutiert war, wurden deklassiert.

Im Gegensatz zu den meisten seiner kurzlebigen Vorgänger und seiner schlechten Presse im Ausland ist Premier Abe im Lande weiter populär. Einmal, weil die Opposition sich gerade wieder selbst zerfleischt und sich Abe als Koalitionspartner anbietet. Zum anderen, weil die meisten Japaner mit dem Mut der Verzweiflung weiter an den Erfolg seiner „Abenomics“ glauben wollen, die das Land mit schuldenfinanzierten Ausgabenprogrammen und einer inflationären Geldvermehrung aus seiner schon zwei Jahrzehnte dauernden Stagnation und Deflation führen soll.

Tatsächlich brennt aktuell noch ein kleines Wachstums-Strohfeuer von noch knapp zwei Prozent, das sich im Wesentlichen aus dem letztjährigen, längst wieder eingebrochenen Börsenboom, den öffentlichen Bauprogrammen und den vorgezogenen Käufen vor der Steuererhöhung vom 1. April, welche die Verbrauchssteuern von fünf Prozent auf acht Prozent anhebt, speist. Aber im Wesentlichen gab es nur den Luxuskonsum in Tokio von Lamborghini und Gucci-Handtaschen.

An der Mehrheit der Bevölkerung und in der Provinz ging all das spurlos vorbei. Mit 3,7 Pro-

Derzeitiges Wachstum ist nur Strohfeuer

zent Arbeitslosigkeit herrscht zwar eigentlich Vollbeschäftigung – auf jeden Arbeitslosen kommt statistisch eine offene Stelle –, doch sind die verfügbaren Stellen alle nur Teilzeitjobs im schlecht bezahlten Dienstleistungssektor. Allein während des letzten Jahrzehnts gingen vier

Millionen gut bezahlte Arbeitsplätze in der Industrie und beim Bau verloren. Sie wurden nach China und Südostasien verlagert oder von der technologischen Entwicklung überholt, die mit weniger qualifizierten Arbeitskräften auskommt.

Bei den jetzt anstehenden jährlichen Lohnverhandlungen verlangen die Gewerkschaften mit Unterstützung der Regierung „mindestens einen Prozent“ höhere Grundlöhne. Zwar sitzen die meisten Großunternehmen wie Toyota, Honda oder Hitachi auf Bergen von Barreserven, die durch repatrierte Gewinne dank des billigen Yen angeschwollen sind, doch sind nur die wenigsten bereit, ihre Lohnkosten dauerhaft hochzusetzen. Sie zahlen lieber Einmal-Boni an die Belegschaften. So sehen die Aussichten auf real steigende Einkommen bei erhöhten Verkaufssteuern und 1,3 Prozent Inflation doch eher düster aus. Wo bei sinkender Kaufkraft und einer alljährlich um 300 000 Menschen schrumpfenden Bevölkerung eine nachhaltige Konjunkturbelebung herkommen soll, bleibt ein Geheimnis der Regierung.

Aus dem Export kann sie, im Gegensatz zur Vergangenheit, trotz des schwachen Yens nicht mehr kommen. Die einst weltbeherrschende Elektronikindustrie Japans schwächelt. Sony, Panasonic und Sharp schreiben rote

Trotz schwachen Yens stagniert der Export

Zahlen. Im Halbleiter-, Fernseh-, Mobiltelefon-, Computer- und Kamerageschäft können sie gegenüber der Konkurrenz von Samsung, Apple und Lenovo nicht mehr mithalten. Und die meisten japanischen Pkw werden mittlerweile im Ausland gefertigt.

Zudem stürzte die japanische Handelsbilanz wegen der teuren Energieimporte von Rohöl, Kohle und Flüssiggas mit 820 Milliarden Euro massiv in die roten Zahlen. Die Abschaltung der 48 Atommeiler hat ihren Preis. Die hohen Strom- und Mineralölpreise werden an die Verbraucher weiter gereicht und treiben die Inflation.

Alles spricht dafür, dass die sparsamen Japaner wie schon

einmal 1998 bei einer ähnlichen Erhöhung in den Konsumstreik treten werden. Denn ihre engen Wohnungen sind ohnehin von oben bis unten mit Gebrauchsgütern vollgestopft. Sie können also sehr lange nicht einkaufen gehen. Natürlich hat auch für diesen Fall die Regierung ein neues schuldenfinanziertes Ausgabenprogramm vorgesehen. Doch bei einer Staatsverschuldung von bald 250 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – fast doppelt so viel wie Griechenland – hat auch das Schuldenmachen absehbar ein Ende. Japans Schulden belaufen sich bereits auf 64 000 Euro pro Bürger, vom Säugling bis zum Greis. Und wenn sie bezahlt werden sollen – durch Steuern oder durch Inflation – sind alle um diesen Betrag ärmer. Die Zinsen, die künstlich bei null Prozent gehalten werden, könnten dann risikobedingt doch steigen. Damit könnte die Regierung sehr schnell zahlungsunfähig werden. Insofern erinnert die aktuelle Abenomics-Politik in fataler Weise an den Glauben an die verzweifelten Banzai- und Kamikaze-Attacken der letzten Kriegesphase von 1945. *Albrecht Rothacher*

Berlin geht baden

Von VERA LENGSELD

Vergesst die Schildbürger! Berlin hat viel mehr zu bieten. Da macht der ehemalige Kulturstaatssekretär Schmitz erfolgreich seine von ihm selbst ins Werk gesetzte Entlassung rückgängig und bringt sich in den Genuss üppiger Ruhestandsgelder. Um die Gemüter zu beruhigen, wird gestreut, er würde diese Bezüge spenden. Das muss man sich mal vorstellen: Der Steuerhinterzieher fordert vom Steuerzahler finanzierte Ruhestandsgelder ein, um sie als milde Gabe verteilen zu können. Hört sich irre an, ist auch irre.

Übertroffen wird das nur vom Coup des Regierenden Bürgermeisters Wowereit, der nach einem Jahr den Posten des Aufsichtsratschefs des BER wieder eingenommen hat, von dem er wegen Unfähigkeit zurückgetreten war.

Prompt mussten die für den Sommer angekündigten Probeflüge abgesagt werden. Flughafenchef Mehdorn fühlt sich alleingelassen, ohne notwendige Unterstützung des Aufsichtsrats. Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, dass es immer noch nicht gelungen ist, einen Fachmann zu finden, der die dringend benötigte Entrauchungsmatrix erstellen kann. Eine Ausschreibung blieb ohne Bewerbungen. Ohne eine Koordinierung der Brandschutzanlagen ist an eine Inbetriebnahme des Flughafens nicht zu denken.

Nicht nur der Flughafen scheint baden zu gehen, auch die Berliner sollen das bald können, und das in unmittelbarer Nähe der Museumsinsel, des im Bau befindlichen Schlosses, des Berliner Doms.

Ein Verein will den Kanal am Lustgarten in ein großes Flussschwimmbad verwandeln. Das fehlt Berlin angeblich noch. Zwar gibt es so etwas schon an der Spree in Treptow, aber die Begeisterung für diese Schnapsidee ist so groß, dass die Initiatoren auf Lottomittel für eine „Machbarkeitsstudie“ hoffen können.

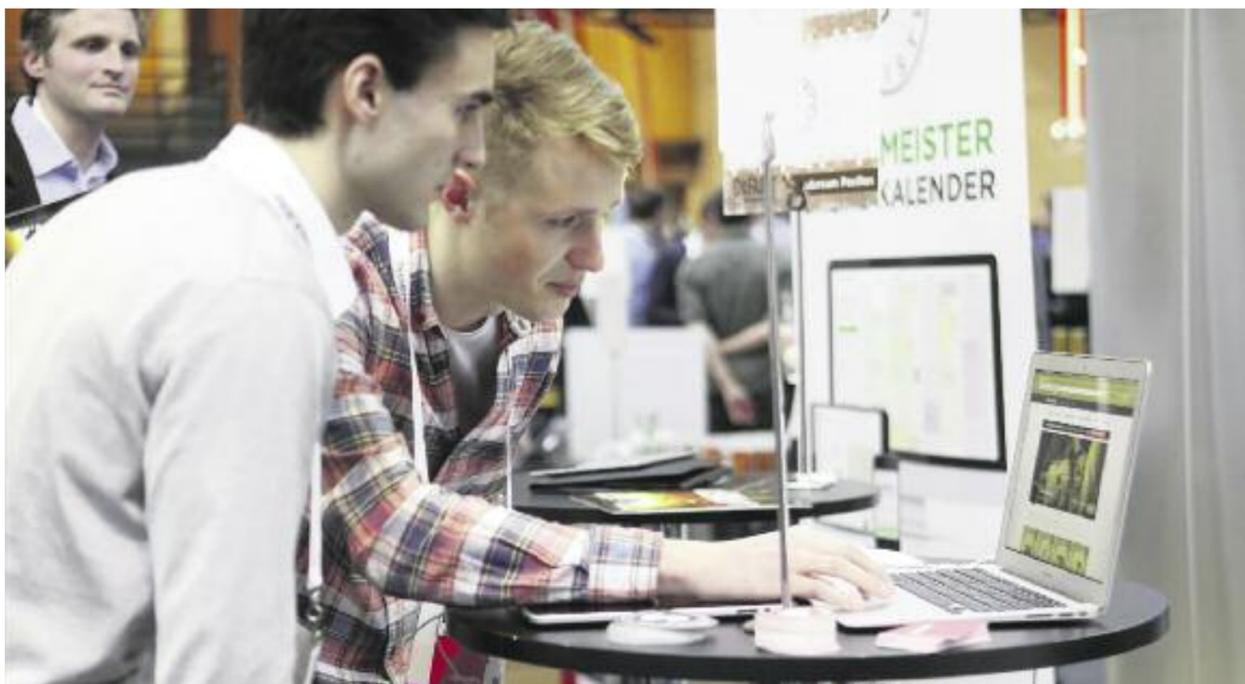
Schilda lässt grüßen. Es gibt etliche Schwimmhallen in Berlin, die wegen baulicher Mängel geschlossen werden mussten und in Gefahr sind, aufgegeben zu werden. Selbst in Pankow, wo die zu DDR-Zeiten gebaute „Volksschwimmbad“ eine ideale Ergänzung zum größten Sommerbad der Stadt darstellt, gibt es keine Aussicht auf Wiederaufnahme des Schwimmbetriebes. Dabei ist der Bezirk der kinderreichste in Berlin und braucht dringend eine Halle für das Schwimmen. Statt Geld in die Sanierung der maroden Schwimmhallen zu stecken, wird im Abgeordnetenhaus darüber nachgedacht, Spaßbäder zu bauen.

Ob das Baden im verdreckten Kanal Spaß machen wird?

Vorsorglich hat der Bezirk Mitte auf Antrag der Piraten beschlossen, das Areal mit einer Unisextoilette aufzuwerten, damit alle, die nicht wissen, ob sie Männlein oder Weiblein sind, beruhigt baden gehen können.

Wie ein Entwicklungsland

Berlins Internet-Boom bröckelt – Bund und Senat verschlafen verheißungsvolle Chancen



Konferenz zum Thema Internet und Start-Up in der arena Berlin: Das Potenzial ist da, doch falsche Weichenstellungen gefährden die Zukunft des Standorts

Bild: Davids

Berlin hat sich unter die Top-20-Standorte der Welt emporgearbeitet, wenn es um die Gründung neuer Internet-Unternehmen, der sogenannten Start-Ups, geht. Selbst Vergleiche mit dem kalifornischen Hochtechnologiestandort Silicon Valley wurden schon gezogen. Nun ist eine Diskussion darüber entbrannt, ob die Berliner Erfolgsgeschichte schon wieder vorbei ist.

Rückzüge, Notverkäufe und Pleiten – zumindest wenn es nach der „Wirtschaftswoche“ geht, dann sind Berlins Chancen auf eine wirtschaftliche Aufholjagd schon wieder im Schwinden begriffen.

Aus Sicht des Wirtschafts magazins weicht in Deutschlands Internet-Hochburg an der Spree die Euphorie zunehmend einer Ernüchterung. Um diese Einschätzung ist inzwischen ein ernster Streit entbrannt. Andere Beobachter sehen Berlin nämlich erst am Anfang einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte, am Beginn einer neuen digitalen Gründerzeit. Die Unternehmensberatung McKinsey etwa sagt Berlin durch neugegründete Internet-Unternehmen mehr als 100 000 neue Stellen bis zum Jahr 2020 voraus.

Tatsächlich kann die Fraktion der Optimisten einen Teil der Punkte auch entkräften, die Berlin nun angekreidet werden: Zumindest teilweise liegt nämlich auch ein Missverständnis der Besonderheiten rund um die Internet-Neugründungen vor. Die Pleiten und Notverkäufe in der Berliner Gründer-

szene, die nun für Aufmerksamkeit sorgen, hat es tatsächlich in letzter Zeit verstärkt gegeben, sie müssen allerdings nicht unbedingt ein Alarm signal sein. Zumindest für die Unternehmensneugründungen gehört das Scheitern fast zum Tagesgeschäft: Sieben von zehn verschwinden wieder vom Markt.

Dass trotzdem Investoren bereit sind, teilweise sehr viel Geld – sogenanntes Wagniskapital – einzusetzen, liegt an einer einfachen Kalkulation. 30 Prozent der Beteiligungen gehen pleite und müssen komplett abgeschrieben werden. Weitere 30 bis 40 Prozent der Investments machen leichte Verluste oder werfen allenfalls einen kleinen Gewinn ab. Der verbleibende Rest von 20 bis 30 Prozent an Wagniskapital-Beteiligung ist allerdings so erfolgreich, dass die anderweitig angefallenen Verluste aufgefangen werden können und unter dem Strich eine ordentliche Rendite für die Financiers übrig bleibt.

Da jedoch viele Neugründer nie eine Finanzierung durch Wagniskapital erhalten, ist davon auszugehen, dass fast 90 Prozent aller Internet-Start-Ups keine Erfolge sind. Im erfolgreichen kleinen Rest sind dann aber Perlen wie Google, Ebay, Amazon oder Facebook enthalten, die es zu milliardenschweren globalen Marktführern schaffen.

Genau auf dem Gebiet der Wagnisfinanzierung liegt allerdings der wunde Punkt, der dem Standort Berlin zunehmend zum Problem wird. Hintergrund ist eine geradezu absurde Situation: Deutschland verkauft nicht nur Waren in alle Welt, sondern ist auch als Kapitaleporteur Weltmeister, häufig allerdings mit wenig glücklichem Händchen als Investor. Deutsches Geld fließt oftmals in äußerst zweifelhafte Anlagen – von spanischen

Schrottimmobilien über griechische Staatsanleihen bis hin in den Sumpf der US-Subprime-Papiere. Geht es allerdings um Wagniskapital, damit hierzulande Unternehmensgründungen finanziert werden können, ist Deutschland im Vergleich zu anderen Industrienationen ein regelrechtes Entwicklungsland.

Allerdings befindet sich die deutsche Wagniskapital-Szene im Aufbau. Die Summe von eingesetztem Wagniskapital für deutsche Neugründungen stieg von 567 Millionen Euro 2012 auf 673 Millionen im vergangenen Jahr. Gemessen am deutschen Innovationspotenzial ist das immer noch wenig. Der Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung verspricht zwar, sich des Problems anzunehmen. Fraglich ist, ob dem auch echte Taten folgen: Ein Wagniskapitalgesetz, das im Jahr 2008 vorgelegt wurde, war so schlampig ausgearbeitet, dass es von der EU zum Teil wieder einkassiert

wurde. Bezeichnenderweise war die Branche über das Scheitern des Gesetzes nicht einmal besonders traurig. „Das Gesetz geht an den Bedürfnissen unserer Mitglieder vorbei“, so das vernichtende Urteil der Praktiker aus der Internetbranche damals.

Auf der Leitmesse für privates Beteiligungskapital „Super Return“ diese Woche in Berlin gaben Experten ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die Politik diesmal ernstmacht, etwa über die staatliche KfW. Vor allem für Berlin wäre dies von entscheidender Bedeutung: Die Stadt hat sich zu einem echten Magneten für kreative Talente aus aller Welt entwickelt. Ähnlich wie es im kalifornischen Silicon Valley vorgebracht wurde, könnten auch in Berlin aus hunderten Neugründungen langfristig ein paar Weltkonzerne entstehen. Berlin hätte so die Chance, die Abwanderung der Industrie nach dem Zweiten Weltkrieg wieder wettzumachen.

Von Seiten des Senats scheint man die Chance, die der Stadt eher ohne eigenes Zutun zugeflogen ist, allerdings nicht ernsthaft wahrzunehmen. Eine Rolle spielen dürfte, dass nach mehreren Jahrzehnten linksgeprägten Zeitgeistes Begriffen wie Unternehmertum und Gewinnstreben schon fast etwas Anrüchiges anhaftet. Statt gelegentlicher Grußworte und Sonntagreden wäre der Berliner Senat gut beraten, beim Bund Druck zu machen, damit Deutschland endlich ein praktisches Gesetz zur Wagniskapitalfinanzierung erhält. *Norman Hanert*

Deutsches Kapital geht lieber in Schrott-Immobilien

finden und „jede nötige Hilfe bekommen“. Bürgerproteste und kritische Fragen auf Informationsveranstaltungen werden regelmäßig von der örtlichen „Antifa“ und der Hausbesetzerzene durch bedrohliche Präsenz unterbunden (die PAZ berichtete).

Derweil tut sich in den Augen von kritischen Bürgern eine immer größere Kluft zwischen der Fürsorge der Stadt für Einheimische und Fremde auf. Potsdam bekommt jährlich pro „Flüchtling“ 9011 Euro aus dem Landeshaushalt zugewiesen. Das reicht aber nicht zur Alimentation der Zuwanderer aus und so muss die Stadt ihre neuen Mitbewohner mit zusätzlichen finanziellen Mitteln unterstützen. Neben den Aufwendungen für Miete und Krankenkosten entstehen noch nicht näher definierte „Betreuungskosten“.

Im sogenannten Nikolaikirche werden die Zuwanderer im Rahmen eines „Integrationsprojektes“ einquartiert. Sozialdezernentin Elona Müller-Preinesberger begründet diese Vorzugsbehandlung so: „Vor allem sie (die Kinder) und die nicht erwerbstätigen Erwachsenen verbringen einen Großteil ihrer Zeit im Wohnquartier.“ Die Dezernentin möchte, dass die Neuankömmlinge sich schnell zurecht-

Kritische Bürger werden angefeindet

Premium-Asyl

Potsdam: Teure Wohnungen für Zuwanderer

Potsdam ist vom Land Brandenburg verpflichtet worden, insgesamt 250 weitere „Flüchtlinge“ aus Tschetschenien, Afghanistan, Iran, Syrien und Somalia einzuquartieren. Sie sind sämtlich aus sicheren Drittländern nach Deutschland eingereist. Die Stadt Potsdam mietet dafür jetzt 25 Wohnungen in bester, bevorzugter Lage an, um 50 Personen dort unterzubringen.

Im sogenannten Nikolaikirche werden die Zuwanderer im Rahmen eines „Integrationsprojektes“ einquartiert. Sozialdezernentin Elona Müller-Preinesberger begründet diese Vorzugsbehandlung so: „Vor allem sie (die Kinder) und die nicht erwerbstätigen Erwachsenen verbringen einen Großteil ihrer Zeit im Wohnquartier.“ Die Dezernentin möchte, dass die Neuankömmlinge sich schnell zurecht-

Potsdam will Statuen zurück

Streit mit Berlin um acht Figuren auf der Humboldt-Universität

Berlin und Potsdam streiten um Sandsteinfiguren an der Fassade der Berliner Humboldt-Universität. Auch für Berlins Schloss (Humboldt-Forum) ist die Frage der Rekonstruktion des Skulpturenschmucks im Eingangsbereich weiter strittig.

Das skulpturale Erbe Preußens beschäftigt derzeit Politik wie Initiativen und lockt Touristen. Im Dezember fanden Taucher in der Spree eine Dachfigur, vermutlich von der Alten Münze. Sie sorgten für viel Aufmerksamkeit. Die erntet derzeit auch Brandenburg: Führende Landespolitiker wollen acht Figuren von den beiden seitlichen Kopfbauten der Berliner Humboldt-Uni für das Potsdamer Stadtschloss zurück. Die Statuen sollen nach dem Willen des Vereins Potsdamer Stadtschloss und des Vereins Mitteschön an ihren wiedererrichteten Ursprungsbau, der aktuellen Generaldirektor der Schlösser- und Gärtenverwaltung, Hans Joachim Giersberg, 1991 bis 2001 Chef der Schlösser-

stiftung, und der Architekt des Landtagsschlosses, Peter Kulka, haben bereits eine entsprechende Unterschriftenliste unterzeichnet. Mehr 1000 Unterschriften kamen bisher zusammen.

Potsdams Stadtverordnete haben Oberbürgermeister Jann Ja-

Friedrich der Große stiftete sie einst für das Stadtschloss

kobs (SPD) beauftragt, über eine Rückgabe mit Berlin zu verhandeln. Selbst der Generalstaatsanwalt des Landes, Erardo C. Rautenberg (SPD), mischt mit und untermauert die Forderung mit rechtlichen Argumenten.

Der aktuelle Generaldirektor der Schlösser- und Gärtenverwaltung, Hartmut Dorgerloh, lehnt dies aber ab. Ein erstes Treffen Brandenburgs Politiker am 13. Februar endete in der

Forderung nach einer einvernehmlichen Lösung mit Berlin.

Friedrich der Große gab die Skulpturen einst für das Potsdamer Stadtschloss in Auftrag. Nach den Zerstörungen im Krieg und vor Sprengung des Schlosses 1959/1960 retteten Denkmalpfleger wenige der einst 76 Figuren. Acht landeten 1966 als Dauerleihgabe auf dem Dach der Universität in Berlin. Nun versucht Potsdams Landtagspräsident Gunter Fritsch (SPD) sie heimzuholen. Die Politik Brandenburgs identifiziert sich somit mit dem friderizianischen Kulturerbe, während Berlin ein Jahr nach einer vergleichbaren Initiative des Fördervereins Berliner Schloss zur vollen Wiederherstellung des Schlossumfelds dies weiter blockiert. Der Verein wollte das alte Erscheinungsbild mit erforderlichen Behinderten-, Fahrrad- und Busparkplätze beim Wiederaufbau der Hohenzollernresidenz in Einklang bringen. *SV*

Linke gegen die Garnisonkirche

Eine Initiative „Potsdam ohne Garnisonkirche“ hat ein Bürgerbegehren gegen den Wiederaufbau der symbolträchtigen Kirche im Zentrum Potsdams angekündigt. Als ein mögliches konkretes Ziel des Begehrens hat der Initiativen-Sprecher Simon Wohlfahrt den Austritt der Stadt Potsdam aus der Wiederaufbau-Stiftung genannt. Fördergesellschaft und Stiftung für den Wiederaufbau der evangelischen Potsdamer Garnisonkirche sehen das angekündigte Vorhaben nach eigenen Angaben gelassen: Im ersten Schritt benötigt die Initiative gegen die Garnisonkirche mindestens 14 000 Unterschriften, damit ein Bürgerbegehren in Gang kommen kann. Bereits zur Kommunalwahl 2008 war aus dem Umfeld der linksalternativen Stadtverordneten-Fraktion „Die Andere“ ein Bürgerbegehren gegen den Wiederaufbau des Potsdamer Stadtschlosses initiiert worden, das an mangelnder Zustimmung der Bevölkerung gescheitert war. *N.H.*

Zeitzeugen



Keith B. Alexander – Der Viersternegeneral ist Direktor der NSA und in Personalunion zudem noch Kommandant des United States Cyber Command sowie Chef des Central Security Service. Damit obliegt ihm auch die Kontrolle des Verschlüsselungswesens und der elektronischen Kriegführung der US-Streitkräfte.



James R. Clapper – Nach einer Karriere bei der US Air Force fungiert der Generalleutnant a. D. seit August 2010 als der Director of National Intelligence und koordiniert damit die in der US Intelligence Community vereinten US-Geheimdienste. Zudem berät er den Präsidenten in Fragen der nationalen Sicherheit.



Edward J. Snowden – Während seiner Tätigkeit im NSA-Kunia Regional Center auf Hawaii kopierte der IT-Fachmann ohne Studienabschluss 1,7 Millionen hochgeheime Dateien und machte diese dann später der Presse zugänglich. Damit löste Snowden im Juni 2013 die Überwachungs- und Spionageaffäre aus.

Thomas A. Drake – Als Softwaretester der NSA machte er seine Vorgesetzten auf Fehler und Rechtsverstöße der Agentur aufmerksam und wandte sich dann 2005 an die Medien, als keine Reaktion erfolgte. 2013 bestätigte Drake die Aussagen Snowdens – und bezeichnete das Enthüllte als „Spitze des Eisbergs“.



Josef Foscchepoth – In seinem 2012 erschienenen Buch „Überwachtes Deutschland“ wies der Freiburger Historiker anhand bisher unzugänglicher Dokumente nach, dass westalliierte Geheimdienste wie die NSA die Bundesbürger auf deutschem Boden ausspionieren und die BRD-Dienste dabei Hilfestellung leisten.

Fast komplett überwacht

US-Abhörmöglichkeiten gehen weit über das nachvollziehbare Maß hinaus

Als „Abhören in der Premiumklasse“ bezeichnete Gerhard Schmid, der ehemalige Vizepräsident des EU-Parlaments, welcher 2000/01 einen Sonderausschuss zu den Schnüffelpraktiken der USA und ihrer Verbündeten geleitet hatte, kürzlich die Tätigkeit der National Security Agency (NSA), der Nationalen Sicherheitsbehörde. Das freilich ist noch stark untertrieben.

Letztlich hört der US-Geheimdienst nicht nur beim Telefonieren mit, sondern überwacht, speichert und entschlüsselt auch einen erheblichen Teil der gesamten elektronischen Kommunikation auf unserem Planeten. Was übrigens nach US-Recht vollkommen legal ist, denn das berücksichtigt nur die schutzwürdigen Interessen von Bürgern der Vereinigten Staaten. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der Geheimdienst zahlreicher unterschiedlicher technischer Systeme und Methoden.

So betreibt die NSA mit Hilfe der Software Prism eine Echtzeitüberwachung von Kunden der Internetdienstleister Microsoft, Yahoo, Google, Facebook, Paltalk,

You-Tube, Skype, AOL und Apple. Dabei ist ihr der Zugriff auf die gesamte Bandbreite der Kommunikation möglich: E-Mails, Chats, Internettelefonie, Videokonferenzen, Logins sowie versendete Videos, Fotos und Textdateien. Desweiteren kontrolliert die NSA Teile des internationalen Zahlungsverkehrs, wie beispielsweise die Transaktionen von Visa-Kunden. Ebenso möglich ist das Ausspähen von Smartphones mit den Betriebssystemen Android, iOS und BlackBerry.

Die Datengewinnung erfolgt auf verschiedenen Wegen. So gibt es diverse Abhöranlagen auf allen Kontinenten (Echelon-Stationen), darüber hinaus werden aber auch die Datenkabel zu Lande oder unter Wasser angezapft – letzteres vermutlich vor allem durch das U-Boot „Jimmy Carter“. Außerdem kooperierte die NSA zumindest in der Vergangenheit mit Unternehmen wie Apple und Microsoft, welche „Hintertüren“ in ihre Software ein-

bauten, die das routinemäßige Knacken von Verschlüsselungen ermöglichen sollten. Oder der Geheimdienst beteiligte sich gleich selbst an der Entwicklung freizugänglicher Software wie dem „sicherheitsverbesserten“ Linux. Darüber hinaus sorgt die NSA-Abteilung für Tailored Access Operations dafür, dass in die Computer-Hardware von Firmen wie Dell, Hewlett-Packard und Samsung Zugangsmöglichkeiten implementiert werden. Dadurch ist es dann beispielsweise möglich, mittels des Systems FoxAcid Rechner mit individuell abgestimmter Schadsoftware zu infiltrieren.

Sollte die Technik der potenziellen Abhörpuffer besser gesichert sein, bedient sich die NSA des Special Collection Service und der Access Technologies Operations Branch, welche notfalls Agenten losschicken, die den Zugang zu fremden Daten in CIA-Manier erzwingen. So haben Mitarbeiter der letzteren Abteilung

unter anderem die EU-Gebäude in Washington, New York und Brüssel verwandt.

Die Massenüberwachung erfordert natürlich erhebliche technische Ressourcen. Deshalb nahm die NSA Ende 2013 das Utah Data Center in Betrieb, welches sich in Camp Williams nahe Bluffdale befindet und für die Speicherung und Entschlüsselung der immer größer werdenden Datenmengen verantwortlich ist, die infolge der ausufernden Sammelwut der US-Schlapphüte anfallen. So wird der Umfang der Daten, die allein im Zuge der Ausspähung des Internets bearbeitet werden müssen, mit 29 Petabytes pro Tag angegeben – das sind sagenhafte 29 Quadrillionen Bytes! Schätzungen zufolge kann die neue Anlage in Utah außerdem auch Daten im Umfang von 140 Megabyte bis 1,4 Gigabyte pro einzelnen Erdbürger speichern, also so viel wie eine Computerfestplatte heute üblicherweise fasst. Wenn dies der Wahrheit entspricht, wäre das der Einstieg in die globale Komplettüberwachung!

Wolfgang Kaufmann

Im Grunde bestehen überall Zugriffsmöglichkeiten



Daten-Schnittstelle: In Bad Aibling wechseln pro Monat 500 Millionen Megadaten den Besitzer

Bild: Reuters

NSA in Deutschland präsent

Und was der US-Geheimdienst nicht allein ermittelt, liefert BND

In den durch die Enthüllungen von Edward Snowden bekanntgewordenen NSA-Geheimdokumenten wird die Bundesrepublik Deutschland explizit als „Partner Dritter Klasse“ bezeichnet, dessen Kommunikationsströme – im Gegensatz zu denen der „Partner Zweiter Klasse“ Australien, Neuseeland, Kanada und Großbritannien – als legitimes Angriffsziel zu betrachten und deshalb auch uneingeschränkt abzuschöpfen seien. Aus diesem Grunde überwacht der US-Geheimdienst unser Land inzwischen genauso intensiv wie China, den Irak und Saudi-Arabien. Dabei interessieren sich die US-Schnüffler insbesondere für die deutsche Außenpolitik, wirtschaftliche Belange, die Entwicklung und den Export von Waffen sowie neue Technologien.

Obwohl der Einblick in diesbezügliche Interna den deutschen Interessen alles andere als zuträglich ist, nicht zuletzt weil dabei wahrscheinlich die Grenze zur Wirtschaftsspionage überschritten wird, besteht eine enge Kooperation mit dem Bundesnachrichtendienst (BND). Der nämlich ist gemäß dem Geheimen Zusatzabkommen zum Nato-Truppenstatut vom

1. Juli 1963 sowie dem „Memorandum of Agreement“ zwischen dem BND und der NSA vom 28. April 2002 verpflichtet, auf Anforderung alle Arten von Daten an den US-Geheimdienst weiterzuleiten.

Die diesbezügliche Schnittstelle befindet sich in der Mangfall-Kaserne in Bad Aibling. Hier erfasst die NSA nach Informationen des „Spiegel“ pro Monat um die 500

Horchposten gleich an mehreren Stellen

Millionen Megadaten (Verbindungsdaten zu Telefonaten, Mails, SMS) deutscher Bürger, welche vom BND übergeben werden. Darüber hinaus kann man davon ausgehen, dass nicht nur Megadaten in die Hände der NSA gelangen, sondern auch Kommunikationsinhalte. Ebenso steht mittlerweile fest, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz gleichfalls in größerem Umfang Datensätze an den „Partnerdienst“ weitergibt.

Ganz in der Nähe der Mangfall-Kaserne errichtete die NSA 1952 ihren ersten Horchposten auf deutschem Boden, die Field

Station 81, welche dann 2004 in die Regie des BND überging. Insgesamt betrieb die Agentur zu Zeiten des Kalten Krieges 18 namentlich bekannte Standorte in allen Teilen der Bundesrepublik. Heute sollen es angeblich deutlich weniger sein. Auf jeden Fall existiert eine offizielle Vertretung der NSA in Deutschland, nämlich das Representative Europe Office in den Patch Barracks in Stuttgart-Vaihingen. Dazu kommt der Abhörstützpunkt im Dagger Complex der US Army in Griesheim bei Darmstadt. Außerdem entsteht in Wiesbaden das Consolidated Intelligence Center, dessen Fertigstellung für 2015 geplant ist und das auch von der NSA genutzt werden soll.

Präsent ist der US-Geheimdienst in Deutschland des Weiteren dort, wo Zugang zu wichtigen Datenleitungen besteht. So überwacht er mit Sicherheit den weltweit größten Internetknoten DE-CIX in Frankfurt am Main. Das gleiche gilt für die Anlandepunkte der Überseekabel AC-1, TAT-14 und SeaMe-We-3 auf Sylt und in Norden. Und natürlich befinden sich auch NSA-Lauschposten in der US-Botschaft in Berlin und dem Generalkonsulat in Frankfurt. W.K.

Neuen Schub durch 09/11

Die National Security Agency (NSA) ist der größte Auslandsgeheimdienst der USA und wurde 1952, dem Tag der Wahl von Dwight D. Eisenhower zum Präsidenten, gegründet. Sie gehört zur United States Intelligence Community, dem Verbund aller 17 Geheimdienste der USA, und untersteht sowohl dessen Direktor als auch dem US-Verteidigungsministerium.

Die NSA-Zentrale liegt in Fort Meade (Maryland). Die Zahl der Mitarbeiter der Agentur ist ebenso geheim wie die Höhe des Budgets. Schätzungen zufolge arbeiten rund 40 000 Menschen für die NSA, der pro Jahr wahrscheinlich um die 10,8 Milliarden Dollar zur Verfügung stehen. Damit würde die NSA ein Fünftel aller Gelder bekommen, die Washington für seine Geheimdienste aufwendet.

Im Laufe ihrer Geschichte sorgte die NSA für diverse Skandale.

Nach Kaltem Krieg fast bedeutungslos

So war nicht zuletzt auch eine NSA-Fehlinformation dafür verantwortlich, dass Präsident Lyndon B. Johnson den fatalen Entschluss fasste, offen in den Konflikt zwischen Nord- und Süd-Vietnam einzugreifen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges schien der Stern der NSA zu sinken, was nicht zuletzt zu einem technischen Hinterherhinken führte. Letzteres änderte sich erst 1999, als der damalige Direktor Michael Hayden einen Wandel hin zur Nutzung moderner Hochtechnologien in Gang setzte. Allerdings erfolgte der entscheidende Schub in puncto Abhör- und Entschlüsselungsmethoden dann doch erst infolge der Terroranschläge von 2001.

Derzeit laufen diverse milliardenteure Investitionsvorhaben der NSA im In- und Ausland, was auf die Absicht zu einer weiteren Intensivierung der Spionagetätigkeit hindeutet. Deshalb sind alle Beteuerungen, dass sich die NSA in Zukunft zurückhalten werde, mit größter Skepsis zu betrachten. W.K.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbrief:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreussische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der Preussischen Allgemeinen Zeitung werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der Preussischen Allgemeinen Zeitung erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der Preussischen Allgemeinen Zeitung wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: paz
Kennwort/PIN: 4488

Aufklärung unerwünscht?

Viele Fragen bleiben beim NSU-Prozess ungestellt – Ermittlungslücken sorgen nun für Konsequenzen

Von der Öffentlichkeit fast unmerkelt ist es beim Münchener NSU-Prozess zu einem Eklat gekommen. Gleich Dutzende Anwälte von Nebenklägern werfen in einer gemeinsamen Erklärung der Bundesanwaltschaft vor, die Aufklärung in Sachen Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) zu blockieren.

as T., der im Zusammenhang mit dem Kasseler Mordfall als Zeuge vernommen wurde. Die Bundesanwälte erklärten polizeiliche Abhörprotokolle kurzerhand für irrelevant, obwohl der Verfassungsschützer einem Vorgesetzten bekannte, er habe gegenüber der Polizei „restriktiv“ ausgesagt. Im Klartext: Der Ex-Verfassungsschüt-

Dass eine große Zahl von Nebenklagevertretern nun der Bundesanwaltschaft vorwirft, sämtliche Aufklärungsversuche regelrecht zu blockieren, kommt dem verzweifelten Versuch einer Notbremse gleich. Der Münchner Prozess hinterlässt zunehmend den Eindruck, den bereits der NSU-Untersuchungsaus-

Grund bald aufkommen. Bisher geht es im Fall des langjährigen SPD-Innenpolitikers Sebastian Edathy meist um den Verdacht, dass er vor Ermittlungen gewarnt worden sei. Die erstaunlich lange Ermittlungsdauer im Fall Edathy wirft allerdings noch ganz andere Fragen auf. Wie inzwischen bekannt wurde, hat das Bundeskri-

nächst nicht bearbeitet worden, ist auch ein anderer Hergang denkbar. In den 24 Monaten, in denen man beim BKA das kanadische Material in Händen hatte, könnte sehr wohl aufgefallen sein, welcher politische Sprengstoff sich hinter dem nicht ganz alltäglichen Namen Edathy verbirgt. Zumal der SPD-Innenpolitiker ständig in den Medien präsent war, seitdem er im Januar 2012 den Vorsitz im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages übernommen hatte, der sich auch mit dem Versagen von Behörden wie dem BKA beschäftigen sollte. Eine recht wohlmeinende Deutung zu dem auf der Hand liegenden Verdacht bietet der Berliner „Tagespiegel“ an: „Hielt das BKA Informationen zurück, damit nicht der Eindruck entsteht, die Sicherheitsbehörden wollten sich an ihrem Chef-Ankläger Edathy rächen?“

Etwas realistischer dürfte allerdings eine andere Sichtweise sein. Edathys Fall könnte ganz bewusst als Joker in der Schublade behalten worden sein. Ein Edathy, der im NSU-Ausschuss allzu eifrig den Aufklärer gegeben hätte, wäre so bei Bedarf jederzeit „abschussreif“ gewesen. Dass Edathy und BKA-Chef Jörg Zierke im Ausschuss hart aneinandergeraten sind,

sollte nicht davon ablenken, dass bei wirklich kritischen Punkten oft nur leicht an der Oberfläche gekratzt wurde. Naheliegende Fragen – etwa zu einem V-Mann der Berliner Polizei im allerengsten persönlichen Umfeld des NSU-Trios, dem von der Bundesanwaltschaft bescheinigt wurde, eine „langjährig geführte Vertrauensperson“ zu sein, – lagen oftmals sprichwörtlich in der Luft, sie wurden aber nie gestellt – auch nicht von Edathy.

Norman Hanert



NSU-Bundestagsuntersuchungsausschuss: Schon der Vorsitzende Sebastian Edathy (r.) fragte zu wenig Bild: ddp images

Nachdem der Ton ohnehin immer rauer geworden ist, ist das Verhältnis zwischen der Bundesanwaltschaft als Hauptkläger und den zahlreichen Nebenklägern mittlerweile auf einem Tiefpunkt angekommen. Immerhin 33 von rund 50 Anwälten der Opfer und Hinterbliebenen werfen in einer gemeinsamen Erklärung der Bundesanwaltschaft vor, „sämtliche Aufklärung zu blockieren, die über ein bloßes Abhaken der formalen Anklagepunkte hinausgehen würde“.

Für die Anwälte sind wichtige Fragen, etwa nach dem Wissen der Geheimdienste über den NSU oder ob V-Leute und V-Mann-Führer „die Taten gefördert, ermöglicht, gedeckt“ haben, bisher nicht beantwortet – auch wenn 500 Seiten Anklageschrift das Gegenteil suggerieren. Starke Zweifel an Deutschlands oberster Staatsanwaltschaft sind indes nicht neu. Bereits Michael Buback, der Sohn des von RAF-Terroristen ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback, kam nach zwei Jahren intensiver Recherche zum Tod seines Vaters zu dem Schluss: „Es gab einen Schutz für RAF-Täter“ – und zwar „durch die Bundesanwaltschaft im Zusammenwirken mit Geheimdiensten“.

Anhaltspunkte, die auch beim NSU-Prozess Misstrauen gegen die Bundesanwaltschaft gerechtfertigt erscheinen lassen, sind reichlich vorhanden. Etwa im Fall des Verfassungsschützers Andre-

zer, der im Münchener Prozess bisher vor allem durch seine massiven Erinnerungslücken aufgefallen ist, weiß zum Kasseler Mordfall mehr, als er eingeräumt hat. Dass Derartiges im Prozess überhaupt zur Sprache kommt, ist Anwälten zu verdanken, die sich unter abschreckenden Bedingungen akribisch durch Aktenberge arbeiten. So durften Ermittlungsakten nur direkt bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe eingesehen werden, erlaubt sind dabei in der Regel nur handschriftliche Notizen.

schuss des Bundestages hinterlassen hat. Trotz scheinbar enormen Aufwandes bleiben zentrale Fragen offen.

Hielt BKA Material als Druckmittel gegen Edathy zurück?

Zweifel an der Arbeit des Bundestagsausschusses dürften noch aus einem ganz anderen

minalamt (BKA) bereits im Oktober 2011 aus Kanada Beweismaterial zu etwa 800 Deutschen erhalten, die im Verdacht standen, kinderpornografisches Material gekauft zu haben. Erst am 15. Oktober 2013 – also nach zwei Jahren – will man im BKA aber bemerkt haben, welche politische Brisanz sich hinter dem Namen Edathy verbirgt.

Alternativ zu der bisher präsentierten Erklärung, das Material zu Edathy sei als „minder schwerer Fall“ eingestuft worden und zu-

Muslime hetzen an Schulen

Hamburg: Schüler und Lehrer werden unter Druck gesetzt

Muslimische Fundamentalisten unterwandern Hamburgs Schulen. In einem behördeninternen Hintergrundpapier des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung mit dem Titel „Religiös gefärbte Konfliktlagen an Hamburger Schulen“ ist von „organisierten islamistischen Aktivitäten“ die Rede. Nach den Erkenntnissen des zur Schulbehörde gehörenden Instituts sind vor allem 15 Schulen in sozial schwachen Stadtteilen betroffen. Dort versuchten islamistische Organisationen, ihre fundamentalistische Propaganda zu verbreiten und neue Anhänger für sich zu werben. Dabei treten vor allem Salafiten und Angehörige der gewaltorientierten und deshalb seit 2003 verbotenen „Hizib ut-Tahrir“ in Erscheinung. Sie gehen dabei geschickt vor, indem sie nicht offen den Dschihad propagieren, sondern auf subtile Weise einen freiheitswidrigen Kulturwandel in bestimmten Stadtteilen betreiben.

Das Behördenpapier listet „aggressive verbale Konfrontationen“ bis hin zu massiven Provokationen und zur Gewaltandrohung gegenüber Lehrern, Mitschülern und Eltern auf. Demnach würden islamistische Jugendliche nichtmuslimische Mitschüler daran hindern, sich in bestimmten Bereichen auf-

zuhalten, Mädchen würden genötigt, sich religiös zu kleiden und nicht am Sport- und Schwimmunterricht teilzunehmen. Wer sich widersetze, werde beschimpft und bedroht. Zudem verlangten muslimische Schüler im Unterricht ein Ende der Gleichberechtigung und die Unterordnung der Mädchen. Um die Einrichtung eigener Gebetsräume auf dem Schulgelände zu erzwingen, seien spontane und

Schulsenator Rabe: »Klare Regeln gegen Islamisten«

laustarke Gruppengebete „in konfrontativer Absicht an einem zentralen Ort in der Schule“ an der Tagesordnung.

Schulsenator Ties Rabe, dessen (SPD) Parteifreund und Regierungschef Olaf Scholz Ende 2012 den 130 000 in Hamburg lebenden Muslimen in einem ersten derartigen Staatsvertrag weitgehende Rechte garantiert, aber kaum Pflichten auferlegt hat, ist bemüht, den religiösen Extremismus an Schulen als ein nicht allgemeines Phänomen hinzustellen. Er geht davon aus, „dass die jungen Muslime offenbar von Radikalen außer-

halb der Schulen aufgehetzt“ würden. Dagegen will er „klare Regeln bis zur letzten Konsequenz“ setzen: „Wenn Schülerinnen und Schüler sich nicht benehmen, dann werden sie auch der Schule verwiesen.“ Er fordert die Lehrer auf, „die geltenden Regeln strikt einzuhalten und zu stärken“. Dazu gehörten die ausnahmslose Pflicht zur Teilnahme am Unterricht sowie das Verbot jeglicher Diskriminierung oder Bedrängung. Und drittens: „Egal, welche Kleidung man trägt, das Gesicht bleibt frei.“

Dass der Senator nicht überreagiert, zeigt die Tatsache, dass sich wegen der islamistischen Hetze an den betroffenen Schulen „eine deutliche Anspannung und Besorgnis in Kollegium und Schulgemeinschaft feststellen“ lässt und von der Behördenleitung eine Lösung des Problems erwartet wird. Gerade die Hamburger Behörden haben allen Grund, islamistische Umtriebe bereits im Ansatz zu unterbinden, haben doch die Terroristen des 11. September 2001 in der Hansestadt jahrelang unbehelligt Unterstützer rekrutieren und ihre Mordtaten vorbereiten können. Der Landesverfassungsschutz geht allein von knapp 250 Salafisten in der Hansestadt aus. Die Zahl der Hizup-ut-Tahrir-Anhänger schätzt er auf rund 80. J.H.

MELDUNGEN

Friesen scheuen Beteiligung

Jever – Während von vielen Seiten mehr Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung gefordert werden, belegt der Fall von „Liquid Friesland“, dass diese, selbst wenn sie möglich ist, nicht begeistert wahrgenommen wird. Im November 2012 startete der Landkreis Friesland nach dem Vorbild der damals starken „Piratenpartei“ eine Online-Plattform, bei der sich Bürger an der Kreispolitik beteiligen können. Doch von 84 000 stimmberechtigten Friesen meldeten sich bisher nur 550 an. Davon machten wiederum nur 27 Vorschläge. Derzeit wird darüber beraten, ob die niedrige Frequenz an der minimalistischen Optik der Seite, dem geringen Interesse an Kreispolitik, kommunaler Politik allgemein oder dem Umstand, dass jeder Vorschlag in den Kreisgremien behandelt werden muss, liegt. Derzeit wird die Ausgabe von Mülltonnenreflektoren, die über Liquid Friesland gefordert wurde, bereits vom Kreis als Erfolg der Bürgerbeteiligung gefeiert. Bel

Schulz auf Gratiswahlkampf

Berlin – Bei CDU, CSU und FDP mehrte sich der Unmut, dass EU-Parlamentspräsident Martin Schulz sein Amt nutzt, um für sich als SPD-Spitzenkandidat für die EU-Wahl im Mai, aber auch als Nachfolger von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso zu werben. Dieser hatte alle EU-Kommissare aufgefordert, ab dem 1. März ihre Ämter ruhen zu lassen, um im EU-Wahlkampf nicht in Interessenkonflikt zu geraten. „Das Amt des Parlamentspräsidenten darf nicht zu Wahlkampfzwecken missbraucht werden. Herr Schulz wäre deshalb gut beraten, sein Amt während des Wahlkampfes ruhen zu lassen“, kritisiert Herbert Reul, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament, den Wahlkampf auf Steuerzahlerkosten Bel

Anzeige

COMPACT
MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Kriegsspiele
Von der Leyen in Afrika

Fuck USA!
Rache ist süß

Klitschko
Matsch in der Birne

NSA-Kronzeuge
Bosbach schwört auf Snowden

Vorbild Schweiz
Volk stoppt Einwanderung

Dossier: Querdenker
Köpfe jenseits von links und rechts

Leipziger Buchmesse
13.-16. März
Halle 5, Stand B213

Compact-Magazin GmbH
Brandenburger Str. 36
14542 Werder (Havel)
Tel. 03327-569 86 11/12
Fax 03327-569 86 17

Am guten Kiosk, im Abo oder hier: www.compact-magazin.com

MELDUNGEN

Lieber Walfang als EU-Beitritt

Reykjavik – Zwar hätten die meisten Isländer mit Nein gestimmt, trotzdem hätten viele gern in einem Referendum zum EU-Beitritt ihres Landes selber abgestimmt. Dies ergab ein Stimmungsbild, nachdem die isländische Regierung ihren Antrag für den EU-Beitritt ihres Landes dieser Tage ohne die eigentlich zugesagte Befragung der Bevölkerung vorab zurückgezogen hatte. Das Nein zur EU kam nicht überraschend, so lagen die Beitrittsverhandlungen bereits seit 2013 auf Eis. Viele Isländer nahmen es der EU übel, dass sie sich in der Finanzkrise nicht mehr für Island eingesetzt hat. Zudem – und das ist der eigentliche Grund für die Absage an Brüssel – lassen sich die Umwelt- und Tierschutzauflagen der EU nicht mit den Traditionen und Interessen der Fischerei- und Walfangnation Island vereinen. *Bel*

Zyprioten begehren auf

Nikosia – Geht es nach Euro-Gruppenchef Jeroen Dijsselbloem, dann befindet sich das von der EU getretene Zypern auf dem richtigen Weg. Immerhin wird sogar über eine Wiedervereinigung zwischen dem griechischen Süden und dem türkischen Norden verhandelt, was zeigt, dass die Wirtschaftsprobleme nicht mehr alle Kräfte beanspruchen. Doch nun haben die Auflagen der Geldgeber zu derart starken Protesten geführt, dass die Polizei in Zypern mit Tränengas gegen die Demonstranten vorgehen musste. Da Zypern 13 Milliarden Euro für sein Rettungsprogramm selber aufbringen muss, verkauft es auch im Staatsbesitz befindliche Unternehmen. Die nun geplante Privatisierung der zypriotischen Elektrizitätsgesellschaft sorgt für massive Verärgerung. „Sie verkaufen die Kuh, um Milch zu kaufen“, riefen verbitterte Mitarbeiter vor dem Parlament. *Bel*

Sogwirkung bis nach Deutschland

Günstige Gas- und Öl-Preise locken auch ausländische Unternehmen nach Texas

Mit einem Wirtschaftswachstum von knapp fünf Prozent ist Texas einer der Wachstumsmotoren der USA. Haupttreiber sind neben dem Öl- und Gassektor auch immer mehr deutsche Unternehmen, die sich dort ansiedeln.

Richard Dockery, ein kleiner Grundstücks-Makler in dem 1800-Seelen-Ort Three Rivers in Süd-Texas, beobachtete 2009 etwas Seltsames: Immer häufiger entdeckte er Fremde, die im Gericht Akten über Grundstückseigentum studierten. Es dämmerte ihm, dass Öl-Gesellschaften dahinterstehen, und er begann, billiges, von der Sonne ausgedörrtes Land zu kaufen. Heute ist er Millionär. Die erwarteten Öl-Gesellschaften kauften oder pachteten seine Grundstücke. „Ich war der kleine Makler in diesem verschlafenen Nest“, jubelt der 47-Jährige. „Und plötzlich wirft die Welt eine Geldbombe auf uns.“ Mit ihm profitierten vor allem Bauern, die bisher auf öden Feldern ein paar magere Kühe geweidet hatten. Makler verkauften oder verpachteten ihr Land, das vorher 2000 Dollar pro Acre wert gewesen war, für Millionen. Dockery: „Es ist der Wilde Wilde Westen!“

Den erlebt auch Carrizo Springs, das in vier Jahren von einem 5600 Einwohner zählenden Ort zu einer Stadt mit über 40 000 angewachsen ist. Der Preis: Der Frieden ist dahin. Die Luft stinkt oft nach faulen Eiern, die Kriminalität hat zugenommen, die Prostitution blüht. Und die Drogen-Kartelle fangen an, ihre heiße Ware in falschen Ölfahrzeugen zu tarnen.

Tausende von Gemeinden und Städtchen im Gebiet des gigantischen Schieferstein-Reservoirs in Süd-Texas, dem Eagle-Ford-Shale, erleben einen ähnlichen Aufschwung. Wie in einem ebenfalls weiten Gebiet in West-Texas, dem Permian Basin. Die riesigen Mengen an Öl und Gas, die das Gestein birgt, werden mit einer neuen Technologie, als hydraulisches Fracking bezeichnet, abgesprengt, indem große Mengen von mit Sand und Chemikalien vermisches Was-

ser in die Erde gepumpt werden. Nach einem Bericht der Universität San Antonio hat der Fracking-Boom allein im Jahr 2011 38 000 neue Arbeitsplätze geschaffen und 500 Millionen US-Dollar in die öffentlichen Kassen gespült. Texanische Öl-Gesellschaften haben in den letzten zwei Jahren die Pro-

duktion noch verdoppelt. Es wird erwartet, dass sie bis 2015 noch mehr fördern und damit Texas vor dem Iran, dem Irak und den Vereinigten Arabischen Emiraten zum fünfgrößten Öl-Produzenten der Welt machen. Bis Januar wurde nach Auskunft der Texas Railroad Commission an 5021 Öl- und 2468

Gas-Vorkommen im Eagle-Ford-Gebiet gefördert und 5504 Genehmigungen für weitere Förderstätten wurden erteilt, was jene Skeptiker widerlegt, die behaupten, der Fracking-Boom in den USA hätte seinen Höhepunkt erreicht.

Auf Unternehmen haben der Fracking-Boom und die daraus re-

sultierende günstige Energie Sogwirkung. So hat der kalifornische Öl-Gigant Occidental Petroleum seinen Sitz in Los Angeles aufgegeben, um sich in Houston niederzulassen. Und auch europäische Firmen, vor allem deutsche, machen Riesengewinne im „One-Star-State“, der durch niedrige Steuern und Produktionskosten sowie die Nähe zu Mexiko einen besonderen Reiz ausübt. Deutsche Firmen wie der Technologie-Konzern Linde sind der zweitgrößte ausländische Investor nach Großbritannien in Texas. Nicht nur auf dem Öl-Gebiet, sondern auch in Sektoren wie Energie, Petrochemie, Biowissenschaften, Nanotechnologie, Biotechnologie, Produktion sowie Medizin. Über 150 Niederlassungen deutscher Firmen und Konzerne sind allein in Houston registriert, und Deutschland ist mit einer der größten Handelspartner des Hafens von Houston. Der Öl-Boom ist zu einem Motor der US-Wirtschaft geworden, die sich plötzlich, vor allem gegenüber Europa, in einer gestärkten Position sieht.

Doch wie alles seine Schattenseiten hat, so birgt das Fracking-Verfahren auch Gefahren. Besonders besorgt Umweltschützer der hohe Wasserverbrauch, vor allem in einer Gegend, wo immer wieder Dürre-Perioden auftauchen. Zudem muss das Wasser, das zum Teil nach dem Frackingvorgang zurück an die Erdoberfläche flutet, in speziellen Anlagen gereinigt werden. Wenn das nicht ordnungsgemäß gehandhabt wird, besteht die Gefahr der Verseuchung von Trinkwasser. Auch entweichen beim Bohren sogenannte Treibhaus-Gase.

Um Gesundheits- und Umweltschäden zu vermeiden, haben 20 Ölgesellschaften am Eagle-Ford-Vorkommen eine Arbeitsgruppe gebildet, die mit örtlichen Politikern Beschwerden der Bevölkerung aufnimmt und an Lösungen für die Probleme arbeitet. Aber an ein Verbot von Fracking ist angesichts des enormen Nutzens für die Wirtschaft nicht zu denken.

Liselotte Millauer



Fluch oder Segen? Zwar fördert Fracking die US-Konjunktur, doch schadet es der Umwelt Bild: laif

Umstrittene Pipeline

Einen seit Langem erwarteten Bericht über den geplanten Bau der umstrittenen „Keystone XL Pipeline“ hat das US-Außenministerium jetzt vorgelegt. Die knapp 2000 Kilometer lange Öl-Rohrleitung würde vom kanadischen Alberta bis Steele City in Nebraska führen und könnte 830 000 Barrel Rohöl am Tag transportieren. Von Steele City aus würde sie über bereits existierende Leitungen quer durch Kansas, Oklahoma und Texas den Hafen von Houston erreichen und dort den Golf von Mexiko für die Verschiffung. Für das 5,2 Milliarden Euro teure Projekt der kanadischen Firma „TransCanada“ steht seit fünf Jahren die erforderliche Genehmigung aus. Das Vorhaben ist nicht unumstritten, denn das Öl, das die „Keystone XL“ transportieren würde, wird nicht, wie in Texas, von Schiefergestein gewonnen, sondern aus Öl-Sand-Ablagerungen. Es gilt als das schmutzigste Öl der Welt. Bei der Förderung wird viel Kohlendioxid (CO₂) produziert, wogegen Umweltschützer seit Jahren protestieren, da das Gas als klimaschädlich gilt. Nach dem Bericht

des US-Außenministeriums produziert die Gewinnung 17 Prozent mehr sogenannte

Treibhaus-Gase als das Fracking in den USA. Die Studie betont jedoch, dass die Pipeline „nicht bedeutend zur Ausströmung von Treibhaus-Gasen beitragen würde“ und ebnet damit den Weg zu ihrem Bau.

Die endgültige Entscheidung liegt jetzt bei US-Präsident Barack Obama und bringt ihn in ein Dilemma, da im Herbst Wahlen anstehen. Derzeit besitzen die Demokraten im Senat nur acht Sitze mehr. Sagt er „Ja“ zu „Keystone XL“, verliert er alle umweltfreundlichen Wähler. Sagt er „Nein“ zu dem für die Wirtschaft wichtigen Projekt, das die Gewerkschaften und ein Großteil der Bevölkerung befürworten, können gefährdete Senatoren ihren Sitz an Republikaner verlieren. Auch will der selbst sehr umweltbewusste Präsident bei einer UN-Konferenz in Paris 2015 andere Länder zu einer Reduzierung von Treibhaus-Gasen bewegen. Man nimmt an, dass Obama mit seiner Entscheidung noch abwarten wird, denn inzwischen arbeiten die Kanadier an Lösungen. *L.M.*

Rom auf Raubzug

Italien stellt Bürger unter Generalverdacht

Der Kampf gegen die Geldwäsche muss als Begründung dafür herhalten, dass der italienische Staat flugs das Prinzip der Beweislast zulasten seiner Bürger umkehrt, um selber Kasse zu machen. Wie die Wirtschaftszeitung „Il Sole 24 Ore“ berichtet, wurde rückwirkend zum 1. Februar in Italien eine generelle 20-prozentige Abgeltungssteuer für Überweisungen eingeführt, die Privatpersonen aus dem Ausland erhalten. Geplant ist, dass der Abschlagsbetrag gleich von den jeweiligen Banken einbehalten wird. Erst auf Antrag und nach Vorlage von Nachweisen sollen die Überweisungsempfänger vollständigen Zugriff auf den überwiesenen Geldbetrag erhalten. Mit anderen Worten: Es gilt zuerst einmal ein Generalverdacht auf Geldwäsche, den die Zahlungsempfänger ausräumen müssen.

Schaut man sich das im Hau-Ruck-Verfahren eingeführte Vorhaben genauer an, wird deutlich, dass Rom gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlägt. Italiens Banken erhalten zum einen für mehrere Monate gratis eine Liquiditätsspritze. Erst im Juni soll der einbehaltenen Abschlagsbetrag von den Banken an die privatwirts-

schaftlich agierende Steueragentur Equitalia überwiesen werden.

Diese klammheimliche Bankenhilfe auf Kosten der Bürger dürfte vor dem Hintergrund der anlaufenden Bankenstresstests geschehen. Mindestens vier von insgesamt 15 italienischen Banken, die von der EZB unter die Lupe genommen werden, sollen einen Bedarf von rund sechs Milliarden Euro haben, um ohne Beanstandungen durch den EU-Banken-

Test zu kommen. Auch der Staat Italien dürfte mit Hilfe der Abgeltungssteuer zu einer Liquiditätsspritze kommen. Rom ist schon jetzt für seine schlechte Zahlungsmoral berüchtigt, wenn es darum geht, Renten auszuzahlen oder Firmenrechnungen zu begleichen. Bereits im vergangenen Jahr musste der damals amtierende Wirtschaftsminister Flavio Zanonato einräumen, dass es „technische“ Schwierigkeiten dabei gebe, Schulden bei Unternehmen im Volumen von 40 Milliarden Euro zu begleichen. Zu befürchten ist, dass Rom nicht nur erhaltene Leistungen und Lieferungen zögerlich bezahlt, sondern auch das bei Auslandsüberweisungen einbehalten Geld nur schleppend wieder herausrückt. *N.H.*

Neue Abgeltungssteuer hilft Staat und Banken

Die Islamisten lauern

Tunesien sucht nach der Revolution seinen Weg

Brot, Allah, Scharia!“, „Allahu Akbar“ skandiert die Menge religiöser Eiferer. Schwarz verhüllte Frauen mit gesenktem Blick und finster dreinblickende Männer im Kaftan und mit Bärten haben sich in der Hauptmoschee der tunesischen Hafenstadt Sousse versammelt, um dem aus Ägypten ausgewiesenen radikalislamischen Prediger Wajdi Ghnim als islamischen Heilsbringer zu hören. Die Moschee ist bereits überfüllt.

In Sichtweite der islamischen Kundgebung hat sich eine kleine Gegendemonstration gebildet. Junge, modern gekleidete Mitarbeiter der Universität Sousse äußern ihre Angst vor den rückwärtsgewandten Thesen der Islamisten, der Einführung der Scharia und der Beschneidung der in säkularen Tunesien erkämpften Frauenrechte. „Wir können nun frei reden, ohne über die Schulter schauen zu müssen, aber sonst ist so gut wie alles beim alten geblieben“, sagt eine junge Universitätsprofessorin. Lange bleibt ihr Protest nicht unbemerkt. Ein Bärtiger stürmt heran und versucht dem Sprecher der Gruppe das Megafon zu entreißen – die Polizei schaut zu. Ihre Eiferer werben in Tunesiens Armenvierteln Kämpfer für den Dschihad in Syrien.

Tunesien war im Januar 2011 das erste Land unter den Staaten des

sogenannten arabischen Frühlings, das sich seines Diktators entledigte, Ägypten und Libyen folgten. Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung im Oktober 2011 holte die islamistische Ennahda-Partei 41 Prozent der Stimmen. Die Wahl galt als Ohrfeige für die meist westlich geprägte Elite des Landes. Die Kinder dieser Elite besuchen in Tunis und anderen Städten oft liberale Hochschulen. Sie hatten auf den zentralen Plätzen des Landes mit ihren Protesten großen Anteil am Sturz der Ben-Ali-Diktatur und fürchteten zeitweise wegen der erstarkenden religiösen Gruppen um ihre erkämpften Freiheiten, doch die neue Verfassung, die viele liberale Elemente enthält, lässt sie hoffen.

In vielen Städten Tunesiens brannten nach der Revolution Bordelle, Frauen wurden geschlagen. Dr. Ahmed Jemmali vom Rotary Club Sousse meint jedoch, dass der radikale Islam in Tunesien keine Chance habe, weil das Volk ihn nicht haben wolle. Er wünscht sich einen „moderaten Islam“. Was er damit meint, bleibt im Unklaren. Es scheint ein Wunsch westlich geprägter Tunesier.

Die Hauptstadt Tunis ist immer noch eine Stadt, in der Frauen keinen Mut brauchen, ihr Haar zu zeigen. Anders als in Kairo etwa sind die Verschleierte bislang eine Minderheit. In weiten Teilen sieht Tunis aus wie eine Zwillingsschwester Marseilles', eine angenehme und offene Metropole, in der sich die meisten nicht vorschreiben lassen wollen, was sie anziehen oder wie sie sich im Sommer an den Strand zu legen haben.

Dr. Jemmali macht negative Propaganda europäischer Medien für den einbrechenden Tourismus verantwortlich. Doch dies könnte auch andere Gründe haben. Das Hotel „El Hana“ am Strandboulevard der Hafenmetropole Sousse war Anfang der 70er als größtes und modernes Hotel damals selbst eine Revolution im touristischen Bereich. Große, helle Zimmer mit Meerblick und Klimaanlage lockten seinerzeit die ersten westlichen Touristen an. Ben Alis Polizei und Geheimdienst sorgte für den Schutz der Touristen vor Kleinkriminellen. Heute ist das „El Hana“ in die Jahre gekommen, El Hana in die Jahre gekommen, El Hana in die Jahre gekommen gehen hier ein und aus

und bieten ihre Dienste den oft weißhaarigen überwinternden europäischen Langzeiturlaubern an. Ratten huschen durch den Speisesaal, das Personal ist nur mit Trinkgeld zu motivieren und die Rezeptionistin trägt seit Kurzem Schleier.

„Wir wollen demokratischen islamischen Tourismus mit Hotels ohne Alkohol, Kleiderordnung und Ramadan, vorzugsweise für die islamischen Glaubensbrüder aus Saudi-Arabien“, sagt Chokri Kacem. Er ist 29 Jahre alt und bezeichnet sich als Islamist. Die vielen Polizeikontrollen im Land seien nötig, um Tunesien vor kriminellen Banden und Waffen aus dem Nachbarland Libyen zu schützen, erklärt der hagere Chokri. Sein Gesicht ist umrahmt von einem fesseligen schwarzen Flaum, der sich am Kinn zu einem Ziegenbart formt.

Demokratie und Freiheit sind für Chokri beflügelnde Wörter. Seine dunklen Augen leuchten jetzt. Er sagt: „Frauen haben jetzt die Freiheit, sich zu verhüllen. Das war unter Ben Ali verboten.“ Die 33 Perlen seiner Gebetskette gleiten durch seine Finger, 33-mal Allahu Akbar, Gott ist groß. Es ist das Jahr 1433 im islamischen Kalender. *Thilo Gehrke*

»Frauen haben jetzt die Freiheit, sich zu verhüllen«

Absolut beratungsresistent

Große Koalition hält an Rentenreform fest, obwohl gerade die Rente mit 63 alles andere als gerecht ist

Obwohl Arbeitgeber, Wirtschafts-institute, Ökonomen, EU, OECD, die meisten Medien und sogar die Bundesagentur die Rentenreform der Großen Koalition massiv kritisieren, setzt sie ihr Vorhaben konsequent um.

„Wir wären schöne Lumpen, wenn wir unser Versprechen nach der gewonnenen Wahl nicht halten würden“, wischt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) jegliche Kritik an der Mütterrente und der Rente mit 63 vom Tisch. Zugegeben, die Union war nur für die Mütterrente und hält die Rente mit 63 noch immer für bedenklich angesichts der demografischen Entwicklung, aber dafür, dass die SPD die vor allem von der CSU favorisierte Mütterrente mitträgt, hat sie eine Gegenleistung verdient.

Aber schon auf der Arbeitsebene der zuständigen Minister rätseln die Beamten, wie man Pläne umsetzen soll, wenn man gar nicht über die notwendigen Daten verfügt. Vor allem die Deutsche Rentenversicherung sieht sich vor ein Problem gestellt, die Rentenzeiten zu bemessen, wenn sie keinen Nachweis hat, wann jemand in der Vergangenheit Arbeitslosengeld I und wann Arbeitslosengeld II erhalten hat, ersteres zählt nämlich zu den 45 notwendigen Beitragsjahren für die Rente mit 63, letzteres nicht. Zudem warnt die Bundesagentur für Arbeit, dass sich langjährige Beschäftigte bereits mit 61 arbeitslos melden und bis 63 Arbeitslosengeld I kassieren könnten, um dann mit 63 die neue Rente zu erhalten. Dies könnte die Arbeitslosenversicherung schnell mit jährlich mindestens einer Milliarde belasten, je nachdem, wie viele von der Möglichkeit Gebrauch machen würden.

Und obwohl die „Bild“-Zeitung groß Stimmung gegen die Rentenpläne macht, schreibt, dass die Große Koalition „Lohnklau“ betreibt, die Beitragszahler kräftig bluten müssten, das Rentenniveau

jetzt noch schneller sinke und die Reform allein bis 2030 160 Milliarden Euro kosten werde, spielen offenbar viele Arbeitnehmer mit dem Gedanken, das Wahlgeschenk anzunehmen. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest Dimap wollen 53 Prozent der Bürger früher aus dem Berufsleben aussteigen. Vor allem die 45- bis 59-Jährigen träumen von zwei Dritteln von einer Rente mit 63, dafür wären sie sogar bereit, eine geringere Rente zu erhalten. Zwar werden sie dies aufgrund der bereits im Gesetzentwurf enthaltenen Beschränkungen für jüngere Jahrgänge nicht alle können, doch verdeutlicht die Umfrage bereits,

warnung zugleich vor den Folgen von Konjunkturerbrüchen und Arbeitsplatzverlusten aufgrund von Beitragserhöhungen für die Rentenversicherung.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sieht die Generationengerechtigkeit massiv in Gefahr. Schließlich sei Altersarmut weniger ein gegenwärtiges als ein zukünftiges Problem. Und bei allem Verständnis für den Wunsch, früh aus dem Arbeitsleben auszuweichen, betonen die Ökonomen, dass von der Rente mit 63 vor allem eine Generation profitiere, der es im Vergleich zu den nach ihr kommenden richtig gut gehe. Auch

Auch von Arbeitgeberseite kommt scharfe Kritik. Gesamtmetall-Präsident Rainer Dulger behauptet gar, Deutschland nehme sich bei der Rentenreform das frühere Griechenland zum Vorbild, und spricht bezüglich der Belastungen der sowieso an Köpfen kleineren jüngeren Generation von einer „gewaltigen Ungerechtigkeit“. Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer spricht im Zusammenhang mit der Rente mit 63 gar von „politischer Realitätsverweigerung“. Und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) verweist darauf, dass die Rente mit 63 den von der Politik selbst beklagten Fachkräftemangel

der SPD, während die Dienstleistungsgewerkschaft „Verdi“, in der viele Geringverdiener organisiert sind, von dem zugesagten Mindestlohn profitieren dürfte. „Die Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren ist gerecht und muss selbstverständlich auch die Zeiten der Arbeitslosigkeit berücksichtigen“, mahnt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, der Michael Hüther vom Institut der Deutschen Wirtschaft jedoch die Konsequenz ihres Wunsches aufzeigt: „Es kann sein, dass durch den Verlust von Fachkräften durch die Rente mit 63 die Nutzung der Zeitarbeit in die Höhe schnell, weil viele Betriebe den früheren Renteneintritt nicht in ihrer Personalplanung haben.“ Zeitarbeit ist für die Gewerkschaften immer ein rotes Tuch, zumal viele Zeitarbeiter nicht in einer Gewerkschaft sind.

Aber alle Warnungen sind bisher von der Großen Koalition überhört worden. Interessanterweise gibt es offenbar keine Umfragen, die sich mit der Frage befassen, wie die Bürger die Rentenreform insgesamt bewerten, was definitiv etwas anderes ist, als die Frage, ob sie sich selbst vorstellen können, früher in Rente zu gehen.

„Die Zeiten, in denen Deutschland als gutes Beispiel für die Gestaltung der Rentensysteme galt, sind mit den neuesten Beschlüssen vorbei“, bedauerte OECD-Generalsekretär Ángel Gurría und EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn droht Deutschland gar mit Einleitung eines Verfahrens wegen der Rentenbeschlüsse. Derweil loben Italien und Frankreich die Reform, liefert Berlin ihnen doch ein Argument, notwendige Rentenreformen im eigenen Land zu unterlassen. In Spanien finden Kommentatoren hingegen die Kritik von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), die Reform sei „ein Rückschritt“ und ein „falsches Signal“ glaubhafter, was der Großen Koalition zu denken geben sollte. *Rebecca Bellano*



Facharbeitermangel, Generationengerechtigkeit? Andrea Nahles hält an ihren Plänen fest

Bild: action press

dass das Interesse groß ist und die kalkulierten 160 Milliarden Euro Kosten der Reform zu gering angesetzt sind. Dabei rechnet der Finanzwissenschaftler Reinhold Schnabel von der Universität Duisburg-Essen damit, dass die Reform bereits im Jahr 2020 einen Durchschnittsverdiener mit jährlich 223 Euro mehr belaste, gleichzeitig die Standard-Rente 157 Euro niedriger ausfalle. Das Max-Planck-Institut

aus dem Sozialbeirat ihres eigenen Ministeriums erhält Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) für die von ihr verantwortete Reform Kritik. „Die gesamte Bilanz der Altersvorsorge ist besorgniserregend“, warnt Beiratsmitglied Gisela Färber. Die Verwaltungswissenschaftlerin beklagt, dass weder die Pensionen der Beamtenschaft noch die gesetzliche Rentenversicherung nachhaltig finanziert seien.

weiter verschärfe. Er erwähnt damit einen Aspekt, der in der Debatte um die Rente mit 63 viel zu kurz kommt. Denn es sind vor allem die Facharbeiter, die für die Rente mit 63 Jahren infrage kommen. So haben sie bereits in jungen Jahren ihre Lehre begonnen und kommen so am ehesten auf 45 Beitragsjahre. Gewerkschaften wie die IG Metall oder IG BCE erhalten so für ihre Klientel ein Präsent von

weil loben Italien und Frankreich die Reform, liefert Berlin ihnen doch ein Argument, notwendige Rentenreformen im eigenen Land zu unterlassen. In Spanien finden Kommentatoren hingegen die Kritik von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), die Reform sei „ein Rückschritt“ und ein „falsches Signal“ glaubhafter, was der Großen Koalition zu denken geben sollte. *Rebecca Bellano*

Erst weitere Rettung, dann Öl

Athen will Bohrlizenzen vergeben, zuvor aber Hilfe von der EU

Griechenland sitzt offenbar wirklich auf beachtlichen eigenen Öl- und Gasvorkommen. Was lange nur als Vermutung galt, hat nun erstmals eine offizielle Bestätigung erhalten. Einem Bericht des Fachmagazins „Wordoil“ vom 13. Februar zufolge, plant die griechische Regierung in der zweiten Jahreshälfte eine internationale Ausschreibung von Bohrlizenzen im Ionischen Meer sowie für das Seegebiet südlich von Kreta. Wie weiter berichtet wird, ist das von Griechenland auf einer Fachmesse in Houston vorgelegte Material nach einer ersten Begutachtung von Ölfirmen als „exzellent“ eingestuft worden. Branchenintern wird damit gerechnet, dass griechische Vertreter weitere Erkundungsergebnisse bei einer Konferenz in London präsentieren werden, die von der „American Association of Petroleum Geologists“ Mitte März geplant ist.

Parallel zu diesen Aussichten auf eine lukrative Einnahmequelle für Griechenland wird die Wahrscheinlichkeit eines dritten Hilfspakets, eventuell sogar eines nochmaligen Schuldenerlasses, für Athen wahrscheinlich. Eine parlamentarische Anfrage der Partei „Die Linke“ forderte die Existenz

eines Positionspapiers im Bundesfinanzministerium zutage, in dem Szenarien für eine Anschlussfinanzierung beziehungsweise einen neuen Schuldenschnitt für Athen durchgespielt werden. Bisher waren entsprechende Medienberichte stets demontiert worden. Dem Finanzstaatssekretär Steffen Kampeter (CDU) zufolge handelt es

Brüssel will erst nach EU-Wahl das Thema Griechenland beraten

sich bei den bekannt gewordenen Unterlagen um ein „Arbeitspapier“, das vom Bundesfinanzministerium als Diskussionsgrundlage erstellt worden sei. Was am Ende dieser Diskussion blüht, hat Sahara Wagenknecht von der Partei „Die Linke“ gegenüber „Handelsblatt Online“ knapp auf den Punkt gebracht: „Die Bundesregierung will die Öffentlichkeit wieder bis zum Sommer belügen – wahrscheinlich bis nach den Europawahlen.“

Der Vorwurf kommt nicht von ungefähr. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat öffentlich

einen weiteren Schuldenschnitt für Griechenland zwar ausgeschlossen, aber eingeräumt, wenn Griechenland bis zum Jahresende noch weitere Milliarden bräuchte, würde das Land das Geld auch bekommen. Griechenland befände sich schließlich auf einem guten Weg, so Schäuble. Noch konkreter ist inzwischen der Euro-Gruppenchef Jeroen Dijsselbloem geworden. Ihm zufolge soll es mit Athen Gespräche über neue Hilfgelder oder einen Schuldenschnitt nicht vor den EU-Wahlen, sondern erst im August geben.

Hinter dem Zeitplan scheint eine ganz einfache Kalkulation zu stecken: Wird der breiten Öffentlichkeit zu früh bewusst, dass die Griechenland-Rettung ein Fass ohne Boden ist, liefert dies sämtlichen Euro-Kritikern bei der Wahl zum EU-Parlament im Mai gratis Wahlkampfmunition. Hinter dem Terminvorschlag August scheint die Hoffnung zu stecken, dass sich die Öffentlichkeit weniger aufregt, wenn Europa in der sommerlichen Ferienzeit steckt. Das Skandalpotenzial dürfte trotzdem beträchtlich bleiben, sollten erneut Steuermilliarden nach Griechenland fließen, kurz bevor Athen mit Ölförderlizenzen Kasse macht. *N.H.*

Kurzsichtigkeit oder Kalkül?

Briten fühlen sich von der Europäischen Union missachtet

Es ist ein zweifelhaftes Lob, das Nigel Farage, Großbritanniens prominentester EU-Kritiker, unlängst der EU-Kommissarin Viviane Reding zollte: Reding mache „einen fantastischen Job“, so Farage, der die Luxemburgerin zudem auch noch einlud, auf seinen Veranstaltungen im EU-Wahlkampf zu sprechen: „Dann schafft es Ukip auf Platz eins“, so Farage, der den Austritt Großbritanniens aus der EU wünscht.

Das vergiftete Lob hatte sich Reding verdient. Die luxemburgische Vizepräsidentin der EU-Kommission hatte es geschafft, zweimal binnen einer Woche einen beachtlichen Teil der Briten gegen sich und die EU aufzubringen. Bei einer Rede an der Universität von Cambridge hatte Reding unter Berufung auf Winston Churchill die Umwandlung der Euro-Zone in einen Bundesstaat, hin zu den Vereinigten Staaten von Europa gefordert. Großbritannien würde nach Reding allerdings nicht dazugehören, sondern sei nur Peripherie der 28er-Gemeinschaft. Genauso undiplomatisch war ihre Äußerung, die britische Bevölkerung wüsste eigentlich gar nicht genau, worüber sie bei einem EU-Referendum abstimmen würde.

Die Warnung des Europa-Staatssekretärs David Lidington (Tories), den Briten die Fähigkeit zu einer qualifizierten Meinung über die EU abzusprechen, sei gefährlich, dürfte vergeblich gewesen sein. Tatsächlich erweckt nämlich nicht nur Reding den Eindruck, dass man es in Brüssel regelrecht darauf angelegt hat, den Briten in

Möglicherweise agiert Brüssel durchaus durchdacht

Sachen EU den Rest zu geben. Zumindest, wenn man Großbritannien in der EU behalten wolle, wäre die EU-Kommission gut beraten, das Vorhaben Finanztransaktionssteuer erst nach einem britischen EU-Referendum, also nach 2017, in Angriff zu nehmen. Stattdessen stehen die Pläne bereits jetzt auf der Tagesordnung. Und wie zu erwarten, läuft die „City of London“, also Großbritanniens versammelte Bankenbranche, Sturm. Die Finanztransaktionssteuer gelangte für die „City“ sogar zum Ausgangspunkt werden, die eigene Zukunft als Offshore-

MELDUNGEN

Der Wind macht, was er will

Düsseldorf – Der Stromkonzern Eon kann trotz der beiden Sturm-tiefs „Christian“ und „Xaver“ das Jahr 2013 nicht als erfolgreich für seinen zusammen mit Vattenfall und EWE geführten Offshore-Windpark alpha ventus verbuchen. Die zwölf Windräder an der niedersächsischen Nordseeküste erzeugten mit 224,6 Gigawattstunden 3,3 Prozent weniger als erhofft. Windschwache Monate und technisch bedingte Stillstände verhalten bei alpha ventus das Geschäftsjahr 2013. Auch der Windpark „Riffgat“ vor Borkum macht Probleme und „London Array“ kann nicht ausgebaut werden, da Vogelschützer sich um den Sterntaucher sorgen, der an der ostenglischen Küste nistet. *Bel*

Rettet die EU über Belgien die USA?

Washington – Nach Daten des US-Schatzamtes für den Dezember 2013 ist Belgien mit einem Volumen von 256,8 Milliarden Dollar mittlerweile zum viertgrößten ausländischen Halter von US-Staatsanleihen aufgestiegen. Während allein China im Dezember Staatsanleihen der USA im Wert von über 48 Milliarden US-Dollar abstieß, gingen parallel die Käufe aus dem kleinen Belgien steil nach oben. Allein die Käufe in Höhe von 56 Milliarden Dollar im Dezember 2013 haben ausgereicht, die Verkäufe von US-Staatsanleihen durch China und Japan auszugleichen. Offen bleibt einstweilen, wer hinter dem massiven Aufkauf von US-Schuldtiteln steckt. Aufgrund eigener Probleme gilt es als unwahrscheinlich, dass in Belgien ansässige Großbanken wie Dexia und Fortis als Käufer in Frage kommen. Dies ist Anlass genug für Spekulationen, dass EU-Förderbanken bei den US-Staatsanleihen in die Bresche gesprungen seien oder dass die EZB unterstützende Operationen gestartet habe, die stellvertretend über die belgische Zentralbank abgewickelt worden sein. *N.H.*

Was dann?

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Trotz klirrender Kälte und zuletzt blutiger Kämpfe auf dem Maidan auszuhalten hat sich für die für Europa kämpfenden Ukrainer ausgezahlt. Zunächst. Denn noch ist die Zukunft alles andere als klar. Was dann, wenn der große Bruder Russland sich auf die mit Janukowitsch im Dezember geschlossenen Verträge beruft und den Gashahn zudreht oder ein Importverbot für ukrainische Waren verhängt? Wird dann die EU einspringen, die Ukraine mit Öl und Gas versorgen, das sie selbst zum Teil aus

Russland bezieht oder ukrainische Waren kaufen? Wohl kaum. Und wie wird die Reaktion sein, wenn ähnlich wie in Griechenland zunächst Hilfskredite aus Brüssel in die Ukraine fließen, die an Kriterien wie zum Beispiel die Einführung eines höheren Gaspreises für Verbraucher geknüpft sind? Werden ukrainische Blätter dann Karikaturen von Merkel in Hitleruniform drucken oder die Oligarchen anprangern, die wie die reichen Hellenen ihre Geschäfte so weiter betreiben wie bisher?

Einfach nur frech

Von Rebecca Bellano

Das grenzt an Frechheit, was sich Gegner der Freigabe der „Pille danach“ anhören müssen. Die meisten Medien plädieren dafür und haben keine Hemmungen, Andersdenkende wüst zu beschimpfen. In der „Zeit“ unterstellt SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi Menschen wie Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), die sich gegen eine Freigabe aussprechen, ein „rückwärtsgewandtes Frauenbild“.

Um auf den Boden der Tatsachen zurückzukehren: Seit Jahren regt sich niemand darüber auf, dass die reguläre Pille in Deutschland nur über Rezept zu erhalten ist. Das ist zwar manchmal für die Frauen lästig, denn viele nehmen dasselbe Pillenpräparat über Jahre und müssen trotzdem jedes halbe Jahr beim Arzt ein Folgerezept holen, trotzdem ist es gut, hin und wieder beim Arzt vorstellig zu werden, weil sich im Laufe des Lebens auch der Hormonhaushalt ändert und dann ein anderes Präparat weni-

ger Nebenwirkungen hat. Nun soll aber ausgerechnet die „Pille danach“, die 48 Stunden nach einem ohne Verhütung erfolgten Geschlechtsverkehr genommen werden muss, den gesamten Hormonhaushalt durcheinanderwirbelt und Beschwerden wie Erbrechen erzeugen kann, ohne medizinische Beratung zu bekommen sein? Und wieso soll es entwürdigend sein, im Notfall einen Notarzt aufzusuchen, den kontaktiert man schließlich auch, wenn man außerhalb von Praxisöffnungszeiten Zahnschmerzen oder starke Bauchkrämpfe hat?

Es ist im Interesse der Frauen, sich kompetente Beratung zu holen. Und nebenbei: Es ist sinnvoll, solche Notfälle grundsätzlich zu vermeiden, denn ein „One-Night-Stand“ infolge einer durchzechten Nacht ist im Nachhinein zumeist nur peinlich. Und für andere Fälle kann die „Pille danach“ nicht infrage kommen, denn wer in Beziehung lebt, kann planvoll verhüten.

Italien zeigt EU: Es geht nicht

Von Hans Heckel

Das Italien schon wieder eine neue Regierung hat, regt in Europa schon niemanden mehr auf. Selbst die unlängst noch so zittrigen Finanzmärkte quittieren die politische Dauerkrise auf der Halbinsel mittlerweile mit einem Achselzucken. Dort ist eben alles anders als im Rest Europas.

Ist es das wirklich? Ein genauerer Blick auf das Land südlich der Alpen lässt einen anderen Schluss zu. Einen, der hinsichtlich der Zukunft Europas beunruhigen muss. Italien ist wie eine EU im Kleinen. Es besteht, wie die gesamte Union, aus zwei grundverschiedenen Regionen, einem reichen, mitteleuropäischen Norden und einem Süden, der in seiner Misere an Griechenland oder die Armutsregionen der iberischen Halbinsel,

wenn nicht gar Südosteuropas erinnert. Das Dogma der EU ist es, dass durch Förderfonds und zuletzt durch eine gemeinsame Währung und die „Rettungsschirme“ die armen zu den reichen Regionen aufschließen werden.

Italien zeigt, dass dies nicht funktionieren wird. Seit den 1860er Jahren ist es geeint, seitdem gibt es eine gemeinsame Währung. Und seit Generationen versucht die römische Politik nun schon, mit viel Geld (des Nordens) dem Süden auf die Beine zu helfen.

Doch statt einen Aufholprozess anzuschließen, haben die Gelder vor allem dazu beigetragen, mafiose Strukturen zwischen Neapel

und Palermo zu füttern (wie jetzt auch im Falle veruntreuter EUMittel), eine lethargische Anspruchsmoralität zu zementieren und Fehlinvestitionen zu provozieren. Der Süden blieb arm und Kostgänger des Nordens.

Übrigens: Wenn auch die Unterschiede bei weitem geringer sind, ist es (bei umgekehrter Polarität) in Deutschland recht ähnlich. Der Länderfinanzausgleich führt nicht zur „Angleichung der Lebensverhältnisse“, sondern er schwächt nur die Starken, schlafert die Schwachen ein und lässt sie an unproduktiven Strukturen festhalten, die sie sich schnell abschminken müssten, wenn sie

allein auf eigene Rechnung leben müssten.

Warum sollte in der EU zum Guten führen, was in Italien seit anderthalb Jahrhunderten nur Schaden angerichtet hat und nicht einmal in Deutschland die gewünschten Resultate hervorbrachte? Und warum zieht aus den Desastern südlich und nördlich der Alpen niemand Schlüsse? Die Antwort ist so simpel wie niederschmetternd: Diese Fragen zu stellen hieße, an die Grundfesten sozialistischer „Umverteilungs“-Ideologie zu rühren. Daher überdecken die Planer und Ideologen in Brüssel, Berlin und anderswo die Wirklichkeit mit dröhnendem Gerede von Solidarität und Gerechtigkeit. In Wahrheit führt ihre Verbohrtheit nur zu weniger Wohlstand und Entwicklung für alle.

Dauerförderung hat den Süden nur weiter geschwächt



Noch überlagert das ausgeprägte Selbstbewusstsein von Matteo Renzi alles: Doch schon andere italienische Ministerpräsidenten vor ihm scheiterten trotz starkem Ego an der Teilung Italiens

Bild: action press

Unsere Gesellschaft würde aufgefordert, „Gut und Böse auf die gleiche Stufe zu stellen“, also beides als unvermeidlich hinzunehmen, beklagte der russische Präsident Wladimir Putin in seiner Rede an die Nation zum 20. Jubiläum der russischen Verfassung im Dezember 2013. An dieser Stelle muss man Putin wohl recht geben! Dass gerade er als Moral-Apostel auftritt und diese Anklage erhebt, sollte uns sicherlich zu denken geben.

Seit einigen Jahrzehnten erleben wir verstärkt eine Rebellion der jüngeren Generationen gegen das Vergangene. So werden auch Moralvorstellungen zum Opfer dieser Entwicklungen. Die Jugend hat ihre Identität und Orientierung in einer hochtechnologisierten und globalisierten Welt noch nicht entdeckt. Sie konsumiert all das, was sie gerade anziehend findet. Alle Grenzen sollen verschwinden. Eine endgültige Wahrheit wird abgelehnt. Sie wird als Quelle von Streitigkeiten und Zerwürfnissen abgestempelt. Dies ist nicht zuletzt ein Nebenprodukt des menschlichen Fortschritts und der Relativismus ist sozusagen die Krankheit unseres Zeitalters. Jeder Vertreter einer altgedienten Vorstellung wird auf dem medialen Scheiterhaufen verbrannt. Es interessiert nicht, was wahr ist, sondern was man sagen darf. In Diskursen gilt das Recht des Stärkeren.

Für Kritiker, die den Gut-und-Böse-Dualismus als eine „kulturelle Erfindung neueren Datums“ bezeichnen, besitzt diese Kategorie keine Allgemeingültigkeit. Und trotzdem würde jeder vernünftige Mensch zustimmen: Barmherzigkeit ist besser als Hartherzigkeit, Treue ist besser als Untreue, Wahrheit ist besser als Lüge, Diebstahl, Kindesmisshandlung und Vergewaltigung wären immer schlecht. Sagen wir denn, dass die Handlung gut ist, nur weil

Gastbeitrag



Das Böse darf nicht das letzte Wort haben

Von TAHIR CHAUDHRY

sie für die Täter befriedigend war? Kritiker würden entgegnen, dass wir solche Taten nur deshalb verabscheuen, da ein biologischer und sozialer Nutzen von dieser Haltung ausginge. Doch Freundschaft, Dankbarkeit oder Hilfsbereitschaft bleiben etwas Gutes, auch wenn morgen die Welt unterginge. Und überhaupt: Warum sollte sich jemand für ein gutes Leben entscheiden, wenn Schaden davon ausginge?

Diese Idee des „notwendigen“ Bösen dürfen wir nicht gelten lassen. Denn sie besitzt große, logische Mängel. Professor Hans-Ludwig Körber, ein forensischer Psychiater, beschreibt die Signatur des Bösen auf folgende Weise: „Im Angesicht des Bösen sind wir fassungslos, empört, die Welt

ist aus den Fugen – weil jemand sie bewusst zerstört ... Das Böse ist umso augenfälliger, je eindeutiger es darauf abzielt, ganz bewusst das Schöne, das Heile, das Kindliche, die Zukunft zu zerstören.“ Wenn das Böse also für das Zerstörerische steht, das Gute hingegen für das Schöpferische und Erhaltende, dann könnte das Gute gut ohne das Böse auskommen. Denn das Böse kann nur etwas zerstören, was schon da ist.

Man kommt hierbei zwangsläufig zur Erkenntnis, dass das Böse keine unabhängige Existenz besitzt. Mirza Tahir Ahmad (1928–2003), ein islamischer Universitätslehrer, beschreibt dieses Verhältnis im

Kontext der monotheistischen Religionen in seinem Werk „Revelation, Rationality, Knowledge & Truth“ überaus treffend. Ihm zufolge besitzt das Böse keinerlei Substanz. Es ist vergleichbar mit einem Schatten, der erst dadurch entsteht, dass Licht durch ein Objekt gebrochen wird. Ein Objekt kann also erst zu einer Quelle von Dunkelheit werden, wenn es kein Licht passieren lässt. Dementsprechend erschafft nicht das Licht den Schatten, sondern die Abwesenheit von Licht lässt den Schatten entstehen. Gleichmaßen ist das Böse nichts anderes als ein Zustand, der durch die Abwesenheit des Guten zum Vorschein kommt.

Auch Goethes Faust stellt das Verhältnis zwischen Gut und Böse äußerst anschaulich dar. Sein Werk beginnt mit einem Gespräch zwischen Gott, dem Herrn und dem Teufel, Mephisto. Der Teufel gibt darin an, lediglich ein Teil der Schöpfung Gottes zu sein. Er macht deutlich, dass er geschaffen wurde, um den Menschen zur Schaffung von Gutem anzuregen. Als der Protagonist, Faust, zum ersten Mal auf Mephisto trifft und ihn fragt, wer er denn überhaupt sei, bezeichnet er sich selbst als „Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“. Mephisto wurde also erschaffen, um das Böse sichtbar zu machen. Der Teufel wettet, dass es ihm gelingen könne, Faust von dem rechten Weg abzubringen. Somit beginnt ein Test, der für Faust ein Kampf zwischen Gut und Böse bedeutet. Dabei ist von Anfang an klar,

dass Mephisto nicht über den Tod hinaus wirken darf und Gott betont: „Solange er auf der Erde lebt, Solange sei dir's nicht verboten.“

Auch im weiteren Verlauf wird immer wieder deutlich, dass Mephisto selbst eher machtlos ist. Als er einen Verjüngungstrank für Faust benötigt, muss eine Hexe diesen Trank für ihn brauen und es heißt: „Der Teufel hat sie's zwar gelehrt; allein der Teufel kann's nicht machen.“ Mephisto schafft es, den Gelehrten, Faust, aus seiner Sinnkrise heraus von dem ursprünglichen Ziel, zu verstehen, wie die Welt funktioniert, abzubringen. Ihm gelingt es, Faust durch seine Verlockungen dazu zu bringen, sich nicht dem großen Ganzen zuzuwenden, sondern sich seine eigene, kleine und beschränkte Welt aufzubauen. Mephisto kann Faust immer wieder dazu bringen, seine Bedenken aufzugeben, und ebnet damit den Weg zum Untergang. Es kommt zum entscheidenden Satz Mephistos, als Gretchen, die Geliebte Fausts, im Kerker sitzt, da sie Faust zuliebe ihre Mutter umgebracht und ihr Kind ertränkt hat. Faust bittet den Teufel um Hilfe. Doch der erwidert: „Wer war's, der sie ins Verderben stürzte? Ich oder du?“

Was lehrt uns Goethes Faust? Es ist nicht irgendein Schicksal oder der Teufel, dem wir unsere eigenen Fehlritte in die Schuhe

schieben können. Es ist der Mensch, mit seinem Verstand, der schuldfähig ist. Denn er besitzt den freien Willen, für das Gute oder das Böse. Aufgrund seiner Fähigkeit zur Einsicht trägt er die Verantwortung für sein Handeln. Nicht die wechselnden Bedürfnisse von Individuen oder Bevölkerungsgruppen sollen darüber entscheiden dürfen, was Gut und Böse ist. Würden wir nun versuchen, jeden moralischen Maßstab zu relativieren, müssten wir letztlich beim absoluten Skeptizismus landen. Doch um dies zu vermeiden, muss sich der Mensch als wahrheitsfähig begreifen. Die moralischen Botschaften, die durch die Menschheitsgeschichte an uns herangetragen werden, sollten nicht allein deshalb abgelehnt werden, weil sie ihren Ursprung in den Religionen haben.

Ein Relativist könnte sagen: „Wir brauchen kein Gut und Böse! Jeder soll nach seiner Moral leben. Meine Moral sagt mir,

solch ein Mensch, der keinerlei Wertunterschiede kennt, braucht sicherlich Erfahrung, die ihn eines Besseren belehrt. Kein Argument der Welt würde dieser Relativist gelten lassen. Sprechen wir jedoch von einem allgemeingültigen Maßstab, dann bedarf es der Idee einer gemeinsamen Wahrheit, eines übereinstimmenden Willens. Erst dann kann es um eine Gesellschaft des guten und richtigen Lebens gehen. Das Böse darf nicht das letzte Wort haben und Erich Kästners weise Worte werden zweifellos bis zum Ende des menschlichen Lebens Gültigkeit besitzen: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

Tahir Chaudhry, geboren 1989 in Rendsburg als Sohn indischer Einwanderer, ist Journalist, Blogger und Dokumentarfilmer. Er studiert Philosophie an der Christian-Albrechts-Universität Kiel.

Kann das Gute ohne das Böse existieren?

Im Schatten der Giganten

Wiesbadener Schau präsentiert den Expressionisten Alexej von Jawlensky anlässlich seines 150. Geburtstags

Von großen Malern wie Lovis Corinth und Vincent van Gogh inspiriert, geriet der Kandinsky-Freund von Jawlensky in Vergessenheit. Vor allem seine vor 1914 gemalten Werke sind großartig.

Bunter geht es nicht: Auf einem 1912 gemalten Selbstbildnis gibt sich Alexej von Jawlensky (1864–1941) ein Gesicht, das wie eine farbenfrohe Palette aussieht. Zwischen temperamentvoll schraffierten Farbfeldern in Rot, Blau und Gelb, Violett, Türkis und Grün sitzt ein Augenpaar, das einen streng prüfenden Blick wirft. „Ohne Übertreibung darf festgehalten werden, dass Jawlensky mit diesem Gemälde sein künstlerisches Bekenntnis formulierte“, wie Roman Ziegglängsberger mit Blick auf die Wucht der Form und die Macht der Farben erklärt. Er ist Kurator einer attraktiven Schau im Museum Wiesbaden, die uns die Entwicklung des vor 150 Jahren in Russland geborenen Malers zu einem herausragenden Expressionisten vor Augen führt.

Präsentiert werden mehr als 75 Bilder Jawlenskys aus den Jahren 1900 bis 1914 sowie rund 50 Gemälde europäischer Künstler, mit denen er sich in dieser Zeit intensiv beschäftigte, um die ureigenen Qualitäten seiner Malerei zu entwickeln. Den eigenartigen Ausstellungstitel „Horizont Jawlensky“ erklärt Ziegglängsberger so: „Dass Jawlensky diese Höhe erreichen konnte, liegt an seinem breiten künstlerischen Horizont, der sich – nach und nach mit jeder Lebensstation erweitert – im Gegensatz zu vielen anderen Künstlern seiner Zeit aus unterschiedlichen Welten zusammensetzte.“

Der am 25. März 1864 geborene Alexej von Jawlensky schlug die Offizierslaufbahn ein und studierte nebenher an der Kunstakademie von St. Petersburg. Intensiven Kontakt pflegte er zu der vier Jahre

älteren Malerin Marianne von Werefkin. Das Paar beschloss, sich zur künstlerischen Weiterbildung 1896 in München niederzulassen. Begleitet wurden sie von Werefkins Zofe Helene, die 1902 Jawlenskys Sohn Andrej gebar und 1922 seine Ehefrau wurde. Auf Reisen nach Italien und Frankreich erweiterte Jawlensky seinen künstlerischen Horizont. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs bedeutete einen biografischen und künstlerischen Einschnitt. Innerhalb von 48 Stunden musste Jawlensky Deutschland verlassen. Er ging mit seiner Familie und Werefkin in die Schweiz. Fortan nahm er kaum noch künstlerische Anregungen von außen auf, schöpfte aus sich selbst und verlegte sich auf die Schaf-

fung von Bildserien. Zu ihnen gehören die „Variationen eines landschaftlichen Themas“, die „Mystischen Köpfe“ und die „Meditationen“. Der 1921 nach Wiesbaden umgezogene Künstler litt seit 1929 unter ersten Läh-

mungserscheinungen. Die diagnostizierte Arthritis deformans zwang ihn 1938 nach völliger Lähmung zum Aufgeben der Malerei. Ein Jahr zuvor diffamierten die Nationalsozialisten sein Schaffen in der Ausstellung „Entartete Kunst“,

durch die sich Jawlensky im Rollstuhl fahren ließ. Er starb 1941 in Wiesbaden.

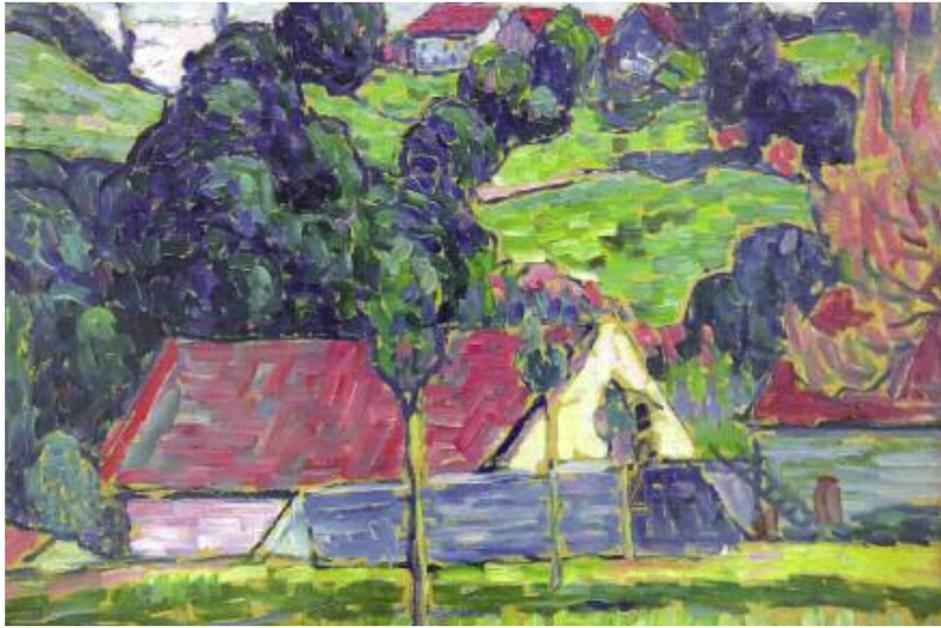
Jawlenskys nach 1914 gemalten Bilder werden geachtet. Doch Welt- rum haben ihm – so schätzte er das selber ein – seine Vorkriegs- werke besichert. Sie zeichnen sich durch klaren Bild- aufbau, vereinfachte Formen, flotte Pinselschrift und wirkmächtige Farbkombinationen aus. Der ost- preußische Maler Lovis Corinth gehörte zu den Künstlern, die Jawlensky zur for- schen Pinselführung anregten. Das zeigt die Gegen- überstellung von Corinths Gemälde „Die Geigenspielerin“ (1900) und Jawlenskys Ölbild „Helene in spani- schen Kostüm“ (1901/02). Über die Pinselführung hinaus war Vin-

cent van Gogh in Hinblick auf ein- dringliche Farbkombinationen wegweisend. Das verdeutlicht van Goghs „Porträt Armand Roulin“ (1888), das den jungen Mann in gelber Jacke vor grünem Hinter- grund zeigt. Daneben hängt Jawlenskys „Bildnis Resi“ (1906), das die junge Dame im roten und blau- en Kleid vor fliederfarbenem Fond präsentiert. Auf van Goghs und Paul Gauguins Vorbild geht Jawlenskys Strategie zurück, Figuren und Formen mit Umrisslinien zu versehen. Paul Cézannes Beispiel folgend, achtete Jawlensky auf den klaren Aufbau seiner Gemälde. Das zeigt die Gegenüberstellung von Cézannes „Dorf hinter Bäumen“ (um 1898) und Jawlenskys „Som- mertag“ (1907).

Ziegglängsberger erklärt: „Ent- scheidend ist bei all diesen Anre- gungen aber, dass Jawlensky ... einen künstlerischen Impuls nach dem anderen ... nicht nur ‚abgear- beitet‘, sondern ‚verarbeitet‘ hat.“ Der Durchbruch zu künstlerischer Eigenständigkeit gelang Jawlensky 1911 während eines Aufenthalts in Prerow an der Ostsee. Er berichte- te: „Dieser Sommer bedeutete für mich eine große Entwicklung in meiner Kunst. Ich malte dort meine besten Landschaften und großen figuralen Arbeiten in sehr starken, glühenden Farben.“ Gerade die nun bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs gemalten Köpfe gehören zu den Höhepunkten seines Schaffens. Das beweisen in der Schau unwiderstehliche Pracht- exemplare wie die versonnen dreinschauende junge Dame des Gemäldes „Schwarze Haare in gel- bem Hintergrund“ (1912) oder die ihren Träumen hingeebene „Schlafende“ (um 1911).

Veit-Mario Thiede

Bis 1. Juni im Museum Wiesbaden, Friedrich-Ebert-Allee 2. Informationen unter (0611) 3352250 oder www.museum-wiesbaden.de.



„Sommertag“: Bei diesem Gemälde wurde der Künstler von Cézanne inspiriert

Bild: V.-M. Thiede

Weitere Ausstellungen zu Jawlenskys 150. Geburtstag

Die Kunstsammlungen Chemnitz besitzen eine der größten Jawlensky-Kollektionen der Welt. Im Museum Gunzenhauser sind dies 75 Gemälde und Grafiken bis April erstmals vollzählig ausgestellt. Bereichert um internationale Leihgaben, belegt die Schau Jawlenskys künstlerische Entwicklung von 1905 bis 1937. Im Blickpunkt stehen maltechnische und kunsttechnologische Erkenntnisse, die sich auf die Forschungsarbeit des Jawlensky-Archivs in Locarno stützen. Eine besondere Attraktion stellt Jawlenskys letztes Selbstbildnis aus dem Jahr 1930 dar. Es stammt aus einer Privatsammlung und wird seit über 50 Jahren erstmals wieder öffentlich präsentiert.

1908 hielt sich Jawlensky mit Familie und Marianne von Werefkin sowie dem befreundeten Malerpaar Wassily Kandinsky und Gabriele Münter erstmals im bayerischen Murnau auf. Letzteren gefiel es dort so gut, dass Gabriele Münter 1909 in Murnau ein Haus kaufte, in dem sie mit Kandinsky bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs wohnte. Häufiger Gast war Jawlensky. Ab Juli läuft im Schlossmuseum Murnau die Ausstellung „Blaues Haus und Gelber Klang“. Gezeigt werden Murnauer Landschaften, die Jawlensky und Kandinsky 1908 bis 1914 malten. Zu ihnen gehören Kandinskys „Murnau mit blauem Haus“ und Jawlenskys „Gelber Klang“.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs musste Jawlensky binnen 48 Stunden Deutschland verlassen. Er ging in die Schweiz, wo er sich 1917 mit dem Künstlerpaar Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp anfreundete. Werke der drei Künstler vereint bis Juni die Schau „Rendez-vous des Amis“ im Arp Museum Bahnhof Rolandseck. Im Blickpunkt steht deren Beschäftigung mit dem Thema „Figur“. Gezeigt werden von Arp geschaffene puppenförmige Körpersilhouetten, Taeuber-Arps geometrische Abstraktionen mit Bezug zur menschlichen Figur sowie Beispiele aus Jawlenskys Serien „Heilandsgesichte“ und „Abstrakte Köpfe“.

V.M.T.

Zum Sterben schön?

Amsterdam zog den ostpreußischen Maler Lovis Corinth magisch an, doch die Stadt Rembrandts führte ihn ins Verderben

Der letzte Blick von Lovis Corinth galt den „Häusern von Amsterdam“, genauer gesagt deren Abbild, das er wenige Tage zuvor in Aquarell geschaffen hatte, wobei er sich den Tod geholt hatte. Bereist man heute Amsterdam, so ähnelt zumindest der Stadtkern architektonisch noch sehr jener Stadt, die der ostpreußische Maler 1925 besucht hat. Nur wenige moderne Bauten sind zu erblicken und so mancher Neubau ist so geschaffen, dass er sich perfekt in das Gesamtbild fügt. Und wenn ein Gebäude so wie der markante Bau des Technologiezentrums Nemo im Hafen nahe des Bahnhofs völlig aus dem Rahmen fällt, dann dient es der bewussten Provokation. Um ganz ehrlich zu sein: Wer tagelang die Stadt zu Fuß erkundet, freut sich sogar über jene nicht schönen, aber zumindest aus dem Rahmen fallenden Gebäude, denn viele Altbauten ähneln sich fatal. Da es nur wenig markante Gebäude gibt, kann man sich nur schwer an ihnen orientieren in dieser Wasserstadt, die mit ihren rund 90 durch unzählige Brücken verbundenen Inseln schon etwas labyrinthartig wirkt. „Nirgendwo ist verlaufen schöner“, heißt es im aktuellen „Merian“-Reiseführer über die Stadt, doch darüber lässt sich streiten, schließlich schmerzen die Füße auch in Amsterdam, wenn man denn allzu lange herumgerannt ist.

Wer dann in einem beschaulichen Café an einer Gracht pausie-

ren will, dem wird auch dieses schwer fallen, denn obwohl es viele Grachten gibt, ist die Nachfrage nach einem Platz am Wasser größer als das Angebot. Zudem: „Amsterdam ist recht interessant, aber teuer“, schrieb schon Corinth an seine Frau Charlotte nach Berlin. „Es gipfelt natürlich in Rembrandt. Das sind freilich Bilder, die

rierten. Aber auch die Gemälde des Niederländers Frans Hals (1580–1666), von denen einige im Rijksmuseum nur wenige Meter von Rembrandts Werken entfernt hängen, prägten das Schaffen des gebürtigen Tapiauers Corinth, der sich wegen dieser beiden Künstler überhaupt erst nach Amsterdam begeben hatte.

seinem Bruder Louis als König –, sondern war Sitz des Magistrats und des Stadtgerichts. Zuvor hatte die Macht in der Stadt ausschließlich in der Hand der Handelsherren gelegen, die sich beim Bau von Amsterdam Venedig zum Vorbild genommen hatten. Und genau wie die italienische Stadt ist ihr holländisches Pendant auf Wasser

sche Familie Frank 1942 vor den Nationalsozialisten versteckte. Das Tagebuch ihrer 1945 im KZ Bergen-Belsen an Typhus verstorbenen Tochter ist inzwischen in aller Welt mindestens so bekannt wie die Werke Rembrandts. Und so besichtigen täglich Tausende das Museum in der Prinsengracht 263.

ter Wilhelmine erhielten vom behandelnden Arzt den dringenden Rat, mit dem Kranken nach Zandvoort an de Zea zu fahren. Heute dauert die Fahrt vom Amsterdammer Hauptbahnhof keine halbe Stunde. Vorbei an der sehr schönen und im Vergleich zu Amsterdam auch beschaulichen Stadt Haarlem war der Weg auch damals schon mit der Bahn zu erreichen. Zandvoort hatte seit Mitte des 19. Jahrhunderts bereits über die Grenzen der Niederlande den Ruf eines sehenswerten Erholungsortes erlangt. Heute ist im Grunde nur noch das Meer sehenswert, denn die einstige Bäderarchitektur musste erst zum Teil dem Atlantikwall der Nationalsozialisten weichen und dann in den 60er und 70er Jahren einer schrecklichen Betonklotzarchitektur. Schön ist heute nur noch das Meer, das selbst Maler wie den Preußen Max Liebermann zum Malen nach Holland gelockt hat. Einige kastenförmige, aber innen immerhin recht liebevoll gestaltete Strandrestaurants laden heutzutage zum Verweilen ein. Eine klassische Promenade zum Spaziergehen gibt es nicht. Zwar stand die Bäderarchitektur zu Corinths Zeiten noch, doch hatte dieser damals weder dafür noch für das Meer ein Auge. Am 17. Juli 1925 verstarb er, sein letzter Blick galt, wie seine Frau Charlotte später schrieb, dem von ihr neben seinem Bett aufgestellten Aquarell „Häuser von Amsterdam“.

Rebecca Bellano



Das letzte Werk des Malers bevor er an einer Lungenentzündung verstarb: Die Häuser Amsterdams inspirierten ihn

Bilder (2): Corinth, Bel



bewundernswert sind.“ Und zwar so bewundernswert, dass sich heutzutage lange Schlangen vor dem Rijksmuseum bilden, um die Gemälde des zu seinen Lebzeiten (1606–1669) nicht annähernd so wie heute verehrten Malers zu sehen. Die größte Menschenansammlung steht vor Rembrandts „Nachtwache“, dem berühmtesten Bild des niederländischen Künstlers, dessen Werke Corinth in seinem eigenen Schaffen sehr inspi-

Nachdem Corinth das Rijksmuseum besucht hatte, besichtigte er die Stadt, die die beiden von ihm bewunderten Künstler inspiriert hatte. Das von außen leider etwas unscheinbar grau erscheinende, riesige Koninklijk Paleis ist von innen dafür umso prächtiger. Dieser Palast beherbergte übrigens keinen König. Erst 1806 machte der französische Kaiser Napoleon I. aus der Republik der Vereinigten Niederlande ein Königreich mit

und Baumstämmen gebaut, das Koninklijk Paleis steht beispielsweise auf 13 659 Pfählen. Auch zahlreiche eindrucksvolle Kirchen prägen das Stadtbild. Als Corinth jedoch die Westerkerk besichtigte, unter deren Hauptschiff Rembrandt in einer Armengruft seine letzte Ruhe gefunden hat, gab es noch nicht die lange Besucher- schlange auf der Seite zur Prinsengracht. Denn hier steht das Anne Frankhuis, wo sich die jüdi-

Corinth selbst wählte 1925 eine andere Gracht, um seine „Häuser von Amsterdam“ zu malen. Damals rasten noch nicht unzählige Touristen auf der Suche nach Sehenswürdigkeiten und Haschisch anbietenden Coffeeshops sowie pfeilschnelle Fahrradfahrer durch die Altstadt, trotzdem strengte die Arbeit den 67-jährigen Corinth an. Er erkrankte an einer Lungenentzündung und seine aus Berlin eilends angereiste Frau samt Töch-

Berufsverbot von beiden Lagern

Vor 50 Jahren entthob die DDR Robert Havemann aller seiner Ämter – Vorher hatten ihn bereits die USA entlassen lassen

Am 12. März vor 50 Jahren wurde der Professor Robert Havemann (1910–1982) wegen seiner Kritik an der DDR-Führung aus der Partei ausgeschlossen und durfte nicht mehr lehren. Doch der Wissenschaftler schwieg nicht.

Das Thema der Vorlesung klang nicht gerade aufregend: „Dialektik ohne Dogma?“ Trotzdem war der Hörsaal der Ostberliner Humboldt-Universität am 6. Dezember 1963 brechend voll, als Robert Havemann ans Podium trat. Es war das Fragezeichen, das die Studenten mit Spannung erfüllte. Der prominente Wissenschaftler stellte Fragen, welche die SED-Spitze aufs äußerste reizten. Was das Volk nur im Flüsteren hinter verschlossenen Türen wagte, tat er in aller Öffentlichkeit: Er prangerte die Diktatur der SED unmissverständlich an.

Havemann sprach an diesem Tag über die Freiheit der Menschen im Sozialismus, und die Studenten wussten, was er meinte: die Unfreiheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Freiheit, sagte Havemann, könne nicht die Freiheit einzelner sein, sondern müsse jedem die Möglichkeit lassen, nach seinem Willen und seinen Wünschen zu entscheiden. „Wir wollen eine Welt schaffen, in der allen Menschen immer mehr Möglichkeiten offen stehen, so dass jeder ganz nach seinem individuellen Streben handeln kann, nicht beschnitten und eingeeignet durch Anordnungen, Befehle und Grundsätze.“

Schon der Tenor seiner gesamten Vorlesungsreihe im Wintersemester hatte die SED-Führung erbost. Für sie war das Maß voll, als am 11. März 1964 im „Hamburger Echo“ ein Interview mit Havemann erschien, in dem er seine Kritik bekräftigte. In einer außerordentlichen Sitzung beschloss die Parteiorganisation der Humboldt-Universität einen Tag später, Havemann auszuschließen.

Gleichzeitig wurde ihm der Lehrauftrag entzogen. In der Begründung hieß es, dass er „unter der Flagge des Kampfes gegen den Dogmatismus von der Linie des Marxismus-Leninismus“ abgewichen sei und sich des „Verrats an der Sache der Arbeiter- und Bauernmacht schuldig gemacht“ habe. 1965 folgte das Berufsverbot.

Robert Havemann war ein Mann des Widerstands und der Widersprüche. Der in München geborene Sohn einer Malerin und eines Schriftstellers studierte in

seiner Heimatstadt und in Berlin Chemie. 1935 promovierte er mit einer physikalisch-chemischen Dissertation. Von 1937 bis 1943 arbeitete er an einem Giftgasprojekt für das Heer. Wegen seiner Mitgliedschaft in der antifaschistischen Gruppe „Europäische Union“ und Kontakten zur Roten Kapelle wurde er verhaftet und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung des Urteils wurde jedoch hinausgeschoben, man ließ ihn im Zuchthaus Brandenburg weiterfor-

schreiten. Nach Kriegsende wurde ihm mit Zustimmung der US-Amerikaner die Leitung des Instituts für Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem angeboten. Weil Havemann öffentlich Position gegen die US-Wasserstoffbombe bezog, bekam er 1950 Berufs- und Hausverbot. Im Ostteil Berlins war er hoch willkommen. Die SED-Führung lockte ihn mit einem attraktiven Posten: der Leitung des Instituts für physikalische Chemie an der Humboldt-Universität.

Als Vorzeige-Intellektueller und Marxist, der auch im Westen großes Ansehen genoss, stand Havemann zunächst fest auf der Linie des Politbüros. Er war Abgeordneter der Volkskammer, Träger des Nationalpreises und genoss selbstverständlich Reisefreiheit. Dass er nebenbei im Auftrag der Stasi Kollegen aus Ost und West ausforschte, wurde erst 2005 bekannt. Als der real existierende Sozialismus in der DDR sich immer weiter von dem erträumten Arbeiter- und Bauernparadies entfernte, wandel-

te sich Havemann zum schärfsten Gegner der eigenen Genossen.

Die schäumten vor Wut, weil Havemann auch nachdem er in Ungnade gefallen war, Artikel und Bücher im Westen veröffentlichte. Sein Sohn Florian wurde nach Protesten gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings verhaftet und eingesperrt. 1971 flüchtete er in die Bundesrepublik. Das war ein schwerer Schlag nicht nur für Robert Havemann, sondern auch für andere Regimekritiker. Havemann glaubte fest an die DDR. „Ich betrachte die DDR weiterhin als Errungenschaft der Nachkriegszeit, die für die Zukunft Deutschlands von entscheidender Bedeutung ist“, sagte er in einem Gespräch mit dem „Spiegel“. Er wolle sich nicht rauskeln lassen.

Havemanns Freund Wolf Biermann besang Florians Flucht 1976 bei seinem Konzert in Köln, für das ihm die Genossen listig Reiseerlaubnis erteilt hatten: „Der kleine Flori Have-Zwei-Meter Mann, das brave uralt kluge Kind, ist abgehau nach Westen, mit seiner derzeit Festen – wie die wohl rüber sind? ... Wer abhaut aus dem Osten, der ist auf unsere Kosten von sich selbst abgehauen ... Jetzt hockt er hinter der Mauer und glaubt, daß er vor ihr sitzt.“

Am nächsten Tag hockte Biermann selbst auf dieser Seite der Mauer. Die DDR-Führung verweigerte dem verhassten Liedermacher die Rückkehr. Havemann protestierte gegen die Ausbürgerung mit einem offenen Brief an Erich Honecker. Der „Spiegel“ druckte ihn ab. Das Kreisgericht Fürstenwalde verurteilte Havemann am 22. November 1976 wegen Aktivitäten, „die die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedrohen“, zu einer unbefristeten „Aufenthaltsbeschränkung“. Der Wissenschaftler durfte sein Grundstück in Grünheide nicht verlassen. Rund um die Uhr bewacht von der Stasi, starb Robert Havemann 1982. *Klaus J. Groth*



Mit dem Liedermacher Wolf Biermann in dessen Berliner Wohnung: Der Chemiker Robert Havemann

Bild: pa

Warum in Madrid die Bourbonen regieren

Vor 300 Jahren beendete der Rastatter Frieden den Spanischen Erbfolgekrieg – Die Spanischen Niederlande wurden österreichisch

An der Schwelle vom 17. zum 18. Jahrhundert herrschte in Madrid Karl II. Karl war nicht wie der heutige spanische König Juan Carlos Bourbone, sondern Habsburger. Außer im spanischen herrschte Karl auch in den Königreichen Neapel und Sizilien sowie Sardinien. Der Habsburger war ein Ergebnis von Inzucht zwischen den Königshäusern sowie von Geburt an schwächlich und krank. Der König blieb kinderlos und sein relativ früher Tod bereits im vierten Lebensjahrzehnt stellte keine wirkliche Überraschung dar. So stellte sich frühzeitig die Frage seiner Nachfolge.

Drei Thronanwärter sind hier zu nennen. Leopold I., Habsburger, Enkel des spanischen Königs Philipp III. und seit 1658 Kaiser, war in erster Ehe mit Karls Schwester Margarita Teresa verheiratet und beanspruchte den spanischen Thron für den aus seiner dritten Ehe hervorgegangenen jüngeren seiner beiden Söhne, Karl. Den älteren, Joseph, hatte er für seine Nachfolge in Österreich und dem Reich vorgesehen. Leopold wollte also eine Sekundogenitur begründen.

Ludwig XIV., Bourbone sowie seit 1643 König von Frankreich und Navarra, war in erster Ehe mit Karls II. Schwester Maria Theresia

verheiratet und beanspruchte den spanischen Thron für den zweitältesten Sohn des einzigen aus der Ehe mit der Spanierin hervorgegangenen Sohnes Louis mit dem Namen Philipp. Louis' ältester Sohn hingegen war dafür vorgesehen, nach seinem Vater Nachfolger Ludwigs XIV. zu werden. Also auch der Sonnenkönig plante die Einrichtung einer Sekundogenitur.

Der dritte im Bunde war Maximilian II. Emanuel. Der Wittelsbacher war seit 1679 Kurfürst von Bayern, mit einer Tochter von Leopold I. und Margarita Teresa verheiratet und beanspruchte den spanischen Thron für den gemeinsamen Sohn Joseph Ferdinand.

Von entscheidender Bedeutung war schon damals der Wille Englands. Dieses galt umso mehr, als seit 1689 die Niederlande sowie England, Schottland und Irland

Wie beim Siebenjährigen brachten auch beim Spanischen Erbfolgekrieg Kriegsmüdigkeit und ein Todesfall das Ende

durch Wilhelm III. von Oranien-Nassau in Personalunion miteinander verbunden waren. Es ist die Zeit, in der die seefahrende Großmacht das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent zum Dogma ihrer Außenpolitik entwickelte. Insofern war es den von Wilhelm ge-

fürhten Seemächten lieber, dass das vergleichsweise unbedeutende Bayern fürderhin die Könige Spaniens stellte als ein Spross aus den Herrscherhäusern der Großmächte Österreich oder Frankreich. Durch die Fürsprache der Seemächte und getreu dem Motto: Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte, schien die Entwicklung auf den Wittelsbacher Joseph Ferdinand hinauszulaufen. Doch da starb der junge Bayer 1699 im Alter von gerade einmal sechs Jahren.

Nun prallten die Ansprüche der österreichischen Habsburger und der französischen Bourbonen alternativlos aufeinander. In Verfolgung seiner Gleichgewichtspolitik einigte sich London mit Versailles auf eine Teilung des Reiches Karls II. Die Bourbonen wollten sich mit dem italienischen Teil von

Karls II. Reich zufriedener geben, Spanien und die Spanischen Niederlande sollte Leopolds Sohn Karl erhalten.

Bemerkenswert war Leopold gegen diese Lösung. Er dachte mehr als Österreicher denn als Habsburger. Von den vergleichsweise unwichtigen Besitzungen des spanischen Königs im Österreicher benachbarten Italien wollte er nicht lassen. Analog dazu dachte auch sein Schwa-

ger in Madrid eher spanisch als habsburgisch. Offenkundig traute Karl II. es den Bourbonen eher als seinen österreichischen Verwandten zu, sein Erbe beieinander zu halten. Kurz vor seinem Tod setzte er nämlich Ludwigs XIV. Enkel Philipp als seinen Universalerben ein. 1700 starb Karl.

Ludwig stand nun vor der Wahl. Nahm sein Enkel das Erbe an, widersprach das der französisch-englischen Teilungsvereinbarung und konnte von London als unfreundlicher Akt angesehen werden. Schlag sein Enkel hingegen das Erbe aus, war absehbar, dass die Spanier das Gesamterbe dann dem Habsburger anbieten würden. Ludwig entschied sich für die Annahme.

Nicht nur, dass diese Entscheidung Ludwigs der Teilungsvereinbarung mit England widersprach, sein weiteres forsches Vorgehen strafe auch seine Beteuerungen Lügen, eine Bourbonenherrschaft in Paris und Madrid würde nicht Spaniens Unabhängigkeit beenden. Mit dem französischen Einmarsch in die spanischen Besitzungen in Italien provozierte er die Österreicher, mit dem Einmarsch französischer Einheiten in die Spanischen Niederlande die Seemächte. Zudem schändigte der von Ludwig auf die spanischen Kolo-

nien ausgeweitete französische Protektionismus die englischen Handelsinteressen. Die Folge der französischen Spanienpolitik war der Ausbruch des Spanischen Erbfolgekrieges im Jahre 1701.

Ludwigs Kampf um Spanien ähnelte in mancher Beziehung dem

England machte die Gleichgewichtspolitik zur Staatsräson und setzte den Aufstieg zur Herrscherin der Meere fort

Kampf Friedrichs des Großen um Schlesien. Wie der Preuße einige Jahrzehnte später im Siebenjährigen Krieg, stand auch der Franzose einer zumindest der Papierform nach überlegenen gegnerischen Koalition gegenüber. Fast auf sich gestellt stand Frankreich England, Österreich, den Niederlanden und dem größten Teil des Heiligen Römischen Reiches gegenüber. Ähnlich wie Friedrich geriet auch Ludwig in Bedrängnis. Und wie Friedrich retteten auch Ludwig schließlich die Kriegsmüdigkeit im Lager der Gegner sowie ein Todesfall. Im Falle des Spanischen Erbfolgekrieges war es der Tod von Joseph I.

Planmäßig war Joseph nach dem Tode seines Vaters Leopold im Jahre 1705 dessen Nachfolger in Österreich und dem Reich geworden. Doch weniger planmäßig war, dass er bereits 1711 verstarb, ohne

einen Sohn zu hinterlassen, der sein Nachfolger hätte werden können. So trat sein Bruder als Karl VI. seine Nachfolge an. Eine Personalunion zwischen Spanien, Österreich und dem Reich widersprach jedoch der Londoner Gleichgewichtsstreben und so zogen sich die Engländer und in ihrem Fahrwasser auch die Niederländer aus dem Krieg gegen Frankreich zurück. Das Ergebnis war 1713 der Frieden von Utrecht.

Österreich und das Reich versuchten zwar, ohne die Seemächte den Krieg gegen Frankreich fortzusetzen, der Kaiser schätzte dieses Unterfangen jedoch schließlich als ausweglos ein und am 7. März 1714 unterzeichneten Prinz Eugen von Savoyen für Karl VI. und Claude-Louis-Hector de Villars für Ludwig XIV. den Rastatter Frieden.

Als Ergebnis des Krieges wurde das Reich Karls II. geteilt. Die Bourbonen erhielten Spanien zugesprochen, die Österreicher die Spanischen Niederlande und einen Großteil von Karls Besitzungen in Italien. Die dritte Großmacht, England, erhielt Gibraltar und Menorca sowie das Monopol auf den Sklavenhandel mit den spanischen Kolonien in Amerika.

Manuel Ruoff

Denkmal für Herzog Albrecht

Der Ansbacher Peter Bräunlein verfolgt das Ziel, in seiner und der Geburtsstadt Albrechts von Preußens ein Denkmal für den ersten preußischen Herzog und Begründer der Königsberger Universität zu errichten. Auslöser für dieses Denkmal-Projekt war eine Ostpreußenreise, die Bräunlein mit seiner Reisegruppe im Jahre 2011 auch nach Königsberg geführt hat. Dort sollte er für seine Mitreisenden einen Kurzvortrag über Immanuel Kant an dessen Grab am Dom halten. Dabei wurde er auf das Albrecht-Denkmal aufmerksam, das seit 2005 unweit des Kant-Grabes steht. Die Vorstellung, dass Albrecht von Brandenburg-Ansbach selbst in der Russischen Föderation gewürdigt wird, während er in seiner Vaterstadt keinerlei Gedenken erfährt, ließ in Bräunlein den Entschluss reifen, sich intensiv dieser herausragenden Figur der Zeitenwende zwischen Mittelalter und Neuzeit zu widmen.

Das Ergebnis ist neben einem Power-Point-Vortrag über den Hohenzollern und einem Buch mit dem Titel „Der große Unbekannte. Albrecht von Brandenburg-Ansbach 1490–1568“ das Denkmalprojekt. Der Erlös aus dem Buchverkauf soll dabei den Grundstock eines Fonds zur Errichtung des Albrecht-Denkmal bilden. Weitere Unterstützung erhofft sich Bräunlein von Entscheidungsträgern aus lokaler Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Kultur. Die Stadt Ansbach hat bereits ihre Unterstützung zugesagt und der Rotary Club Ansbach wird im Jahr von Bräunleins Präsidentschaft 2015/16 die Denkmallerichtung finanziell unterstützen.

Währenddessen arbeiten zwei Bildhauer unabhängig voneinander an den ersten Entwürfen für das Denkmal. Der Entscheidungsfindungsprozess wird sicher noch eine Weile dauern, ehe es an eine konkrete Entscheidung für einen Entwurf geht, Zeit, die Bräunlein nutzen will, mittels Kontaktgesprächen, der Präsentation seines Power-Point-Vortrags und des Verkaufs seines Buches weitere finanzielle Mittel für sein ambitioniertes Albrecht-Denkmal-Projekt zu sammeln. M.R.

Der Pionier der Pioniere

Vor 775 Jahren starb der Deutschordensritter Hermann Balk in Würzburg

Der Hochmeister des Deutschen Ordens Hermann von Salza hatte in dem ersten Landmeister in Preußen, Hermann Balk, einen kongenialen Mitstreiter bei der Eroberung, Christianisierung und Besiedlung des Prußenlandes.

In der Hermann Balks Landmeisterzeit vorausgegangenen Amtszeit als Deutschmeister des Ordens ab 1219 fielen für die weitere Geschichte des Ordens und Prußenlandes wichtige Entscheidungen. So schloss der Orden am 16. Mai 1230 mit Konrad von Masowien den Vertrag von Kruschwitz, in dem der Herzog dem Orden das Kulmer Land übertrug. Die Initiative dazu soll vom Deutschmeister Balk ausgegangen sein. Noch im selben Frühjahr führte Balk als neuer Landmeister in Preußen fünf Deutschordensritter mit Gefolge ins Land der Prußen.

1231 überschrift er bei der von ihm begründeten Burg Thorn die Weichsel und gründete die Burgen Kulm, Marienwerder, Rheden und Elbing, denen bald gleichnamige Städte folgten. Siedler versuchte er mit einem auf dem Magdeburger basierenden Stadtrecht anzuziehen. Diese sogenannte Kulmer Handfeste vom 28. Dezember 1233 wurde von ihm gemeinsam mit Hermann von Salza entworfen und zum Standardstadtrecht in Preußen. Wenn sein Vorgehen gegen prußischen Widerstand auch als erbarmungslos geschildert wird, so versuchte er, deren Führungsschicht doch möglichst ohne Gewalt für den Orden zu gewinnen.

1235 vermittelte er die Vereinigung seines Ordens mit dem mittlerweile zusammengeschrumpften Dobriner Orden. Die überwiegend aus dem Reich stammenden Brüder von Dobrin (fratribus militiae Christi in Prussia) waren ein Ritterorden, der 1228 auf Initiative Konrads von Masowien zum Schutz des masowischen Kernlands von Bischof Christian von Oliva gegründet worden war.

Auch in eine andere Eingliederung, die des Schwertbrüderordens, war Balk involviert. In seine

Amtszeit als Landmeister in Preußen fiel nämlich die Schlacht von Schaulen. In dieser Auseinandersetzung nordöstlich des Prußenlandes brachte der den Prußen benachbarte und gleichfalls sowohl baltische als auch heidnische Volksstamm der Schemaiten dem livländischen Schwertbrüderorden (Fratres militiae Christi de Livonia) am 22. September 1226 eine schwere Niederlage bei. Diese Schlacht ähnelt insofern der späteren Tannenbergschlacht, als der Herrenmeister und die Großwürdenträger sowie ein Großteil der kampffähigen Ritter und Gefolgsleute in ihren Tod fanden. Die Sie-



Nach einem Standbild des Bildhauers Rudolf Schweinitz vom Westportal der Weichselbrücke bei Thorn: Hermann Balk Bild: pa

ger stießen weiter vor und bedrohten nun das christliche Riga. In dieser Situation vereinigte der Papst die Reste des Schwertbrüderordens mit dem Deutschen Orden. Im Juni ernannte das Generalkapitel des Deutschen Ordens seinen Landmeister in Preußen zusätzlich zum Meister in Livland. Im Spätsommer machte sich dann Balk mit 60 Deutschordensrittern auf den Weg, um nun auch die Führung des Livländischen Ordenszweiges zu übernehmen. Noch im selben Jahr traf Balk bei dem von den heidnischen Litauern bedrängtem Bischof ein und übte fortan als dessen Vertreter die Hoheitsrechte des Ordens in Livland aus.

Allerdings konnte der Deutsche Orden und damit auch sein örtlicher Vertreter in Livland nicht so ungestört schalten und walten wie in Preußen. So musste sich der Orden in Livland die Macht mit diversen autonomen Bistümern teilen und einige nördliche Teile Livlands wurden bis in die Mitte des 14. Jahrhunderts vom dänischen König beherrscht. Als der Dänenkönig Waldemar der Sieger gar mit Gewalt zur Verteidigung seiner Ansprüche drohte, knickte der Orden ein und Balk verzichtete 1238 im Vertrag zu Steensby auf estnisches Territorium von Reval ab bis zur Narowa. Anschließend kehrte Balk ins Reich zurück. In Preußen und Livland ließ er währenddessen durch Stellvertreter seine Aufgaben wahrnehmen.

Es gibt Indizien, dass er dieses nicht ganz freiwillig getan hat. Die Deutschen in Livland waren über Balks Zugeständnis an Dänemark erbost. Mit dem Bischof von Riga gab es Rivalitäten. Und die Ritter des Livländischen Ordenszweiges, die überwiegend aus Norddeutschland und Dänemark kamen, hatten ihre Schwierigkeiten mit dem neuen Meister aus dem Deutschen Orden, der seinen Führungsnachwuchs eher aus Mittel- und Westdeutschland rekrutierte. Spätere Quellen nennen als weiteres Motiv für Balks Rückkehr ins Reich eine schwere Erkrankung. Am 5. März 1239 starb Hermann Balk in Würzburg. Manuel Ruoff

»Energie« statt »Wille«

Schreiten wir von der Höhe des Atomzeitalters, das unserem Dasein zum gravierenden Schicksal geworden ist, zurück bis zu seinem Beginn, begegnen wir einem Mann, der vor 190 Jahren in Königsberg das Licht der Welt erblickte: Robert Kirchhoff, geboren am 12. März 1824, 20 Jahre nach Immanuel Kants Tod. Im Hinblick darauf, mit welcher Konsequenz und unerhörter Präzision sich inzwischen die Menschheit, mit Hilfe der Wissenschaft, die Geheimnisse der Natur dienstbar gemacht hat, sind 190 Jahre eine kurze Spanne Zeit.

Ein Phänomen besonderer Art wird in Kirchhoffs Gedankengang offenbar: wie sehr die Naturwissenschaft aus den Erkenntnissen der reinen Geisteswissenschaft profitierte und daraus ihre Erfolge bezog, und wie sehr die Zusammenhänge miteinander verzahnt sind. Als Schüler Arthur Schopenhauers hat er sich dessen Einsicht zu eigen gemacht, dass die Welt, in der wir leben, an und für sich nichts anderes ist als „Wille“, und dass sie als „Materie“ in einer unendlichen Fülle von Objekten nur in „Erscheinung“ tritt.

Kirchhoff setzte für Wille einfach nur den Begriff „Energie“ und machte diese Erkenntnis zur Basis seines forschend-schöpferischen Wirkens.

Nachdem er in Königsberg Mathematik und Physik studiert hatte, habilitierte er sich 1847 in Berlin. 1850 siedelte er nach Breslau über, von wo aus er 1854 einem Ruf als ordentlicher Professor nach Heidelberg folgte. Seit 1875 wirkte er in Berlin als Professor an der Akademie der Wissenschaften. Sein anfängliches Forschen widmete er der Elektrizität und dem Galvanismus, der Elastizität und der Ausdehnungsfähigkeit der Körper, der Spannung der Wasserdämpfe und Gegenständen der Optik.

Großes Aufsehen erregte er durch das von ihm, gemeinsam mit Robert Bunsen, aufgestellte Verfahren der Spektralanalyse, einer Methode, aus dem Spektrum der Flammen und leuchtenden Körper auf die in ihnen leuchtenden chemischen Grundstoffe und deren Verbindungen zu schließen. Er untersuchte das Sonnenspektrum, entwickelte das „Kirchhoffsche Strahlungsgesetz“ und fand die Regeln über die Verzweigung elektrischer Ströme. Das Kirchhoffsche Gesetz der Stromverzweigungen wurde zu einem Begriff.

Er starb als 63-Jähriger in Berlin. E.B.

Ausweitung des Krieges 1864

Im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 verfolgten die verbündeten deutschen Großmächte unterschiedliche Ziele. Österreich wollte, dass Dänemark die dem Londoner Protokoll von 1852 widersprechende Einverleibung Schlesiens rückgängig machte und stattdessen die im Londoner Protokoll bekräftigte reine Personalunion zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein widerhergestellt werde. Hierfür reichte ihm eine Besetzung Schlesiens.

Für Preußens Regierungschef Otto von Bismarck war das jedoch bestenfalls ein Minimalziel. Er wollte mehr. Vor 150 Jahren, am 6. März 1864, gelang es ihm, mit den Österreichern einen Vertrag zu schließen, in dem die Partner übereinkamen, sich wegen der Uneinsichtigkeit des Dänenkönigs nun auch nicht mehr an das Londoner Protokoll gebunden zu fühlen und ihren Vormarsch über Schlesiens Nordgrenze hinaus in Jütland fortzusetzen, ein wichtiger Teilerfolg auf dem Weg zu einem preußischen Schleswig-Holstein. M.R.

Ein Westpreuße besiegte die Diphtherie

Der Bakteriologe und Serologe Emil von Behring erhielt als erster den Medizinnobelpreis

Körbeweise brachte man ihm die Briefe, in denen Mütter aller Welt in oft unbeholfenen Worten ihrer tiefen Dankbarkeit für die Rettung ihrer Kinder Ausdruck verliehen. Er wurde in den erblichen Adelsstand erhoben, erhielt 1901 als erster Arzt den Nobelpreis. Bei alledem blieb er stets der verschlossenen und ein wenig schüchtern wirkende, aber mit einem starken Gefühl für Pflicht und Ordnung begabte Mensch und Arzt, dessen Denken auch in Kriegszeiten keine nationalen Grenzen kannte: Emil von Behring.

Das Militär ermöglichte erst sein segensreiches Tun

Ein kleines rotes Ziegelhaus, das Lehrerwohnhaus in Hansdorf im Kreis Rosenberg, war am 15. März 1854 der Geburtsort Emil Behrings. Das älteste von zwölf Kindern des Lehrers Behring lernte spielend und war ungewöhnlich begabt. Gern hätte der Vater ihn Pfarrer werden lassen, doch das Wort vom armen Dorfschullehrerlein war damals keineswegs aus der Luft gegriffen. Und des Jungen eigener Traum, einmal Arzt zu werden, schien

unerreichbar. Immerhin war der Pfarrer Leipolz im benachbarten Rüditz bereit, Emil kostenlos Lateinunterricht zu geben. Er verschaffte ihm auch ein Stipendium für den Besuch des Gymnasiums in Hohenstein, wo Behring als 20-Jähriger Abitur machte. Er war schon auf das Theologiestudium in Königsberg vorbereitet, als ihn nur Stunden vor der Abreise eine Nachricht des Pfarrers erreichte, er möge sofort zu ihm kommen.

Das Schicksal, das im letzten Augenblick eingegriffen hatte, trug Uniform und war der Neffe des Pfarrers, Oberstabsarzt Blumensaath, der von seinem Onkel die Geschichte des Lehrersohnes gehört hatte. Er verschaffte ihm einen Studienplatz in Berlin gegen die Verpflichtung, als Sanitätsoffizier auf Zeit für die Armee zu arbeiten.

In Posen, bei der 4. Schwadron der Riesenburger Kürassiere in Winzig und in anderen kleinen östlichen Garnisonen tat Behring Dienst als Arzt, beschäftigte sich mit Sepsis und Antisepsis. In Winzig war es auch, wo er die

Schrecken der Diphtherie kennenlernte. 1887 wurde er als Stabsarzt zunächst nach Bonn und dann als Assistent des großen Robert Koch nach Berlin versetzt. Nun war der Weg frei, jetzt durfte er forschen, den Dingen auf den Grund gehen, die er im Osten aus eigener Anschauung erlebt und die ihm die Unzulänglichkeit der derzeitigen Medizin klargemacht hatten. Am Hygienischen Institut der Berliner Universität fand er das Mittel gegen den Wundstarrkrampf und nach vielen Tierversuchen das Serum gegen die Diphtherie.

Ersten Ehrungen des Auslandes folgte der preußische Professortitel, jedoch ohne Professur. Eine verzapfte Bürokratie war der Ansicht, die Anerkennung für Forschungen berechtigte noch nicht zur Anwartschaft auf einen Lehrauftrag. Erst 1895 wurde Behring außerordentlicher Professor in Marburg, kurz

danach Geheimer Medizinalrat und nach der Nobilitierung schließlich 1901 Exzellenz.



Vor 160 Jahren geboren: Emil von Behring

Behring genoss bereits Welt- rühm, als er mit 41 Jahren nach Marburg kam. Das damals von

ihm geschaffene Institut für experimentelle Therapie, heute Behring-Institut, erfreut sich der gleichen internationalen Bedeutung wie sein Begründer, dessen nächstes Ziel die Bekämpfung der Tuberkulose war. Die Immunisierung glückte indessen nur bei Tieren.

Durch Jahrzehnte hatte Behring enge, ja freundschaftliche Beziehungen zur französischen Medizin unterhalten, insbesondere zum Pariser Pasteur-Institut. An seinem 60. Geburtstag, wenige Monate vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, sprachen ihm die Pariser Freunde im Namen der französischen Wissenschaft ihre Hochachtung aus. Umso tiefer schmerzte es Behring, dass es ihm ein Jahr später verwehrt wurde, sein letztes Werk einem französischen Kollegen und Freund zu widmen. Zwei Jahre darauf, am 30.

März 1917, schloss er in Marburg die Augen. Emil von Behring war nur 63 Jahre alt geworden. E.B.

NSA-Verhalten ist nicht völlig unverständlich

Zu: NSA profitiert von Lethargie der Deutschen (Nr. 3)

Man kann ja richtig böse sein im Hinblick auf die Überwachungspraktiken unserer besten Freunde. Aber die Sache kann auch aus einem anderen Blickwinkel gesehen werden. Wir haben inzwischen eine in der ehemaligen DDR aufgewachsene und geprägte Führungsmannschaft. Die Geschichte der DDR wartet noch auf ihre Aufarbeitung, sie lässt der Zeit des Nationalsozialismus gern den Vortritt. Vom Präsidenten sagt man, er sei sogar IM der Staatssicherheit gewesen. Ein früherer Kanzler sowie einige frühere Minister und Amtsträger wa-

ren – und sind noch? – in der 68er Generation verwurzelt beziehungsweise waren in den „verfassungstreuen“ Gliederungen kommunistischer Organisationen aktiv. Nicht erinnerlich ist, ob jemand von alten Pflichten entbunden wurde, nicht immer ist erkennbar, dass er sich in überzeugender Weise – nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten – zur Demokratie bekennt. Die nach der Wiedervereinigung intensivierten Kontakte in den Osten sowie die Ausdehnung der EU in Richtung Osten bergen nicht nur Möglichkeiten, sondern auch Risiken.

Von daher ist es nicht nur verständlich, sondern geradezu gebo-

ten, dass sich der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ein Bild darüber verschafft, wie zuverlässig seine wichtigsten Verbündeten sind. Und dann ist da noch ein anderer Blick: Auch unsere Nachrichten- und Sicherheitsdienste wüssten sicher ganz gerne, mit wem sie es denn als Regierende oder Abgeordnete zu tun haben. Leider sind ihnen da die Hände gebunden, gäbe es nicht den Umweg über die befreundeten Dienste. Der kleine Michel kann aber beruhigt sein, die eigenen Medien wissen fast genauso viel und er braucht nur zu warten, bis sie ihre Asservate ans Tageslicht bringen.

**Manfred Voss,
Oldendorf**

Zauberwort »Diskriminierung«

Zu: Nichts zu verlieren (Nr. 2)

„Diskriminierung“ ist ein wunderbares Zauberwort, mit dem man sich in Deutschland die Türen zu geldwertem Mitleid öffnen kann. Auch Vorrechte einfordern, die deutschen Gesetzen entgegenstehen. Was bedeutet denn „Diskriminierung“? Dass einen nicht alle Leute lieben? Damit muss doch jeder leben, wir auch. Oder bedeutet „Diskriminierung“ vielleicht, dass nicht jeder leben kann wie die Made im Speck?

Zigeuner (oder Cigani, das klingt schöner) sind bekanntlich ein Stamm ohne Heimat, ein wanderndes Volk seit eh und je. „Ubi bene, ibi patria!“, und darum tut es ihnen

auch nicht weh, Bulgarien oder Rumänien zu verlassen, um in ein Land zu ziehen, wo sie sich ein besseres Leben erwarten; und wir locken sie ja förmlich an, Sie sind keine „Flüchtlinge!“ Im Übrigen sollte man nicht immer von „Bulgaren und Rumänen“ sprechen, wenn Zigeuner gemeint sind. Ist das keine Diskriminierung? Aber die gleichgeschalteten Medien können aus dieser Begriffsvertauschung Kapital schlagen, indem sie von den „hochqualifizierten Bulgaren und Rumänen“ sprechen, die nach Deutschland kommen. Übrigens: Ich selber bin durch einen Zweig meiner Ahnen eine halbe Zigeunerin. **Ilse Conrad-Kowalski,
Lübeck**

Ausschlaggebend

Zu: Wie Friedrich der Große nach Pennsylvania kam (Nr. 5)

Die Schenkung einer Statue Friedrichs des Großen an die Amerikaner erscheint nur im ersten Moment seltsam. Wahrscheinlich war er die erste Persönlichkeit, die – wenn auch indirekt – für die spätere Geschichte der USA ausschlaggebend war, bedenkt man, dass Friedrich durch den Siebenjährigen Krieg die Aufmerksamkeit und Kräfte der Franzosen, die dabei waren, Nordamerika zu erobern, auf sich zog und es so den Engländern, die ihrerseits Preußen finanziell unterstützten, erlaubte, die Oberhand zu gewinnen. Nicht umsonst wird heute gelehrt, dass der englisch-französische Kolonialkrieg in der Neuen Welt auf den Schlachtfeldern des alten Kontinents entschieden wurde. **Gernot Schmidt,
Wilnsdorf**

Beuteverhalten

Zu: Brüsseler Willkürherrschaft (Nr. 7)

Das mit dem Beuteverhalten ist schon wahr. Die Politiker reden gerne von Transparenz und dem Souverän, nur hat das Volk eben nicht mehr als eine Stimme bei jeder Wahl, die durch die Fünf-Prozent-Hürde und das d'Hondt'sche Auszählungssystem wenig bewirkt, was Volkssouveränität anbelangt. Man sieht ja bei der Schweiz, was EU-Politiker von der Meinung des Volkes halten, während sie sich in der EU undemokratisch in die höchsten Ämter heben und keiner Kontrolle unterworfen sind. Recht verschafft sich nur, wer Einfluss und Macht hat. Das ist in Deutschland so, und in Spanien ist es noch mehr so. Korruption ist überall vorhanden, in den verschiedensten Formen. Im Fall Edathy ist klar, dass eine ganze Reihe Rücktritte fällig ist, in der SPD-Spitze, aber auch bei der Staatsanwaltschaft. **Peter Schwenzer,
Madrid, Spanien**



Ebenfalls frankophil: Saar-Napoleon Oskar Lafontaine

Bild: action press

Wunderbar

Zu: Brüsseler Willkürherrschaft (Nr. 7)

Wunderbarer Artikel. Tatsächlich geht es um die Umvolkung und Zerschlagung der nationalen Identitäten, die Vernichtung der Verbundenheiten der Bürger mit ihrem Gemeinwesen. Das Ziel ist das Großreich „Europa“ mit heterogenen Menschenmassen, die sich bequem von Polit-Kommissaren aus dem Brüsseler Hochbunker lenken lassen und keinerlei Mitbestimmung oder andere Rechte einfordern. Es ist exakt die untergegangene UdSSR, die aus der Hölle wieder auferstanden ist und den gleichen Neue-Welt-Sklaven formen will. Dieses Regime ist wie sein Vorgänger – Gott sei dank – zum Untergang verdammt; je schneller das passiert, um so geringer die weiteren Schäden an den geknechteten Völkern, die durch Verrat ihrer „Volksvertreter“ unter die Knute dieses Regimes gezwungen wurden. **Mathias Dumke,
Wedel**

»Europäischer«

Zu: Zu Tode gesparrt (Nr. 6)

Es ist ja nicht so, dass die Europäer kein Geld für ihre Armeen ausgeben würden. Es stellt sich aber doch die Frage, ob sie das nicht besser organisieren könnten. Anstatt jeweils eine Mini-Armee auszurüsten, wäre es vielleicht sinnvoller, in dieser Beziehung etwas „europäischer“ zu denken. Zum Beispiel durch Aufstellung einer Euro-Eingreiftruppe, mobil durch einen von allen getragenen Lufttransport-Pool oder ähnliches. Ansonsten bleibt Europa, gemessen an Japan, China und USA eine zu vernachlässigende Ansammlung von Zwergen.

**Dietrich Christoph,
Althütte**

Der Erfolg zählt

Zu: Die Waffen liegen bereit (Nr. 5)

Man kann über die AfD unterschiedlicher Meinung sein; den einen ist die AfD nicht rechts genug, also zu weit links. Den anderen ist diese neue Partei zu weit rechts, also nicht links genug. Ich sage: Das ist egal; Hauptsache die Katze fängt Mäuse (um Deng Xiaoping zu zitieren). Die Mäuse sind in diesem Fall die Denkverbote in Sachen Euro-Umkehr. Dabei muss so manche Kröte in Sachen Zuwanderung geschluckt werden. Man kann doch nicht alles haben.

**Jürgen Kunz,
Buchen**

Unangebracht

Zu: Wurzeln der Sudetendeutschen im Blick (Nr. 5)

Leider hat die verantwortliche Redakteurin in der Rezension des Buches „Damit kein Gras drüber wächst“ eine Formulierung übersehen, die sonst nicht in der PAZ verwendet wird: deutsche Wiedervereinigung. Es gab 1990 nur eine Teilvereinigung. Denn unter „Wiedervereinigung“ ist doch das ganze Deutschland zu verstehen, also mit Ostpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg und Schlesien. Kleine Anmerkung: Das Wort „angestammt“ sollte in unserer Zeitung im Zusammenhang mit Heimat nicht angewendet werden: Heimat ist Heimat. Ich empfinde angestammt als ein völlig unangebrachtes Beiwort.

**Horst Zander,
Schimmerwitz in Hinterpommern**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Widerstand nötig

Zu: Berlin blüht böses Erwachen (Nr. 4)

Angefangen von Bundespräsident Gauck über die Arbeitgeber und Gewerkschaften bis hin zu den Kirchen und Parteien aller Couleur wird uns eingetrichtert, die Zuwanderung von Roma aus Rumänien und Bulgarien wäre das Lebenselixier für das deutsche Volk, so dass es aus seiner Vergreisung wie Phönix aus der Asche neu entstehen könnte. Da ist es erfreulich, dass Klaus Rainer Röhl Klartext redet und den ganzen Schwindel als Sozialtourismus entlarvt. Röhl ruft sogar zum Widerstand auf. Wir sollen uns mit Leserbriefen wehren. Das ist auch nötig. Denn man hat ja schon den Eindruck, dass wir von ausländischen Agenten regiert werden. **Gerhard Synowzik,
Stadoldendorf**

Zu: Die Saar wird halb französisch (Nr. 4)

Der irrsinnige Wunsch eines zweisprachigen Saarlandes entspringt den Hirnen weniger frankophiler Phantasten, die wohl den französischen Besatzungszeiten nachhängen, ohne sie bewusst erlebt zu haben. Die Gewaltexzesse der französischen Stüreté, einer Art Staatsschutz, werden verdrängt oder verniedlicht und der ganz Europa unterjochende Diktator Napoleon gar verehrt.

Doch die Fakten im Saarland sprechen im wahrsten Sinne des Wortes eine andere Sprache: Im Saarland wird Französisch seit Jahrzehnten als erste Fremdsprache in weiterführenden Schulen gelehrt und trotzdem können sich die meisten Schulabgänger auf Französisch noch nicht einmal nach dem Weg erkundigen.

Irrsinniger Wunsch frankophiler Phantasten

Im Übrigen braucht selbst ein frankophiler Saarländer gar keine Französischkenntnisse, da sich seine Aufenthalte in Frankreich meist ausschließlich in den Lebensmittelabteilungen großer Supermärkte oder den Gaststätten von Campingplätzen abspielen. Dort sieht man den Waren – wie bei uns – meist sofort an, um was es sich handelt. Ohnehin sprechen viele Elsässer und Lothringer noch so gut Deutsch, dass eine simple Unterhaltung immer möglich ist. Und zu allem Überfluss tragen tausende „Franzosen“ auch noch solche Familiennamen wie Schmidt, Fischer oder Meyer – warum wohl?

Der Arbeitskräfteaustausch besteht vor allem darin, dass Lothringen aus ihrer landwirtschaftlich betonten Heimat über die Grenze fahren, um bei den großen deutschen Firmen zu arbeiten (wie dem Automobilzulieferer ZF oder dem Auto-

mobilbauer Ford). Französische Firmen wie der Reifenhersteller Michelin siedelten sich im Saarland nur an, weil ein hoher Prozentsatz an französischen Mitarbeitern garantiert werden konnte. Tatsächlich fahren täglich zum Schichtwechsel Dutzende Reisebusse die französischen Grenzgänger mehr als 60 Kilometer (einfache Fahrt!) ins Saarland. Ich persönlich kenne hingegen keine Deutschen, der in Lothringen arbeitet. Allerdings verlangen viele Saarländer ihren ersten Wohnsitz nach Frankreich (zumindest offiziell), um sich vor der hohen deutschen Lohnsteuer zu drücken und von den günstigen Grundstückspreisen zu profitieren.

Dass die erzwungenen Verbrüderungsorgien stets von deutscher Seite ausgehen, bestätigen etliche Geisteswissenschaftler und Leute aus der Wirtschaft – allerdings nur hinter vorgehaltener Hand. Werden

die Bemühungen in Frankreich nicht ganz so ernst genommen oder gar stiefmütterlich behandelt, so versucht man dies mit der „beneidenswert“ lockeren Lebenseinstellung der Franzosen zu begründen.

Dennoch sollte man die Macht der bereits erwähnten frankophilen Politiker und Meinungsmacher nicht unterschätzen. Deshalb darf es nicht wundern, dass die saarländische Polizei mit Wagen der Marke Peugeot ausgerüstet ist, der saarländische Tötort stark französisch angehaucht scheint und sich ehemalige Ministerpräsidenten als Saar-Napoleon verkleiden. An den wahren Begebenheiten in der Bevölkerung werden die neuen Zweisprachigkeitswünsche dennoch nichts ändern! Und man versteht sich trotzdem zwischen Franzosen und Deutschen, zur Not mit Händen und Füßen. **Sylvie Becker,
Bad Homburg**

Absicht oder Dummheit?

Zu: Vor dem Ansturm? (Nr. 2)

Deutschland wird sich noch wundern, was auf es zukommt. Für ihre Blindheit, grenzenlose Naivität und fast schon Dummheit, werden die Deutschen noch einen hohen Preis bezahlen. Diese Zuwanderung in großer Zahl ist so gewollt, das wird gezielt gefördert. Die Bevölkerungsmehrheiten der Zukunft werden die Migranten sein. Deutschland wird zum Vielvölkerstaat.

Es ist eine Realitätsverleugnung zu behaupten, hier kämen vorwiegend Facharbeiter, die gebraucht werden. Die Masse kommt aus prekären und bildungsfernen Schichten, die so schnell gar nicht in den hochtechnisierten Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Auch die Unterneh-

mer, die danach schreien, könnten bald eines Besseren belehrt werden.

Die Kosten für die Zuwanderung in die Sozialsysteme werden auf Dauer nicht mehr finanzierbar sein. Dann heißt es teilen, teilen, teilen. Dann bin ich auf die Reaktionen gespannt, wenn die Renten und auch die Leistungen für unsere eigenen Leute weiter gekürzt werden. Ob Junge, Alte, Arbeitnehmer oder sonstige Bedürftige, alle werden es spüren. Deutschland wird erneut zugrunde gerichtet. Ob mit Absicht, oder aus Dummheit, das ist egal.

Was zählt, ist, was kommt, und das ist für jedermann erkennbar. **Melanie Gatzke,
München**

Rückgabe plus Entschädigung ist ungerecht

Zu: Schindluderei (Nr. 5)

Die unrechtmäßig erworbenen Wirtschaftsgüter wurden aufgrund der alliierten Rückerstattungsgesetzgebung und des Bundesrückerstattungsgesetzes schon ab den 1950er Jahren entweder zurückgegeben oder es wurden – falls eine Rückgabe seinerzeit nicht mehr möglich war – Entschädigungen gewährt. Schon damals war klar, dass viele Vermögenswerte herrenlos waren, weil sich die rechtmäßigen Eigentümer nicht melden konnten. Deshalb wurden an ihrer Stelle Entschädigungsabkommen mit den drei damaligen jüdischen Nachfolgeorganisationen (für jede der drei Besatzungszonen eine) geschlossen. Im Ergebnis jedenfalls blieb, was heute vielfach

übersehen wird, kein einziges Wirtschaftsgut unentschädigt. Entweder wurde an die Eigentümer oder ihre Erben restituiert oder gezahlt oder die Nachfolgeorganisationen erhielten Geld.

Dass es aufgrund der Washingtoner Erklärung von 1998 heute noch zu Rückgaben seinerzeit unentdeckt gebliebener Kunstwerke kommt, ist sicherlich begründet und zu begrüßen. Doch wären dann – selbst nach US-amerikanischen Rechtsgrundsätzen – sowohl die in den 1930er oder 1940er Jahren gezahlten Kaufpreise als auch die in den 1950er und 1960er Jahren gewährten Entschädigungen zurückzuerstatten. In der Praxis geschieht dies nicht, weil derartige Forderungen in Israel oder in den USA gerichtlich nicht durchsetz-

bar wären. Die Erben und ihre Anwälte wissen dies.

Ungerecht ist dies allemal, wenn man an nichtjüdische Geschädigte denkt. Auch wir, die Vertriebenen, waren Eigentümer von Vermögenswerten, von Kunstwerken oder Sammlungen, die entgegen dem bereits damals geltenden Völkerrecht weggenommen wurden. Wer setzt sich für uns Vertriebene ein? Selbst in Museen in den USA oder in England, ganz zu schweigen von Russland, Polen und Tschechien, sind heute noch Kunstwerke zu bewundern, die sich einst im Besitz unserer Eltern und Großeltern befanden. Würden die fundamentalen Menschenrechte wirklich für alle gelten, so müssten sie auch für uns Vertriebenen gelten. **Wilhelm Kreuer,
Unkel**



MELDUNGEN

Verdacht auf Mord

Deschowitz – Die Oppelner Polizei ermittelt im Fall des tot aufgefundenen Deschowitz Bürgermeisters Dieter Przewdzing. Vermutet wird ein Zusammenhang mit Przewdzings Rolle in der oberschlesischen Autonomiediskussion. Während die Polizei offiziell nur vermeldete, dass die Leiche des 71-Jährigen in einer Blutlache in Krempe bei Deschowitz aufgefunden worden war, geht Przewdzings Vertreterin Sybilla Zimmermann von einem Mordanschlag aus. Die Nachricht schockierte und verunsicherte die deutsche Minderheit in Oppeln. *MRK*

Araber wollen investieren

Deutsch Eylau/Allenstein – Unternehmer aus Saudi-Arabien wollen im südlichen Ostpreußen investieren. Auf einer Geschäftsreise nach Allenstein traf sich Scheich Abdullah F. Alkraidees mit Kommunalpolitikern und dem ermländisch-masurischen Woiwodschafsmarschall. Der Vertreter des Königreiches Saudi-Arabien besuchte auch die Firma „Polmlek“ in Heilsberg und traf sich mit Vertretern von Möbelfabriken in Allenstein und in Deutsch Eylau. *PAZ*

Schloss wird restauriert

Heilsberg – Mehr als 13 Millionen Zloty (über drei Millionen Euro) Zuschuss hat das Ermländisch-Masurische Museum für den Erhalt und die Restaurierung des aus dem 14. Jahrhundert stammenden Schlosses in Heilsberg erhalten. Die Arbeiten werden etwa zwei Jahre dauern. Dach, Seitenflügel und der Turm des Schlosses der ermländischen Bischöfe, das als Perle der gotischen Architektur gilt, sollen renoviert werden. Die Arbeiten betreffen auch drei Türmchen und die Südfront. Der Keller und die Seitenflügel werden zu Ausstellungsräumen ausgebaut. Im Gebäude wird die Elektrik ausgetauscht, es entsteht eine sogenannte intelligente Beleuchtung des Kreuzganges. Das Museum bereitet eine Exposition in Drei-D-Form vor, die einen virtuellen Besuch des Museums ermöglicht. Restauriert wird auch die mittelalterliche Malerei im Kreuzgang, die vor drei Jahren während der ersten Etappe der Arbeiten entdeckt worden war. Die gesamten Arbeiten werden umgerechnet mehr als 457 000 Euro kosten, wovon umgerechnet 325 000 Euro aus norwegischen und aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Die Gelder für die Maßnahme wurden vom Kultusminister im Rahmen des Programms „Erhalt und Revitalisierung des kulturellen Erbes“ bewilligt. Das Projekt des Ermländisch-Masurischen Museums wurde unter 18 Institutionen als das beste bestimmt. Die Ausschreibung beinhaltet 277 Gewerke. *PAZ*

Schildbürgerstreich bei der Eisenbahn

Königsberger Nahverkehrsgesellschaft baut moderne Bahnhöfe – und stellt Verbindungen ein

Die Eisenbahngesellschaft im Königsberger Gebiet, eine Tochtergesellschaft der Russischen Staatsbahn, verfolgt ein paradoxes Geschäftskonzept: **Vielorts werden Bahnhöfe erst kostenaufwendig umgebaut und mit moderner Technik ausgestattet, um dann nicht in Betrieb zu gehen, oder die bisherigen Zugverbindungen werden eingestellt, was zur Verärgerung der auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesenen Landbevölkerung führt.**

Wer schon einmal im Königsberger Gebiet unterwegs war, weiß, wie beschwerlich es schon ist, mit dem Auto von der Gebietshauptstadt in die Provinzstädte zu gelangen. Noch schwieriger ist es für den Teil der Landbevölkerung, der auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen ist. Busse fahren selten und Zugverbindungen werden mit der Begründung eingestellt, dass sie nicht rentabel seien.

Seit einiger Zeit verzetteln sich die Behörden und die „Kaliningrader Eisenbahngesellschaft“ in Diskussionen über die Rentabilität von Nahverkehrsverbindungen. Während das Bahnunternehmen regelmäßige Zugverbindungen, teilweise oder vollständig, einstellen will, hält die Regierung an der Aufrechterhaltung dieser Verbindungen fest. Die Leitung der Eisenbahn spricht von chronischen Verlusten und der Perspektivlosigkeit von Nahverkehrsverbindungen.

In der Zwischensaison Herbst und Winter wurde die Zahl der Zugverbindungen drastisch reduziert. Zu Beginn dieses Jahres wurden insgesamt 29 Züge ausgesetzt. Für das laufende Jahr sind keine weiteren Kürzungen geplant, da im Gebietsbudget umgerechnet etwas über eine Million Euro zur Deckung der Ausgaben des öffentlichen Nahverkehrs vorgesehen sind. Die Eisenbahnlei-



Supermoderner Bahnhof, aber keine Passagiere: Nordbahnhof in Königsberg

Bild: J.T.

tung verweist dagegen darauf, dass umgerechnet mindestens sechs Millionen Euro vonnöten seien, um kostendeckend zu arbeiten.

In das gleiche Horn blies die Königsberger Nahverkehrs-Passagier-Gesellschaft, die zur Eisenbahngesellschaft gehört. Sie erklärte, sich bereits seit Jahren an der Grenze zum Bankrott so gerade über Wasser zu halten. Der Tarif für eine Zone (etwa zehn Kilometer) müsse auf umgerechnet 1,75 Euro angehoben werden, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Die Behörden halten dagegen einen Tarif von umgerechnet 30 Cent für ausreichend und wollen am Preis nicht rühren. Ebenso hält die Gebietsregierung die Forderungen der Eisenbahner für unbegründet. Eine Einigung ist nicht in Sicht. Der Tarifstreit hat dazu geführt, dass in diesem Jahr erheb-

lich weniger Züge als noch im Vorjahr fahren. Viele Eisenbahnknotenpunkte sind zu Bahnhöfen verworfen, da sie zwar vor Kurzem modernisiert wurden, aber keine Züge mehr dort halten. Das betrifft die Bahnhöfe von Pillau, Heiligenbeil und Pr. Eylau.

Zwar klagt die Eisenbahngesellschaft ständig über Verluste, bei

Pr. Eylau und Pillau sind abgeschnitten

einem Blick auf deren Haushaltslage entsteht jedoch ein völlig anderer Eindruck. Es stellt sich die Frage, wozu ein Unternehmen am Rande des Bankrotts Wartesäle an Haltestellen modernisiert, sie mit glänzenden Kacheln verziert, neue Fensterfronten einbaut, das Gelände mit neuen Zäunen eingrenzt

und zu allem Überfluss auch noch neue Passierschranken aufstellt, wenn so gut wie keine Züge fahren.

Bei den noch genutzten Bahnhöfen wurde ein absurdes Kontrollsystem eingeführt: Ein Passagier, der vom Nordbahnhof in Königsberg nach Cranz oder Rauschen fahren will, muss dreimal eine Fahrkartenkontrolle über sich ergehen lassen: Gleich nach dem Kauf muss er seine Karte in den elektronischen Schlitz der Passierschranke stecken. Weil deren Scanner den Strichcode der Fahrkarte meist nicht lesen können, da sie auf sehr dünnem Papier gedruckt sind, und nicht alle Passagiere sofort erkennen können, wo sie die Karte einführen müssen, steht bei jeder Schranke ein Kontrolleur, der die Karte von Hand abstempelt. So verschwendet die Eisenbahn Mittel für Automaten,

die ihre Funktion nicht erfüllen. Nachdem es dem Passagier gelungen ist, den Zug zu besteigen, überprüft ein Kontrolleur ein weiteres Mal, ob der Reisende im Besitz eines gültigen Fahrscheins ist. Dabei wäre es kaum möglich, ohne Fahrkarte in einen Zug zu steigen, da um jeden Bahnhof herum hohe Zäune stehen und alle Bereiche kameraüberwacht sind.

Die dritte Kontrolle erfolgt bei der Ankunft. Hier muss der Reisende die gleiche Prozedur über sich ergehen lassen wie bei der Abfahrt. An den Schranken stehen abermals Kontrolleure, welche die aussteigenden Passagiere überprüfen. Auf diese Weise führen die Modernisierungen, welche die laufenden Ausgaben der Eisenbahn eigentlich erhöhen sollten, zur Steigerung der Kosten. Sehr zur Unzufriedenheit der Passagiere. *Jurij Tschernyschew*

Cranzer Seebrücke nach Stürmen beschädigt

Behörden verweigerten wegen Pfusch am Bau die Abnahme – Gerüchte über Veruntreuung öffentlicher Gelder

Die neu gestaltete Promenade und die Seebrücke in Cranz sind zum Gesprächsthema geworden. Ursprünglich war ihre Eröffnung für Ende 2011 geplant gewesen, musste jedoch mehrfach verschoben werden. Zuletzt war die Promenade abschnittsweise freigegeben worden, damit die Sommergäste am Meer entlang gehen konnten.

Die Promadenenerneuerung ist im Rahmen des Förderprogramms zur Entwicklung der Region durchgeführt worden. Ein Großteil der Kosten verschlang bereits die Uferbefestigung. Während der Bauarbeiten wurde mehrfach die Qualität der Arbeiten beanstandet, so dass parallel zu den Hauptarbeiten die Beseitigung der Mängel erfolgte, was den Fortgang bremste. Außerdem sollte die Seebrücke breiter als ursprünglich geplant werden; auch dieser Umstand hatte eine Verlängerung der Bauzeit zur Folge.

Anfang dieses Jahres gerieten Mitarbeiter des Unternehmens „Baltbergozaschtschita“ (Baltischer Küstenschutz), das als Auftraggeber der Bauarbeiten auftrat, in Verdacht, Gelder in Höhe von 250 000 Euro unterschlagen zu haben. Ende letzten Sommers wurde die Promenade zwar freigegeben, aber eine feierliche Er-

Rost und bröckelnder Beton, Verfall droht

öffnung blieb aus. Die Bauarbeiter hatten einfach ohne die behördliche Abnahme die Zäune entfernt und sie so den Badegästen zur Nutzung überlassen. Wie sich herausstellte, hatten die Behörden von Cranz sich geweigert, die Promenade aufgrund der zahlreichen Missstände sowie fehlen-



Gefährlich: Abstieg zum Wasser

Bild: J.T.

der Dokumente freizugeben. Auf der Promenade fehlt ein Geländer für Behinderte, vom Strand sind bis jetzt weder Metallreste noch Müll entfernt worden. Es wurde versäumt, die Metallteile der Brücke mit Antikorrosionsmitteln zu behandeln, so dass diese bereits rosten. Zahlreiche Beschädigungen an den Betonteilen sind sichtbar, dekorative Elemente fehlen, Gehwegplatten sind schlecht verlegt.

Eine weitere Unannehmlichkeit trat bei der neuen Seebrücke auf, die 150 Meter ins Meer hineinreicht. Beim letzten

Sturm wurden die zum Wasser führenden Stufen stark beschädigt. Platten wurden zerstört, das Geländer eingedrückt, die hölzernen Haltestangen sind rissig. Es ist fraglich, ob sie dem nächsten Unwetter standhalten können. Darüber hinaus fangen die Geländer und die Stufen an zu rosten und zu korrodieren. Spezialisten gehen davon aus, dass diese Veränderungen in zwei Jahren zur Zerstörung der Brücke führen könnten.

Die Cranzer Promenade hat ihre Schönheit eingebüßt, da wegen der Erweiterung viele Bäume, die entlang der bisherigen Promenade standen, gefällt wurden. Während zuvor Bänke unter den Schattenspendern aufgestellt waren, stehen sie nun in der prallen Sonne vor einem hohen Zaun. Es dürfte den Besuchern nicht viel Freude bereiten, zwischen Beton und Zäunen in der Sonne zu braten. *J.T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

eigentlich muss ich ja wieder mit dem Wort beginnen, mit dem ich fast jede Kolumne einleiten könnte, und ich tue es auch, denn es handelt sich eben um dieses verflixte „eigentlich“, das wieder einmal bedeutet, dass ich eine ganz andere Themenauswahl treffen muss als geplant. Unsere Familien-seite wird ja von Zuschriften bestimmt, die zu den von uns veröffentlichten Fragen und Wünschen Stellung nehmen und zu Lösungen beitragen können, also höchst aktuell sind, auch wenn sie sich auf Vorfälle aus der Vergangenheit beziehen. Und so wollte ich „eigentlich“ wieder eine kleine Bilanz aufgrund der in den letzten Wochen eingegangenen Zuschriften ziehen, aber da kam etwas dazwischen, mit dem ich nicht gerechnet hatte: eine Welle vom Glückwünschen zu meinem 98. Geburtstag. Und die beziehen sich nicht nur auf diesen – zugegeben höchst markanten – Markstein in einem langen Menschenleben, sondern auch auf unsere Ostpreußische Familie, die in die Glückwünsche zumeist mit eingeschlossen ist. Denn sie kommen aus der Familie und führen wieder in die Familie, sie zeigen die ganze Palette von Gefühlen auf, die durch unsere ständige Arbeit für die Heimat geweckt werden, oft mit Denkanstößen und Anregungen verbunden, die zu ihrer Bereicherung beitragen. Aber sie auch mit heiteren Worten und fröhlichen Sprüchen leichter machen, zumal wenn der Pegasus selber gestallt wurde.

Wie von **Werner Preß** und den Getreuen vom Plachandertreff in Parchim, die mich mit einem ganzen Pungel voller Glückwünsche überraschten – wie in Folge 7 zu lesen war –, der dann dazu beitrug, dass die Glückwünschelle überzuschwappen begann. Was für diese kleine Gruppe das Treffen bedeutet, hat der Masure aus dem Kreis Lötzen in Verse gebracht: „Ach wie schön ist für uns Ostpreußen das Plachandern, wenn ein jeder etwas weiß von dem einen oder andern. Wie es

einst in unserer Kinder- und Jugendzeit in Ostpreußen war, bringen uns vorgetragene Gedichte, kleine Geschichten und Lieder in Erinnerung dar. Wir hoffen und wünschen, dass wir uns weiter mit vielen Anderen noch lange treffen zum fröhlichen Plachandern.“ Das wünschen wir dieser Gruppe, die sich unserer Familie eng verbunden fühlt, auch weiterhin.

Ein bisschen Plachandern wollte auch **Ilsegrit Böhm** aus Hamburg, und so beginnt ihr Glückwunsch mit dem echt ostpreußischen Ausruf „Erbarmung!“ Bezogen auf mein Alter:

„Nu sind Sie all 98, wie haben Sie bloß gemacht? Amend wie der olle Heesters? Der schlubberte jeden Tag e Schnapsche mit Knoblauch versüßt. Ober is es vielleicht doch e Meschkinn, der besser schmeckt?“ Weder – noch,



Gedenkstein in Spremberg

Bild: privat

vielleicht eher dann doch, was Frau Boehm weiterhin vermutet: die Salzburger Gene. Die scheinen wohl auch bei Ihnen mitzuspielen, liebe Insterburgerin, denn immerhin sind Sie ja auch schon 91!

Insterburg, Heimatstadt meines Vaters! Die Insterburger Gruppe in Hamburg hat mir besonders herzlich gratuliert. Und da ihr Vorsitzender **Manfred Samel** auch Zweiter Vorsitzender der Landesgruppe Hamburg der LO ist, hat er zusammen mit dem Ersten Vorsit-

zenden **Hartmut Klingbeutel** eine Gratulationsmappe für mich erstellt, die in Bild und Text die Hauptstationen meines Lebensweges bis heute erfasst. Eine Kurzbiographie wurde der von unserem Landsmann **Horst Grigat** geschriebenen Chronik des Hamburger Stadtteils, in dem ich wohne, entnommen. Die collagenartigen Blätter sind künstlerisch gestaltet von Manfred und **Marlies Samel** und in einer Mappe zusammengefasst, die mich immer wieder zum Betrachten anregt. Und zum Nachdenken. Denn gerade in dieser kompakt gebündelten Dokumentation wird mir der Erlebnisreichtum meines langen Lebensweges mit den so unterschiedlichen Schaffensperioden bewusst.

Da hat man schon eine Streupflicht für die nächsten Generationen, vor allem, was unsere verlorene Heimat betrifft, die ich ja noch in ihrer vollen Schönheit und im tiefsten Frieden erleben durfte. Und dass ich da in unserer Leserschaft einen fruchtbaren Boden finde, haben in höchst anschaulicher Form unsere ständigen Mithelfer **Günter Uschtrin** und **Bernd Dauskardt** bewiesen. Denn sie überreichten mir persönlich eine Schale, in der – drei Kartoffeln lagen! Eine große, keimende Kartoffel und zwei kleine Setzlinge. Sie haben umgesetzt, was ich ihnen einmal auf einem LO-Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont erzählt hatte. Ich, als Frühchen von 2¼ Pfund mitten im Ersten Weltkrieg geboren, hatte gerade auf der Hand meines Vaters Platz, als er mich unseren damaligen „Einquartierten“ zeigte. Sie waren Verwandte und Freunde, die beim Russeneinfall nach Königsberg geflüchtet waren und noch nicht auf die zerstörten Höfe zurück konnten. Als nun Onkel **Karl Lekies** aus Gr. Lindenau mich Winzling sah, meinte er bedauernd: „Ach Gott, e Kopfche wie e Saatkartoffelche!“ Das Wort blieb haften, und hat nun dazu geführt, dass Günter Uschtrin und Bernd Dauskardt diesen Vergleich sichtbar machten. Die beiden „Keimlinge“ schreiben dazu, dass die Saat

jetzt aufgegangen sei, was ich ja nur bestätigen kann. Denn ich staune immer wieder, was die beiden Freunde, die sich – durch unsere Familie! – in gemeinsamer Verpflichtung zur Entdeckung und Erhaltung ostpreußischem Kulturgut gefunden haben, schon bewegen, womit sie sehr zur Bereicherung unserer Familienseite beitragen.

Und das trifft auch auf einen anderen „Keimling“ zu, dessen Name unseren Lesern durch seine aussagekräftigen Fotos aus dem nördlichen Ostpreußen vertraut ist. **Jörn Pekrul** aus Frankfurt am Main konnte seinem Glückwunsch mit einem Dank für die Veröffentlichung seines in Nummer 5 erschienenen Beitrages verbinden und berichten, dass er sehr viel Post von Gleichfühlenden aus unserem Leserkreis erhalten hat. Nun ist er dabei, diese Zuschriften nach und nach individuell zu beantworten. „So reichen sich die Generationen die Hand!“, schreibt Jörn Pekrul. Diesmal legte der passionierte Fotograf kein Bild aus Königsberg bei, sondern ein „Fundstück“, das er in Berlin entdeckte hatte. Am S-Bahnhof „Hackescher Markt“ fand er als Wandmalerei das Porträt des Alten Fritz, wie jedenfalls die Montur vermuten lässt. „Eine heitere Interpretation preußischer Jugend“, meint Herr Pekrul, der uns damit neugierig macht, etwas mehr über diesen „Modernen Fritz“ zu erfahren.

Neugierig hat mich auch ein Foto gemacht, das **Dieter Pohle** seinem Gruß beilegte. Herr Pohle wohnt in Senftenberg und liest seit Jahren mit Freude und Interesse unsere Zeitung. Er ist kein Vertriebener – zwar ist er auch in seiner Kindheit geflüchtet, aber die Familie konnte nach vier Wochen wieder an ihren Heimatort in der Niederlausitz zurückkehren und dort verbleiben. Aber Dieter Pohle erinnert sich noch genau an das Leid und die Not der Heimatlosen, denn viele seiner Mitschüler und Mitschülerinnen waren Flüchtlingskinder, und eine von ihnen hieß **Hildegard Korinth** und kam aus Königsberg. „Eine sehr schwere Zeit damals und meist gibt es keine schönen Erinnerungen daran, doch auslöschen lassen sich diese nicht“, schreibt Herr Pohle, der wegen dieser Erinnerungen besonders unsere Familienseite liest.

Aber nun zu dem erwähnten Foto. Es zeigt einen Gedenkstein, der sich heute noch an seinem ur-

sprünglichen Ort Spremberg befindet. Er stammt aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und steht seiner Inschrift nach auf dem „Mittelpunkt vom Deutschen Reiche“, und der war tatsächlich hier in der Niederlausitz. Das hat Herr Pohle sogar noch in seiner Schulzeit in den 40/50er Jahren gelernt. Er wurde als Markstein für den geographischen Mittelpunkt des Deutschen Kaiserreiches errichtet und zeigt in einem Relief den Wappenadler mit der Krone. Der Markstein ist in einem sehr gepflegten Zustand – Herr Pohle meint, dass er nach der Wende restauriert wurde – und trägt keine weitere Inschrift bis auf den Hinweis auf den Ort des geographischen Mittelpunktes des Deutschen Reiches: „Nach dem ber. Geographen Matzat“. Und da wird man hellhörig, denn dieser Name weist nach Altpreußen hin. Er muss zu der damaligen Zeit berühmt gewesen sein, wie die Inschrift beweist. Es wäre interessant, etwas mehr über diesen Geographen und sein Wirken zu erfahren. Heute ist der helle Stein leider kein Markstein mehr, aber ein Gedenkstein, und es ist gut, dass uns Dieter Pohle auf ihn aufmerksam gemacht hat.

So wird unsere Familie immer wieder fruchtbar, und ich bleibe neugierig – na, sagen wir besser: wissbegierig und so nehme ich gerne das Eulenbild als „Symbol der Weisheit“ entgegen, mit dem **Anny Grothe** mich beglückte. Darin bündeln sich wohl alle Kriterien für meine weitere Arbeit, die ich den vielen Glückwünschen entnehmen kann, wie aus dem von **Anne Varnhagen**: „Mögen Konzentration, Geduld und die Liebe zur Arbeit Ihnen weiter den Weg weisen.“ Oder aus der Briefkarte von **Knut Walter Perkuhn**, der eigentlich auch zu den „Keimlingen“ gehört, denn er schreibt: „Bleiben Sie gesund, stabil und willensstark und behalten Sie Ihre Freude am täglichen Leben. Ganz viele Ostpreußen haben durch Ihr langjähriges Wirken viele hilfreiche Erfahrungen gemacht – so auch ich.“

Durch die PAZ sind wir mit unseren Landsleuten verbunden, die das Schicksal in alle Welt verweht hat – und so freut man sich über

die Grüße besonders, weil sie Brücken sind, nicht nur über Länder und Meere hinweg, sie verbinden auch die Vergangenheit mit der Gegenwart. Denn immer taucht ein Wort auf: Ostpreußen. So in dem Glückwunsch von **Frieda Lukner** aus Florida oder in dem von **David Borgin** aus Irland – der immer unsere Kolumne in der PAZ genießt! Und natürlich fehlt auch **Rosemarie Pakleppa** aus Südafrika nicht in der Runde, und aus New Jersey meldete sich **Elfie Pataky** mit einer Erinnerung an das Paradies ihrer Kindheit, Neuhäuser-Tiergarten, kurz auf einen Satz gebracht: „Eichenkrug war schön!“ Und da wir

bei **Christina Gilliland** aus Texas nie vor Überraschungen sicher sind, so enthält auch ein kleiner Satz in ihrer E-Mail eine Besonderheit, die sie noch nie erwähnt hat: Ihre Großmutter **Martha Mathilda Berta Pomper** war eine Jugendfreundin von **Agnes Miegel**.

Hierüber hätten wir gerne noch mehr erfahren.

Für alle die guten Wünsche, die unserem dichtmaschigen „Netzwerk OF“ gelten, hat die Schriftstellerin **Elisabeth Kran** aus Celle wohl die treffendsten Worte gefunden: „Lese ich die PAZ, wirkt die Ostpreußische Familie wie ein gemütlich eingerichtetes, warmes Zimmer. Hier hat man Ruhe, hier fühlt man sich wohl, auch wenn Schicksal das Thema ist.“ Das bedeutet, wenn man diese Parabel weiterführt, dass immer gut eingheizt werden muss. Bedeutet also Arbeit und Pflicht. Und da möchte ich an alle, die aus Anlass meines 98. Geburtstages geschrieben und angerufen haben, diesen Spruch weiterreichen, den **Werner Nagel** aus Hohenwestedt uns auf den weiteren Weg gibt:

Was Du verlierst, vergisst Du bald, erwirbst Du Besseres unterdessen,

was man Dir wegnimmt mit Gewalt, das wirst Du nicht vergessen!

Eure

Ruth Geede

Als unser Wagen gurgelnd im brechenden Eis versank

Renate Kuhr erlebte als 13-Jährige die Flucht über das Frische Haff

Unter den vielen Fluchtberichten, die mir in diesen Wochen übersandt wurden, ist auch ein kleines Buch, das dadurch hervorsteht, dass es von Mutter und Tochter geschrieben wurde und somit aus der Sicht zweier Generationen eine besondere Spannweite erhält. Die Authentizität wird noch verstärkt durch die frühe Aufzeichnung des Fluchtweges der Heilsberger Familie, denn die Mutter, **Charlotte Kuhr**, verfasste ihren Bericht schon kurz nach Kriegsende. Die Tochter, **Renate Kuhr**, hat diese sorgsam gehüteten Erinnerungen durch ihre eigenen Eindrücke ergänzt, die ihr weiteres Leben geprägt haben. So entstand eine lückenlose Dokumentation einer ostpreußischen Familie auf der Flucht mit der Einbindung von den Schicksalen vieler Menschen, die ihren Weg kreuzten. Ich habe einen Abschnitt aus dem Buch „Flucht auf dünnem Eis“ herausgesucht, der gerade dieses Geschehen vor nun genau 69 Jahren fokussiert. Charlotte Kuhr berichtet, wie sie mit ihrer 64-jährigen Mutter und ihren beiden

Töchtern, der 13-jährigen Renate und der sieben Jahre alten **Sigrid**, beim zweiten Fluchtversuch unter schwierigsten Umständen das Frische Haff bei Leysuhnen erreichten: „Schon von weitem konnten unsere Augen den endlosen Treck sehen, der sich aus Norden auf das Haff hinwälzte, Wagen hinter Wagen, unabsehbar. Ohne viel Fragen wurden die zu Fuß Flüchtenden auf den Wagen untergebracht, die das Ufer erreicht hatten. So kamen auch wir mit unserem Gepäck auf eine Führe, die leider unbedacht war. Ich thronte auf der höchsten Spitze und war an diesem ungeschützten Platz nur mit einer dünnen Decke gegen den schneidenden Haffwind gesichert. Alles Wärmende wickelte ich um Mutti und die Kinder. Erst viel später wurde mir klar, wozu es gut war, dass ich an dieser Stelle fast unverpackt sitzen musste! So kamen wir über das Haff, ein Wagen von Tausenden, der Treck war 30 Kilometer lang. Jeder Wagen sollte vom nächsten 50 Meter Abstand halten. Da aber die Fahrt von zehn Minuten dauerndem Anhalten unterbro-

chen wurde, die mit dem Rufen HAAAALT! und WEITER eingeleitet und beendet wurden, verringerte sich bald der Abstand. Das war gefährlich im Hinblick auf die nicht mehr sehr feste Eisdecke, die



unserm Wagen vorbei, undeutliche Fetzen drangen an unser Ohr: ‚De loate ons hier alle versuupe!‘ Das Scharren der frierenden Pferde, deren Hufe bereits in dem etwa zwei Zentimeter über der Eisdecke stehenden Wasser standen, beunruhigten uns noch mehr. Es war bereits nach zwei Uhr, als die Pferde des sich etwa zehn Meter vor uns befindenden Wagens plötzlich in die krachende und splitternde Eisdecke einbrachen, in Sekundenschnelle den voll beladenen Wagen hinter sich herziehend. Ein Krachen, ein Gurgeln – und alles war vorbei! Entsetzt sprang ich von meinem hohen Sitz auf das mit Wasser bedeckte Eis, fiel hin, mein Polzmantel saugte sich sofort voll – aber dessen ungeachtet sprang ich blitz-

schnell auf und riss die schlaftrunkenen Kinder vom Wagen. Mutti erkannte auch die die unmittelbare Gefahr und sprang herunter. Uns bewegte nur der Gedanke, so schnell wie möglich von dem brechenden Eis zu kommen. Ich ergriff nur meine Handtasche und zerrte die Kinder von dem schweren Wagen weg, der gurgelnd versank, mit ihm unser Koffer mit seinen ideellen und materiellen Werten. Das Eis klappte stellenweise in bis zu 20 Zentimeter breiten Spalten, die man in der Dunkelheit nicht erkennen konnte. Ich fand einen langen Stock, damit setzte ich mich an die Spitze meiner kleinen Kavalkade und stocherte Schritt für Schritt auf das Haffufer zu, wohin uns kleine Feuer den Weg wiesen. Leider konnte ich nicht verhindern, dass meine Mutter kurz vor Land in eine offene Stelle geriet und bis zum Knie einsank. Durch Schilf und Gestrüpp strebten wir einem einsamen Feuer zu, um das Flüchtlinge lagerten, stumm vor sich hinstarrend. Keiner schliefe, aber es blickte auch keiner auf, als wir kamen. Wir

hockten uns auf den kahlen Waldboden und verbrachten den Rest der Nacht mit dauerndem Drehen des Körpers am Feuer. Als der Morgen dämmerte, versuchten wir den Waldweg nach Narmeln zu finden, den ich von früher so gut kannte. Es stellte sich heraus, dass wir ungefähr zwei Kilometer südlich von Narmeln an Land gekommen waren.“

So weit die Aufzeichnung dieser schicksalhaften Stunden auf dem vereisten Haff im Februar 1945. Vier Monate dauerte die Flucht der Familie Kuhr, die alle überlebten. Die traumatischen Erlebnisse und Eindrücke haben aber den weiteren Lebensweg der damals 13-jährigen Renate Kuhr bestimmt und bewirkt, dass sie jetzt als 80-jährige die Erinnerungen ihrer Mutter veröffentlicht. Die im Frieling-Verlag Berlin erschienene Publikation „Charlotte und Renate Kuhr: Flucht auf dünnem Eis“ (ISBN 978-3-8280-3182-1) verzeichnet die Deutsche Nationalbibliothek in der Deutschen Nationalbibliografie (<http://dnb.d-nb.de>) R.G.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Die Gruppe führt ihre **Jahreshauptversammlung** durch. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten, da unter anderem Nachwahlen anstehen. Außerdem gibt es einen Rückblick auf 2013 beziehungsweise einen Ausblick auf ein hoffentlich erfolgreiches Jahr 2014. – Donnerstag, 20. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

zum Deutschlandtreffen in Kassel vom 16. bis 18. Mai – Bitte schon jetzt einen Platz für die Busfahrt reservieren bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Näheres bezüglich Ablauf, Programm und Preis wird in einem Faltblatt nach erfolgter Anmeldung mitgeteilt. – Donnerstag, 13. März, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe. – Sonntag, 23. März, 15 Uhr, Brauhaus, Unter den Ulmen: Jahreshauptversammlung, Anträge und Wahlvorschläge bitte bis zum 17. März einreichen beim Vorsitzenden Eckard Jagalla, Telefon (05241) 403872.



Gern gesehene Gäste: „Friedrich der Große und sein Gefolge“ beim 7. Winterball in Bad Godesberg
Bild: Alfred Schmelzeisen

Bonn-Bad Godesberg – 7. Winterball – Beim traditionellen Winterball in der Stadthalle Bad Godesberg begrüßten Stephan Rauhut, Manfred Ruhau, Waltraud Kraus und Julius Wegmuth neben den Landsleuten als besonderen Gast den „Alten Fritz“, der mit seinem Offiziersstab unter den Klängen des Hohenfriedberger Marsches in den Festsaal einzog. Nachdem der Darsteller Friedrichs des Großen auf dessen politisches Testament eingegangen war, das die Verantwortung eines Herrschers und dessen Handeln zum Wohle der Gesellschaft beinhaltet, stellte die Brückberger Trachtengruppe zahlreiche ostdeutsche Tänze vor. Schüler der Zirkusschule Don Mehloni trugen mit artistischen Einlagen zum Gelingen der Veranstaltung bei wie auch der Männergesangsverein „Frisch auf“ aus Meindorf. Zu den Gästen des Winterballs zählten die Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Claudia Lücking-Michel und Reiner Lehni, Landesvorsitzender der Siebenbürger Sachsen. Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, bat Lücking-Michel, bei allen politischen Entscheidungen auch die Bedeutung der Vertriebenen und Aussiedler zu berücksichtigen, da jeder fünfte Bonner Bürger ostdeutsche oder osteuropäische Wurzeln habe.

Bonn – Dienstag, 4. März, 18 Uhr, Haus am Rhein: **Jahreshauptversammlung**. – Jeden 3. Mittwoch, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Stammtisch.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichenendorff-Saal, I. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen – Westpreußen – Sudetenland. – Mittwoch, 5. März, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 13. März, 19.30 Uhr, GHH/Raum 412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 14. März, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62, 40210 Düsseldorf: Stammtisch. – Donnerstag, 20. März, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), GHH/Konferenzraum: Frühling in Schlesien mit dem Männerchor MGV Duisburg-Buchholz 1858.

Gütersloh – Montags, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13: In unregelmäßigen Abständen findet der Ostpreußische Singkreis statt. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – **Busfahrt**

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 11. März, 15 Uhr, Handelshof: Jahreshauptversammlung mit Geschäfts- und Kassenbericht des Jahres 2013 und einem Referat des Vorsitzenden. Den Abschluss bildet traditionell das Königsberger-Klops-Essen.

Wesel – Sonnabend, 8. März, 10 Uhr, Niederrheinhalle, Parkettsaal: Vorbereitung auf die 60-Jahrfeier der Gruppe, die in einem Festakt begangen wird. Auskunft erteilt Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.

Witten – Montag, 17. März, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Romantisches Masuren, Land der tausend Seen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Diez/Lahn – Mittwoch, 5. März, 14.30 Uhr, Café am Hain, Hainstraße 25: Fastnachtsausklang. Der ostpreußische Seniorenclub Hessen-Nassau lädt traditionsgemäß für Aschermittwoch ein. Beiträge mit ostpreußischem Humor unterhalten wieder nach Kaffee und Kuchen. Gäste, auch aus anderen Vertreibungsregionen wie Westpreußen, Danzig, Pommern oder Schlesien, sind immer herzlich willkommen.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Sonnabend, 8. März, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatnachmittag. Es wird der Film „Sommer in Ostpreußen 1942“ gezeigt.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Mit Stolz und Freude wird in Limbach-Oberfrohna eine ganz besondere Wanderausstellung von Dresden präsentiert. Diese Ausstellung wurde vom sächsischen Innenministerium in Dresden finanziert. Besonders dankt die Gruppe Herrn Dr. Baumann vom

sächsischen Innenministerium in Dresden. Dr. Baumann unterstützt sie bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit für die Heimatvertriebenen und steht ihr mit Rat und Tat zu jeder Zeit bei. Diese Wanderausstellung beinhaltet Berichte über Flucht und Vertreibung und den Neuanfang in Sachsen, wo die Vertriebenen ein neues Zuhause gefunden haben. Besonders geeignet sind diese Zeitzeugenberichte für Schulklassen zur Unterstützung des Geschichtsunterrichts. Die Gruppe lädt alle Landsleute und Gäste ganz herzlich ein und hofft auf rege Teilnahmen und gute Gespräche. Die Ausstellung ist vom 7. bis 18. April in Limbach-Oberfrohna im Albert-Schweizer-Gymnasium in der Pleißer Straße zu besichtigen. Die genauen Ausstellungszeiten werden in der örtlichen Presse bekannt gegeben.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 7. März, 15 Uhr, TUS, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 9. März, 14 Uhr, Sportgaststätte Spielhagenstraße: Wir begrüßen den Frühling. „Einst in der Heimat – jetzt hier“. – Dienstag, 11. März, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelmstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 11. März, 15 Uhr, „Haus im Stadtpark“: Landsmannschaft feiert Karneval. Lustige Geschichten und Lieder, die Brigitte Asbahr musikalisch auf ihrem Akkordeon begleiten wird, sollen an diesem Nachmittag die Mitglieder und Gäste unterhalten.

Flensburg – Freitag, 21. März, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik, Kielseng: Kaffeerunde. Vortrag mit Bildern zum Thema „Flensburg-Mürwik aus alter Zeit“. Referentin Frau Mikolejewicz. Anmeldung bei H. und W. Brandes, Telefon (0461) 74816.

Harrislee – Beileidsadresse des Kapitäns zur See a.D. der Baltischen Flotte Wadim Gasisow zum 30. Januar 2014, dem 69. Jahrestag der Versenkung der „Wilhelm Gustloff“, mit 10 500 in der eisigen Ostsee ertrunkenen deutschen Menschen an Bord, gerichtet an Kapitänleutnant a.D. Bernhard Mroß in Harrislee. 30. Januar 1945. – „Bernhard, guten Tag! Heute haben wir den Jahrestag der größten Tragödie in der Ostsee. Es ist schwer sich vorzustellen, was in diesem Augenblick vor 68 Jahren zwischen dem heutigen Kaliningrad und Flensburg vor sich gegangen ist, mit anderen Worten gesagt, es geschah ganz unweit von uns. Wenn man sich nur für eine Sekunde den Schrecken und die Qualen dieser Menschen vorstellt, dann assoziiert man bereits nicht mehr deren Nationalität: Deutsche, Polen, Schweden und Russen – welchen Unterschied macht dieses. Dieses waren einfach normale Menschen, die urplötzlich in die schlimmste Eishölle hineingeraten waren. Ich bringe mein persönliches Mitgefühl zum Ausdruck! Vom allerersten Augenblick an diese, erinnere ich mich ständig an diese. Und obwohl das nur eine Episode dieses langjährigen blutreichen Gemetzels ist, als es schwierig war, diejenigen zu finden, die im Recht und diejenigen, die die Schuldigen waren,

Schuldige daran gibt es trotzdem. Es ist eben dieser Fall, wo man einen konkreten Schuldigen sowohl auf unserer, als auch auf eurer Seite ausmachen kann. Gott möge ihnen Richter sein! Gott sei Dank, dass sich nach Oktober 1989 im Bewusstsein unserer Menschen Vieles grundlegend geändert hat. Lasst uns schweigend unsere Häupter neigen und gedenken wir dieser unglücklichen Menschen, der Passagiere der „Wilhelm Gustloff“, die ihre letzte Ruhe auf dem Grund der Ostsee gefunden haben!“

Neumünster – Mittwoch, 12. März, ab 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Die Gruppe trifft sich zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes. Anschließend folgt der gemütliche Teil. – **Bericht** – Die monatliche Veranstaltung am 8. Februar fand in der Stadthalle mit 88 Personen statt. Auf den Tag genau vor 65 Jahren gewinnt das traditionelle gemeinsame Königsberger Fleckessen – jetzt Königsberger Klopse – den Zuspruch über die Grenzen der Stadt hinaus. Wohl deshalb, weil es nicht nur einem bunten Nachmittag gewidmet ist, sondern auch zugleich zu einem Kulturprogramm zusammenführt. Die Klammer für das Zusammenhalten der Gruppe bleibt das Heimatgefühl. Und so fing alles an: Für 137 Teilnehmer in Haases Bürgerstuben wurde das „Königsberger Fleckessen“ aufgetischt, so richtig mit Majoran und frischen Semmeln, wie Zuhause. (Reste wurden im Kochgeschirr mitgenommen.) In Königsberg gab es im knackigen Winter an „jeder Ecke Schalchen Rinderfleck für ein Dittchen“. Die Zubereitung ist eine Wissenschaft und Geschichte für sich. Leider waren später hier die jüngeren Köche mit dem Kochen dieses Gerichts nicht mehr kundig und so besann man sich am 8. Februar 1995 im Stadtbad-Restaurant auf die Königsberger Klopse. Die Gruppe setzt diese Tradition fort. Und wenn sie heute noch so viele „Königsberger Klopsanhänger“ hat, zeigt es doch, dass die Klopse gut schmecken und das ostpreußische Leib- und Magengericht sind. Seit 2005 ist die Gruppe mit ihren großen Veranstaltungen in der Stadthalle. So konnte die 1. Vorsitzende Brigitte Profé die Teilnehmer mit Liedern, Geschichten, Gedichten und einem lustigen Sketch durch ein buntes unterhaltsames dreistündiges Programm führen, wobei auch der Bärenfang-Meschkinnes nicht fehlen durfte.

Pinneberg – Sonntag, 9. März, 16 Uhr, Restaurant Mondea, Mühlenstraße 70 d: Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: 1. Begrüßung und Eröffnung durch die Vorsitzende mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung. 2. Totenehrung. 3. Bericht der Vorsitzenden. 4. Verlesen und Genehmigung des Protokolls der Jahreshauptversammlung vom 16. März 2013. 5. Bericht der 2. Vorsitzenden über die Aktivitäten im vergangenen Jahr. 6. Bericht des Schatzmeisters mit Aussprache. 7. Kassenprüfbericht mit Antrag auf Entlastung des Vorstands. 8. Vorstellen des Wirtschaftsplans für das Jahr 2014. 9. Neuwahlen des Vorstands, zuvor Wahl eines Wahlleiters. Zur Wahl stehen: 2. Vorsitzender für zwei Jahre, ein Kassenprüfer für zwei Jahre, zwei Beisitzer für ein Jahr. 10. Ehrungen. 11. Anträge, bitte bis drei Tage vorher in schriftlicher Form. 12. Verschiedenes und Vorschau auf das Programm für 2014. Ende des offiziellen Teils. Kleine Pause und Vorlesen einer wahren Geschichte. Um zirka 18 Uhr: Gemeinsames Essen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten, da sonst eine neue Versammlung einberufen werden muss.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 6. und Donnerstag, 20. März, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Freitag, 28. März, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit Lichtbildvortrag von Herrn Hamm zum Thema „Ostpreußen“. Alle Landsleute sind herzlich willkommen!

Wirken Sie mit an der Stiftung.

Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 1001834983
BLZ: 72030014



»Zukunft für Ostpreußen!«

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Montag, 10. März, 19 Uhr, Stadtmuseum, Franziskanerstraße 9, 53113 Bonn: Vortrag von Prof. Stefan Samerski, München/Potsdam: „Schwer geprüfter Mittler zwischen Deutschen und Polen – Der Danziger Bischof Carl Maria Splett (1898–1964)“. Der am 5. März 1964, in Düsseldorf verstorbene Danziger Bischof Carl Maria Splett hatte im Jahr 1938 mit der Nachfolge des Danziger Bischofs O'Rourke ein schweres Erbe angetreten, verschärfte sich damals doch die politischen Spannungen in Danzig sowie zwischen dem Deutschen Reich und Polen, wovon besonders die ausnahmslos der katholischen Kirche angehörende polnische Minderheit in Danzig betroffen war. Mit der Einbeziehung der Freien Stadt Danzig in das Deutsche Reich zu Kriegsbeginn kam es zu massiver Verfolgung der Kirche, was in der Ermordung von sieben der zwölf polnischen und vier deutschen Priester der Diözese gipfelte. Als Apostolischer Administrator hatte sich Splett zudem um die Diözese Kulm zu kümmern, wo die

kirchliche Verwaltung gänzlich zusammengebrochen war. Nach der Einnahme Danzigs durch die Rote Armee 1945 wurde Splett bald verhaftet und in einem Schauprozess wegen Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Regime zu acht Jahren Zuchthaushaft verurteilt. Ende 1956 konnte er in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen. Fortan war Bischof Splett unermüdlich für die vertriebenen Danziger Katholiken tätig, wirkte als Versöhner von Deutschen und Polen, bevor er, erst 66-jährig, einem Herzleiden erlag.

Samerski, als ausgewiesener Kenner der kirchlichen Zeitgeschichte an den Universitäten München und Potsdam lehrend, zeigt diese neuere Sicht auf der Grundlage eigener Forschungen auf. Im Anschluss an den Vortrag lädt die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen zu einem kleinen Umtrunk ein. Eintritt 2,50 Euro.

Anmeldung erbeten bei: Dr. Ernst Gerlich, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Kaiserstraße, 113, 53113 Bonn, Telefon (0228) 91512-0.

Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben, an Deines Volkes Auferstehen, laß diesen Glauben Dir nicht rauben, trotz allem was geschehen.

Und handeln sollst Du so als hinge von Dir und Deinem Tun allein das Schicksal ab der deutschen Dinge und die Verantwortung wär' Dein.

Johann Gottlieb Fichte
1762 - 1814



Hartmut Kaulbarsch

* 28.02.1934

† 05.02.2014

Lyck/Ostpreußen

Bussin/Vorpommern

Geprägt von der Fürsorge für seine Familie war er ein liebevoller und aufrechter Mittelpunkt. Wir behalten ihn in Erinnerung mit seiner Liebe zu seiner Heimat Ostpreußen, den Trakehner Pferden, dem Militär, Wald und Wild.

In stiller Trauer
Maria Kaulbarsch und Familie

An der Luisenhöhe 2, 18469 Velgast-Bussin

Nach der Trauerfeier erfolgte die Urnen-Beisetzung am 22.02.2014 im Friedwald in 21397 Barendorf.

Worte können nicht wiedergeben, was wir verloren haben.

Schnell und unerwartet verstarb meine Mutter, Schwiegermutter, Oma und Omimi

Christel Joachim

geb. Weller

* 15. Januar 1919

† 16. Februar 2014

Bartenstein / Ostpreußen

Hof

In Liebe und Dankbarkeit
**Christian und Jutta Joachim
Alexandra und Roland Dams,
mit Christopher und Thorsten
Bettina und Viktor Skrelja,
mit Nua-Leon und Niklas**

Traueradresse: Schleizer Straße 4, 95111 Rehau

Die Beerdigung fand am 20. Februar 2014 auf dem Friedhof von Rehau statt.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



EKENRODE (STALLUPÖNEN)
Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.



Stadtarchiv entdeckt wurde. Das langjährige Wirken Alfred Wermkes für seine Heimat fand Anerkennung durch die Verleihung der Ehrennadel der Ebenroder Kreisgemeinschaft, in der sein Rat oft gefragt war. In Göttingen kennt man ihn gut wegen seiner Funktionen als Innungsmeister und als Schützenkönig. Nicht zuletzt wurde sein Engagement durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes gewürdigt.

Leider erlitt Alfred Wermke vor zwei Jahren einen Unfall, der ihn zu größerer Zurückhaltung bei seinem Wirken im Allgemeinen und für seine Heimat im Besonderen zwang. Umso erfreulicher, dass er, der gebürtige Ostpreuße, und seine Frau, die „Wahl-Ostpreuße“, mit der diamantenen Hochzeit ihre lange Gemeinsamkeit krönen können. Sicher wünschen alle, welche die beiden kennen, weiterhin alles Gute.



Voller Freude: Ehepaar Wermke feiert Diamantene Hochzeit



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Busreise zum Sommerfest nach Goldap

Die Kreisgemeinschaft Goldap reist vom 8. bis 17. Juli zum Sommerfest 2014 nach Goldap mit dem Reisedienst Warias: Stettin – Kolberg – Kaschubische Schweiz – Danzig, Goldap – Wystiter See – Gr. Rominten, Trakehnen, – Lyck – Posen.

Reiseverlauf: 1. Tag: Dienstag 8. Juli: Übernachtung in Stettin. 2. Tag: Mittwoch, 9. Juli: Kolberg mit Aufenthalt – Übernachtung in Karthaus, Besichtigung des Klosters des Karthäuser Ordens (Kaschubische Schweiz). 3. Tag: Donnerstag 10. Juli: Stadtführung und Besichtigung einer Bernsteinmanufaktur, Nachmittag Weiterfahrt nach Goldap. 4. Tag: Freitag 11. Juli: Goldap – Ausflug zum Wystiter See (Litauen). Fahrt entlang der Rominter Heide über Szittkehmen, Wizajni, Richtung Wystiten. 5. Tag: Samstag, 12. Juli: Der Vormittag für eigene Unternehmungen. Ab 14 Uhr Sommerfest der Kreisgemeinschaft Goldap am Goldaper See. Der Bus hat seinen freien Tag. 6. Tag: Sonntag 13. Juli: Ausflüge rund um Goldap – Safari Park, Goldaper Berg, um 15 Uhr ökumenischer, zweisprachiger Gottesdienst in der Alten Kirche Goldap, danach haben die Teilnehmer Zeit für sich, zum Beispiel zu einem Besuch im „Haus der Heimat“. 7. Tag: Montag, 14. Juli: Neu – Fahrt mit dem Bus nach Groß Rominten, Tollmingkehmen und Trakehnen. Die Mitreisenden haben Zeit, die Heimatdörfer zu besuchen. Alternativ können sich die Fahrgäste an der Fahrt nach Königsberg beteiligen oder den Tag für eigene Unternehmungen nutzen. Visum für Rußland erforderlich. 8. Tag: Dienstag 15. Juli: Ausflug nach Lötzen und mit dem Schiff nach Steinort. Grillabend bei der Deutschen Minderheit in Lyck. 9. Tag: Mittwoch, 16. Juli: Rückfahrt über

Allenstein – Gnesen – Übernachtung in Posen. 10. Tag: Donnerstag, 17. Juli: Heimreise. Reisepreis 798 Euro, EZ-Zuschlag 155 Euro. (Visa- und Straßensteuern sind nicht im Reisepreis enthalten). Der besondere Service: An jedem Programmtag Kaffee und Kuchen gratis. Anmeldungen bei Reisedienst Warias, Telefon (02307) 88367, E-Mail: info@reisedienst-warias.de.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmund Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Kreisausschuss und Kreistag in Hagen

Zu einem nacheinander abgehaltenen „Sitzungsmarathon“ kamen der Kreisausschuss und der Kreistag am Sonnabend, 31. Januar bis Sonntag, 2. Februar, in der Patenstadt Hagen zusammen. Die im Herbst 2013 neu gewählten Gremien hatten unter der Federführung unserer neuen Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee ein umfangreiches Tagungsordnungsprogramm zu bewältigen. Im Vordergrund stand die Wahl eines Kreisältesten. Hier wurde der ehemalige Kreisvertreter Gerd Bandilla mit überwältigender Mehrheit bei einer Enthaltung, neu gewählt. Desweiteren wurde über die Kasensangelegenheiten, den Kassenbericht, die Vorbereitung des Kreistreffens in Hagen, die Teilnahme am Ostpreußentreffen in Kassel, das Seminar „Kulturelles gesellschaftliches Leben in Lyck“ in Bad Pyrmont, die weiteren festgelegten Termine 2014 und die Neuorientierung in der Zukunft der Kreisgemeinschaft berichtet und debattiert. Außerdem gaben alle mit Sonderaufgaben betraute Mitglieder ihren Jahresbericht 2013 vor den versammelten Teilnehmern ab. Wie zum Beispiel Berichte der Kreisvertreterin, des Karteiwartes, des Beauftragten für die Senioren- und Glückwunschkartei, der Archivbetreuerin, des Redakteurs des HLB, des Buchversandbeauftragten, der Sprecherin der Mittleren Generation, des Beauftragten für Familienge-

schichtsforschung, des Betreuers der Website, des Beauftragten für die Friedhofspflege. Es war eine arbeitsreiche, informative und für die weitere Zukunft hoffnungsvolle Sitzung.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcorde.de.

Späte Ehrung für Wilhelm Bennien

In Bad Fallingbostal wird eine Ausstellung mit den Werken des Malermeisters und Kunstmalers Wilhelm Bennien aus Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit, vorbereitet. Nach dem Krieg hatte der Künstler mit seinen Söhnen Gerhard und Günter ein Malergeschäft in Bad Fallingbostal.

Selbst dem damaligen Kaiser, der hoch zu Ross durch sein Fischerdorf Tawe am „Kurischen Haff“ ritt, konnte Wilhelm Bennien als damals kleiner „Butzer“ bereits eigene Skizzen aufs Pferd reichen. Doch die damaligen finanziellen Verhältnisse gestatteten es nicht, ihn auf eine Kunstakademie zu schicken, obgleich seine Lehrer das sehr befürworteten. Sein Vater war Fischer am Kurischen Haff und nicht mit Reichtum gesegnet.

In Verbindung mit den fünf Enkeln des Künstlers wird eine Ausstellung seiner geschaffenen Werke vorbereitet. Federführend und Initiator ist der Ehrenvorsitzende der Heimatkreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit und langjährige Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen, Kreisverband Fallingbostal, Albrecht Dyck. Die Ausstellung der ausgezeichneten, zum größten Teil in Öl gemalten Bilder wird in der Zeit vom 7. bis 22. Juni 2014 im Foyer des Ratssaales Bad Fallingbostal zu sehen und in weiten Bereichen Deutschlands von großem Interesse sein. Öffnungszeiten sind voraussichtlich jeweils an den Wochenenden, zwischen 14 und 17 Uhr und nach Absprache.

Wir bitten alle uns nicht bekannten Eigentümer von Bildern des Künstlers, sich zu melden, damit auch diese Bilder in die Aus-

stellung integriert werden können. Anfragen und Meldungen zu der bevorstehenden Vernissage richten sie bitte an: Albrecht Dyck, Teichstraße 17, 29683 Bad Fallingbostal, Telefon (05162) 2046, E-Mail albrecht.dyck@t-online.de, oder Harald Bennien Heinrichstraße 3, 29683 Bad Fallingbostal, Telefon (05162) 1073, mobil (0162) 241275.



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Regionalgeschichte

In der Tilsiter Geschichtsschreibung ist die Rolle der pruzzischen Schalauer, der deutschen Siedler, der litauischen Zuwanderer und der Salzburger Glaubensflüchtlinge bei der kommunalen und wirtschaftlichen Stadtentwicklung ausführlich geschildert worden. Sie alle drückten der Stadt ihren Stempel auf. Nur wenig findet man in der heimatkundlichen Literatur über die Rolle der Juden. Doch auch sie waren Tilsiter. Die Stadtgemeinschaft hat versucht, die bestehende Lücke zu schließen. Mit der Herausgabe der Schrift „Auch sie gehörten zu Tilsit“ wurde ein Beitrag zur Geschichte der Tilsiter Juden geleistet. Die Schrift schildert auf 62 Seiten und mit 32 Bildern die Einwanderung der Juden nach Tilsit, besonders nach den preussischen Reformen, ihren wirtschaftlichen Aufstieg und ihre Integration in das Tilsiter Bürgertum, schließlich die Verfolgung unterm Hakenkreuz, die mit der Deportation im Jahre 1942 endete. Die Broschüre ist gegen eine Spende erhältlich und kann bei der Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, angefordert werden.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Deutschlandtreffen

der Ostpreußen

Ostpreußen hat Zukunft.

17.- 18. Mai 2014, Messe Kassel

Großkundgebung am Sonntag,
18. Mai 2014, 11.00 Uhr, Rothenbach-Halle

Landsmannschaft Ostpreußen · Buchtr. 4 · 22087 Hamburg · Telefon: 040/41 40 08-0
www.ostpreussen.de

Allenstein Stadt
 Wehlau
 Treuburg
 Tilsit-Ragnit
 Tilsit-Stadt
 Sensburg

Allenstein-Land
 Angerapp
 Angerburg
 Bartenstein
 Braunsberg
 Ebenrode
 Eichniederung
 Fischhausen
 Gerdauen
 Gumbinnen
 Heiligenbeil
 Heilsberg
 Heydekrug
 Insterburg Stadt / Land
 Johannsburg
 Königsberg Stadt
 Königsberg Land

Goldap
 Gumbinnen
 Heiligenbeil
 Heilsberg
 Heydekrug
 Insterburg Stadt / Land
 Johannsburg
 Königsberg Stadt
 Königsberg Land

Gumbinnen
 Heiligenbeil
 Heilsberg
 Heydekrug
 Insterburg Stadt / Land
 Johannsburg
 Königsberg Stadt
 Königsberg Land

Gumbinnen
 Heiligenbeil
 Heilsberg
 Heydekrug
 Insterburg Stadt / Land
 Johannsburg
 Königsberg Stadt
 Königsberg Land

Gumbinnen
 Heiligenbeil
 Heilsberg
 Heydekrug
 Insterburg Stadt / Land
 Johannsburg
 Königsberg Stadt
 Königsberg Land

In Alberts »Kürbishütte«

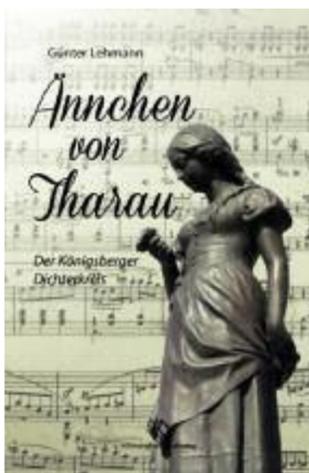
Autor verfolgt in Archiven die Spuren des echten Ännchens

Das Hochzeitslied „Ännchen von Tharau“ gehört zu den bekanntesten und beliebtesten deutschen Volksliedern. Als Chorlied wird es in vielen Ländern gesungen.

Erstmals wurde das aus 17 Versen bestehende, ursprünglich im samländischen Niederdeutsch verfasste Lied „Anke von Tharau“ 1642 im Arienvuch des Komponisten und Liederdichters Heinrich Albert veröffentlicht. In der hochdeutschen Fassung von Johann Gottfried Herder gehört es seit der Vertonung Friedrich Silchers von 1827 zum allgemeinen deutschen Volksliedgut.

Von 1641 bis 1676, also 35 Jahre, lebte das berühmte Ännchen alias Anna geborene Neander aus Tharau (geboren 1619) als Pastorenfrau im Pfarrhaus des Kirchspielortes Laukischken [Sarranskoje] im ostpreußischen Kreis Labiau. Dreimal wurde sie Witwe, zum ersten Mal 1646, als ihr erster Mann, der Pfarrer Johannes Partatius, nach zehn Ehejahren starb. Gemäß der evangelischen Altersversorgung von Pfarrwitwen vermählte sich Anna mit seinem Amtsnachfolger in Laukischken, Pfarrer Christoph Grube. Nur sechs Jahre später verstarb auch er. In dritter Ehe heiratete sie Pfarrer Johann Melchior Beilstein, der aus Saarbrücken stammte. Die Ehe dauerte bis zum Tod Beilsteins im Jahr 1676. Anna soll in zwei Ehen elf Kinder geboren haben, von denen vier das Erwachsenenalter erreichten. 1676 zog die Witwe Anna Beilstein zu ihrem ältesten Sohn, dem Pfarrer Friedrich Partatius, nach Insterburg, wo sie 1689 im Alter von 70 Jahren starb. Ihre drei Ehegatten wurden auf dem Litauischen Friedhof von Laukischken begraben. Noch bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs standen dort ihre Grabmäler.

Aus Laukischken stammt auch Günter Lehmann, der ein sehr



persönliches Buch über Anna geborene Neander und ihr Lied geschrieben hat. Es trägt den Titel „Ännchen von Tharau. Der Königsberger Dichterkreis“. Schon in früher Kindheit interessierte sich der 1933 geborene Autor für die Lebensgeschichte Ännchens,

Frage, wer der Verfasser des Liedes ist, bleibt offen

weil seine Mutter und seine Großmutter gern und viel davon erzählten, aber auch, weil er das anrührende Lied früher so oft gehört hat.

Nur wenig ist aus Annas Leben über die Namen und Jahreszahlen hinaus bekannt. Lehmann hat dazu in mehreren Archiven recherchiert. Außerdem befasst er sich in seinem Buch mit der Kirchengeschichte Ostpreußens und anderen zeitgebundenen Themen. Da die Tharauer Kirchenchronik infolge des Zweiten Weltkriegs verloren ging, zitiert er mehrfach aus P. Bolds „Dorfchronik von Tharau“ (1989) und aus Veröffentlichungen von A.C. Dorskocil, der von 1932 bis 1945

als Pfarrer in Labiau wirkte. Als Dichter des Liedes „Ännchen von Tharau“ galt schon um 1700 Simon Dach (1605–1659), der spätere Rektor der Universität Königsberg. Er soll das Lied 1636 als Hochzeitsgeschenk für den Jung-Pfarrer und Dichter Johannes Partatius und seine Braut Anna geschrieben haben. Hochzeitscarmen nannte man ein solches Gelegenheitsgedicht. War Dach aber wirklich der Verfasser?

Lehmann zieht diese Annahme in Zweifel und folgt damit der Ansicht des Germanisten Walter Ziesemer, der 1949 in einem Vortrag die Möglichkeit erörterte, dass Heinrich Albert die Verse geschrieben haben könnte. Wie Dach und Partatius war auch Albert Mitglied des Königsberger Dichterkreises, dessen Mitglieder sich regelmäßig in Alberts „Kürbishütte“ trafen. In dem Gartenhaus auf der Schwedenschanze wurde im Sommer gemeinsam gesungen, und es wurden Gedichte rezitiert.

Letztendlich bleibe die Frage nach der Verfasserschaft des Liedes „Ännchen von Tharau“ offen, meint der Autor. Seine Übersicht zur Thematik berücksichtigt jedoch nur einen Teil der einschlägigen Veröffentlichungen, besonders was den musikalischen Aspekt betrifft. Es fehlt vor allem eine Auswertung der jüngeren Forschungsliteratur, wonach tatsächlich Simon Dach mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Verfasser des Ännchen-Liedes ist. Insofern dürfte das vorliegende Buch vorrangig heimatkundlich interessierte Leser ansprechen.

Dagmar Jestrzemska

Günter Lehmann: „Ännchen von Tharau. Der Königsberger Dichterkreis“, Mecklenburger Buchverlag GmbH, Neubrandenburg 2013, gebunden, 143 Seiten, 14,90 Euro

BdV-Leitwort 2014

»Deutschland geht nicht ohne uns«

Erika Steinbach hat das Leitwort des BdV für diese Jahr bekannt gegeben, das lautet „Deutschland geht nicht ohne uns“. Dazu hob sie die Bedeutung von Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern hervor, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nachhaltig geprägt haben. Die Eingliederung der fast acht Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland und vier Millionen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone schien für viele eine bittere Lebenserfahrung und schier unlösbare Aufgabe. Sie waren es im

großen Maße, die durch ihre Arbeitskraft und Leistungsbereitschaft das „Wirtschaftswunder“ der 50er Jahre ermöglichten und damit der jungen Bundesrepu-

Die Heimatvertriebenen konnten trotz zahlloser Widrigkeiten in allen Lebensbereichen Fuß fassen. Ob in der Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Kirche, in der Kultur oder beim Sport: Die Heimatvertriebenen prägten den Aufbau Deutschlands und gestalteten Politik mit.

Der BdV will mit seinem Leitwort 2014 ein Fenster öffnen und den Blick auf den kreativen Beitrag der Vertriebenen und ihrer Nachkommen zur Entwicklung Deutschlands lenken. Denn wer genau hinsieht erkennt: Deutschland geht nicht ohne uns! EB

Vertriebene prägten Deutschland

blik ihre demokratische Stabilität verliehen. Sie prägten auch den Wiederaufbau im Osten, auch wenn dort ihr Schicksal über Jahrzehnte tabuisiert wurde.

Dem Volk aufs Maul geschaut

Felix Arndt, Pfarrer i. R. hat „Worte aus Ostpreußen“ in „3300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, zusammengetragen. Die PAZ setzt die Vokabeln in loser Folge mit Teil 20 fort:

erkubern, sich = sich erholen, zu Kräften kommen
 Redensarten:
 ei was wollt ich doch sagen/fragen = Anknüpfung an vorher Gesagtes, um Zeit zu gewinnen
 ei wie geht's denn? = freundliche Nachfrage
 es ist höchste Eisenbahn = es ist höchste Zeit, Zeitdruck
 ei wenn nich.../ei wenn doch = Ausdrücke des Zweifels
 ei wenn, ei wenn nich = geäußelter Zweifel
 erstunken und erlogen = große Lüge
 erbarmt sich! Erbarmung = Ausdruck des Entsetzens, manchmal auch vorgetäuscht.
 jemand ist nicht „erst wer“ = er ist ein bedeutender Mensch/VIP

es wird sich jetzt gegessen = energische Einladung/Aufforderung
 F
 Fach = Abteilung in der Scheune oder einem Schrank
 fackeln, nicht = rasch eingreifen, nicht zögerlich
 Faktor = Hausdiener im Hotel oder Geschäft, Abeit „für alles“
 Farin = Streuzucker
 Faselvolk = Leute mit geziertem Benehmen
 Faustchen = Fausthandschuhe, Fäustlinge
 Faxen = Unsinn, Schabernack
 Feez = lustiger Unsinn
 feimeln = umherschwenken
 feinstreifig sein = auf feine Kleidung achten, gut gekleidet sein
 feistern = spucken
 fermost = großartig, famos
 Fiddel = Geige, Violine
 fiddeln = geigen
 Fidibus = Papierstreifen zum Anzünden der Pfeife
 fies = minderwertig, zum Beispiel „fieser Kerl“
 fijohlen = sich herumtreiben
 Fijuchel = Musikinstrument, meistens Geige
 fijucheln = kräftig feiern

fijuchlige Marjell = vergnügungssüchtiges Mädchen
 Filzkorken = Hausschuhe, Filzschuhe
 Filzschuhe = warme Stoffhausschuhe
 Fibelkrabuschke = Schulanfänger
 fiepsen = sehr hohe Töne machen
 fieseln = dichter, feiner Regen
 Fieskedudel = dick, behäbig gewordener Liebhaber
 fingieren = mehrfach lose anfangen
 Fips = kleiner Mensch
 Fipselchen = ein kleines Stückchen (Stoff, Brot)
 fipsen = stehlen
 fipsig = klein, winzig
 Fimmel, einen haben = merkwürdige Gedanken äußern
 Fisematenten = Dummheiten, Ausreden
 fisserig = abgenutzt, wenig haltbar
 fisselig = nervös, unruhig
 Fitschen = Pfeile für den Bogen
 Fitzchen = kleines Stückchen Stoff
 Fitzelband = schmales, häufig weißes Baumwollband

Langzeit-ticket	Draht- oder Funknachricht	ruhig und beherrscht	enthalt-sam, ent-sagend	astrolo-gisches Karten-orakel	Rippen-stück, Karbo-nade	spani-sche Anrede: Herr	Band, Tonband (engl.)	empor-klettern (Pflanzen)	lösen, los-machen	engl. Adels-titel: Graf	Wider-hall	Treib-, Gärungs-mittel	zittern (ugs.)
Gottes-leugner			indische Gesell-schafts-schicht		amerika-nischer Film-preis		jüdi-sches Fest		irisch-frz. Schrift-steller (Samuel)			nach-geahmt, imitiert	
eine Zahl		abspre-chen, ent-ziehen	Schwer-metall		Beste, Siegerin		Boots-runder	Runddorf afrika-nischer Stämme	groß angeleg-tes Vor-haben		Gewichs-einheit	veraltet: Haus-wirtschaft-lerin	
Sport-kleidung (engl.)		von der Zeit an			Kurz-schrift (Kurz-wort)			Schutz-fürsorg-liche Aufsicht		Förder-maschine			
Nord-polar-gebiet				Fluss in Mittel-europa		mehr-stimmig-es Lied				Atmo-sphäre, Ausstrah-lung			
			britischer Südpolar-forscher (Robert F.)			Arbeits-entgelt zahlen	Flach-land	sich end-lich zu etw. ent-schließen					Köner Witz-figur
Haupt-stadt der Steier-mark		Streit-, Privat-rieg				Güte, Nach-sicht	genau; sorg-fältig				eine der Musen		
nieder-sächsi-scher Hafen			Himmels-wesen				mit einem Wort ver-bundene Bedeutung	linker Neben-fluss der Donau	Musik-stück für zwei Säng-er				

3. Lenkung
 Magisch: 1. Zweifel, 2. Dialekt,
 7. Schlag – Spargel
 3. Schwanz, 4. Strick, 5. Angel, 6. Stein.
 Mittelworträtsel: 1. Sessel, 2. Knopf.

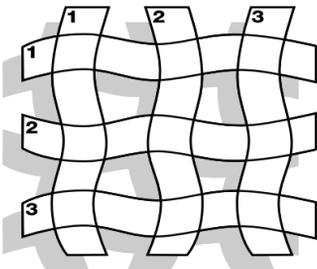
So ist's richtig:

Schüttelrätsel
 In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABGOR	AAER	EELKT	EILST	LOOS	AHTU	EGR
			ORTU			
AABER		EELST				
ABBEG LORT						
AEOS			EHLO			

Mittelworträtsel
 Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Gemüse.

1	KLUB					LIFT
2	DRUCK					LOCH
3	BREIT					FEDER
4	FALL					LEITER
5	FUSS					HAKEN
6	ZIEGEL					ADLER
7	DURCH					ZEUG



Magisch
 Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Bedenken, Ungewissheit
- 2 Mundart
- 3 Vorrichtung zum Steuern

Silber, Keramik und Porzellan

Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherott stellt drei Sammler und ihre Schätze vor

Bei einem Rundgang durch die neue Sonderausstellung von Haus Schlesien können die Besucher drei Facetten schlesischer Kulturgeschichte kennenlernen. Die aktuelle Schau beleuchtet unter dem Motto „Von der Erinnerung geprägt. Schlesische Sammler und ihre Schätze“ drei verschiedene Kollektionen und stellt zugleich drei Sammlerpersönlichkeiten vor. Das Konzept dieser neuen Sonderausstellung zeigt nicht – wie meistens üblich – eine Verbindung zwischen Exponaten und Herstellern auf, sondern legt das Augenmerk auf die Besitzer der Gegenstände.

Die Ausstellungskuratorin Silke Findeisen hat mit Unterstützung des Teams vom Dokumentations- und Informationszentrum für schlesische Landeskunde auserwählte Stücke aus den Privatsammlungen zusammengetragen, die dem Haus Schlesien als Dauerleihgaben vorliegen. Die vorrangig im Bereich der Inventarisierung, Dokumentation und Bibliothek tätige Mitarbeiterin verriet, dass es nicht immer die teuren Erwerbungen sind, die eine Sammlung besonders wertvoll und sehenswert machen. Oft sind es auch kuriose oder längst vergessene Alltagsgegenstände in ungewöhnlicher Farb- und Formgestaltung, die herausragend sein können.

Leidenschaftliche Sammler investieren viel Zeit, Geld und Energie in ihr Hobby, sie bewahren ihre Schätze jedoch nicht immer nur im „stillen Kämmerlein“ auf. So etwa steht beziehungsweise stand für Dr. Rainer Lemor, Georg Peltner und Gerhard Soppa fest, dass die gesammelten Objekte in Ausstellungen gezeigt werden sollen, so dass sich auch andere Menschen daran erfreuen können. Haus Schlesien erfüllt diesen Wunsch und präsentiert seinen Besuchern nicht nur eine Auswahl der interessantesten Stücke, sondern bietet auch Hintergrundinformationen zur Lebensgeschichte und zur Sammlungsmotivation der drei Persönlichkeiten schlesischer Herkunft.

Nicola Remig, die Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums für schlesische Landeskunde, verriet, dass man mit dieser Ausstellung eine neue Präsentationsserie starte, die ver-



Für die Nachwelt erhalten: Steinbock aus Tillowitzer Produktion

Bild: D. G.

schiedene Sammlungsbereiche noch deutlicher als bisher in den historischen, geografischen und sozialen Kontext eingliedern wird.

Rund 100 Gäste fanden sich in Königswinter-Heisterbacherott zur Vernissage ein, darunter der Kunsthistoriker Bolko Peltner und Inhaber der Kunsttöpferlei „Im Kannenofen“ von Höhr-Grenzhausen, und Dr. Rainer Lemor, Nachkomme des Betreibers der Breslauer Silberwarenfabrik Julius Lemor. Die Pianistin Anna-Katharina Lauer umrahmte die Eröffnungsveranstaltung mit Musikstücken von Debussy, Mozart und Chopin.

Schlesien war einst ein Zentrum der Herstellung von Schmuck- und Gebrauchsgegenständen aus Silber. Doch bedingt durch die Flucht und Vertreibung der Deutschen ging viel Wissen über die Silberherstellung sowie ein umfangreicher Produktbestand verloren. Ein ähnliches Schicksal erlebten auch die Tillowitzer Porzellan- und die Bunzlauer Keramik.

Dank leidenschaftlicher Sammler sind dennoch viele Gegenstände aus schlesischer Provenienz ausfindig gemacht und vor allem aufbewahrt worden.

Dr. Rainer Lemor, der Nachkomme des Inhabers der 1818 gegründeten Breslauer Silberwarenfabrik Julius Lemor, beschäftigt sich seit den 1990er Jahren intensiv mit

der Geschichte des ehemaligen Familienbetriebes. Die Anregung zum Anlegen einer Sammlung brachte damals unter anderem eine Anfrage von Haus Schlesien mit sich. Seither ist Dr. Lemor an Silberwaren interessiert, die die unterschiedlichen Epochen und Stilrichtungen der über fünf Generationen bestehenden Fabrik veranschaulichen. In Vitrinen sind ein Biedermeier-Zuckerkasten, ein Kaffeeservice im

Empirestil und eine Teekanne im englischen Stil sowie die feinen, mehr als 100 Jahre alten Kaffeelöffelchen im Originalkasten zu sehen. Am 18. Mai findet eine Sonderführung durch die Ausstellung mit Lemor statt, der auch einen Vortrag zur Geschichte der Silberwarenfabrik Julius Lemor und zu seiner Sammlung halten wird.

Bunzlauer Keramik, aber auch Proskauer Fayencen und Porzellan- sowie Graphiken, historische Landkarten, Städteansichten, Bücher und andere schlesische Schätze hat der gebürtige Niederschlesier Georg Peltner gesammelt. Sein Anliegen war – so sein Sohn – möglichst viel Kulturgut verschiedener Sparten aus seiner schlesischen Heimat zu sammeln, damit dieses bewahrt und für nachkommende Generationen zugänglich gemacht werden kann. Im Bereich der Bunzlauer Kera-

mik handelt es sich vor allem um Gefäße in Form von Tüllenkanen, Schraubkrügen und Krügen, die häufig mit einer Zinnmontierung versehen waren. Zu den Besonderheiten der in Königswinter gezeigten Objekte aus der Peltner-Sammlung gehören hochgebrannte Irdenwaren wie die Schraubflasche aus Bunzlau 1640/50 und die Schraubkrüge aus Muskau Anfang des 18. Jahrhunderts sowie ein

Krug Bunzlauer Keramik um 1650/60. Bei der Eröffnungsveranstaltung schilderte Peltner in seinem Vortrag „Aus dem Leben eines Sammlers“, wie engagiert sein Vater sowohl die umfangreiche Sammlung schlesischen Kulturgutes wie auch das breite Netzwerk zu Landsleuten dies- und jenseits der Grenzen aufgebaut hatte.

Auch Gerhard Soppa hatte verfügt, dass seine Sammlung mit Tillowitzer Porzellanen aus der Porzellanfabrik Reinhold Schlegelmilch nach seinem Tode dem Haus Schlesien als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt wird. Sein Wunsch war, dass auf diesem Wege seine „Schätze“ vielen Interessierten zugänglich gemacht werden. Figürliches Porzellan erfreute sich seinerzeit in Europa besonderer Beliebtheit. In diesem Sinne waren die Erzeugnisse der Tillowitzer Produktion herausragend. In der Ausstellung in Königswinter sind aus der Soppa-Sammlung unter anderem ein weißglasierter Steinbock (1916–1930) aus der Serie der Tiermotive sowie eine Deckeldose um 1930/40, Vasen und Tassen zu sehen. Hinzu kommt der Blickfang, ein mit edlem Porzellan geschirr aus der Tillowitzer Porzellanfabrik Reinhold Schlegelmilch gedeckter Tisch.

Die Sammler-Ausstellung ist im Haus Schlesien von Königswinter-Heisterbacherott bis zum 24. August 2014 zu besichtigen.

Dieter Göllner

Die beste Medizin

Einfaches Mittel gegen Kopfwahl

Dieses fürchterliche Kopfwahl! Schon auf der Fahrt zum Stift hatte meine Schläfe zu pochern begonnen, und das würde vermutlich den ganzen Tag so bleiben. Missgestimmt blickte ich in die fröhliche Frauenrunde. Zwei Wochen war es nun her, dass meine Tante in dem neu errichteten Seniorenheim ein geräumiges Einzelzimmer bezogen hatte. Ihre beiden Töchter schauten fast täglich bei ihr vorbei; für meine Mutter, selbst in den Achtzigern, war es der erste Besuch im neuen Zuhause ihrer Schwester.

Munteres Geplauder erfüllte den Raum. Alle schienen bester Laune und frei von jedweden Beschwerden. Nur ich stocherte ohne rechten Appetit in meinem Stück Mokkatorte herum. „Schmeckt's nicht?“, fragte Tanchen besorgt. „Sehr gut sogar“, erwiderte ich matt. „Ich hab' bloß grässliches Kopfwahl.“ Cousine Gabi wühlte sogleich in ihrem Handtäschchen: „Normalerweise habe ich immer Tabletten dabei. Aber sicher kann dir auch die Pflegeschwester welche geben.“

Als habe sie sie herbeigerufen, klopfte es an der Tür, und eine der Pflegerinnen steckte den Kopf ins Zimmer: „Wir haben gerade Singstunde – möchten Sie nicht auch herüber kommen?“

Singstunde? Gabi und ich tauschten amüsierte Blicke. Unseren Müttern aber schien die Idee zu gefallen. Schwupps, schon hatte sich Tanchen in ihren Rollstuhl heben lassen, während meine Mutter – ein wenig steif vom langen Sitzen – nach meinem Arm griff. Zu viert pilgerten wir nun ins sogenannte Kaminzimmer hin-

ber, ein mit schönen antiken Möbeln ausgestatteter Gemeinschaftsraum.

Ein gutes Dutzend Heimbewohner hatte sich hier bereits um den wuchtigen Esstisch versammelt, von dessen Schmalseite her ein mit einem Akkordeon bewaffneter älterer Herr uns fröhlich hereinwinkte: „Nur Mut!“, lachte er uns zu. „Ob Sopran oder Alt – wir können jede Stimme gebrauchen!“ Und schon ging es los. Unterstützt vom kräftigen Bariton eines Pflegers, in der Hand den Zettel mit den Liedtexten, begannen wir uns

durchs Repertoire zu „arbeiten“.

„Horch, was kommt von draußen rein?“ Wahrscheinlich hatte ich dieses Lied mal als Grundschulkind gesungen. Die Melodie war mir aber noch im Ohr, und so stimmte ich nach kurzem Mitsummen lauthals ein. Wohlbekannte alte Volkslieder erklangen, aber auch Schlager aus den 50er Jahren.

„Wenn bei Capri die rote Sonne im Meer versinkt“, hörte ich Gabi voller Inbrunst singen. Meine Mutter ließ Capri schmallippig an sich vorüberausuchen, um dafür umso begeisterter dem „Brunnen vor dem Tore“ zu huldigen. Mir dagegen sagte das „lustige Zigeunerleben“ zu. Die schwungvolle Melodie brachte Farbe in meine Wangen, mein Kreislauf kam in Schwung, ich fühlte mich frei und unbeschwert. Frei?

Erst jetzt merkte ich, dass meine Schläfe ihr Pochen eingestellt hatte. Ich atmete erleichtert, ja, glücklich auf. Singen ist die beste Medizin, habe ich irgendwo mal gelesen. Ich kann es nur bestätigen.

Renate Dopatka

Neue Beiträge von 2014 auf Ostpreuen-TV:

- 476: Ständera: Familienforschung in Ost- und Westpreußen am Beispiel der Salzburger Protestanten
- 475: Scholtz-Knobloch: Schlesien und seine Volksgruppen
- 474: Wilhelm von Gottberg: Ostpreußen heute - Kurzbericht 2013
- 473: Dr. Ruoff: Die Konvention von Taugoggen und die Erhebung der ostpreußischen Landstände
- 472: Dr. Rix: Taugoggen 1812: Vorgeschichte, Konvention und Wirkung

www.ostpreuen-nrw.de/Div/Ostpreuen-TV2014.htm

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit die DVD-Sammlung „Die Deutschen I“ oder „Die Deutschen II“ als spezielle PAZ-Prämie.

Prämie 1: Die Deutschen I

10 DVDs mit Porträts

Die Deutschen I

1. Otto und das Reich, 2. Heinrich und der Papst, 3. Barbarossa und der Löwe, 4. Luther und die Nation, 5. Wallenstein und der Krieg, 6. Preussens Friedrich und die Königin, 7. Napoleon und die Deutschen, 8. Robert Blum und die Revolution, 9. Bismarck und das Deutsche Reich, 10. Wilhelm und die Welt

Prämie 2: Die Deutschen II

10 DVDs mit Porträts

Die Deutschen II

1. Karl der Große und die Sachsen, 2. Friedrich II. und der Kreuzzug, 3. Hildegard von Bingen, 4. Karl IV. und der schwarze Tod, 5. Thomas Müntzer und der Krieg der Bauern, 6. August der Starke und die Liebe, 7. Karl Marx und der Klassenkampf, 8. Ludwig II. und die Bayern, 9. Rosa Luxemburg und die Freiheit, 10. Gustav Stresemann und die Republik

Unsere Prämie für ein Jahresabo der PAZ!

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!



Preußische Allgemeine Zeitung. Die Wochenzeitung für Deutschland.

Bestellen Sie ganz einfach per Email vertrieb@preussische-allgemeine.de

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 120 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 oder Nr. 2 .

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Mit dem Bezug der PAZ ist die kostenlose Mitgliedschaft in der Landsmannschaft Ostpreußen verbunden. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Unter Joseph Beuys' 7000 Eichen

Die Documenta-Stadt ist nicht nur ein Mekka der zeitgenössischen Kunst, sondern hat auch viele historisch wertvolle Facetten

Nordhessens Metropole Kassel, dem Ort des diesjährigen Deutschlandstreffens der Landsmannschaft Ostpreußen, weist vermutlich mehr Grünflächen als jede andere deutsche Stadt auf. Allein die am Rande der Innenstadt gelegene Parkanlage „Karlsaue“ bringt es auf 125 Hektar. Den Ausbau der Aue zum Lustgarten und Landschaftspark veranlasste Landgraf Karl im Jahre 1680. Die streng geometrische Gliederung der Anlage durch Alleen, Kanäle und Teiche wurde auf Geheiß von Landgraf Friedrich II. um verschlungene Pfade bereichert.

Duftende und farbenprächtige Attraktion am südlichen Ende der „Aue“, wie die Einheimischen die grüne Lunge ihrer Stadt nennen, ist die Blumeninsel Siebenbergen. Das in einem Teich aufgeschüttete Eiland verwandelt sich bereits im Frühjahr in ein Blütenmeer. Die Pfade führen im unteren Teil vorbei an meterhohen Rhododendren und Blumentepichen aus Mäglöckchen, Lerchensporn und anderen Frühlingsblühern. Nach dem „Aufstieg“ zur mittleren Ebene der 16 Meter hohen Insel gibt es im „Alpinum“ genannten Areal an die 100 Pflanzenarten der Gebirgsflora aus fünf Kontinenten zu bestaunen. Wer bis auf das „Hochplateau“ Siebenbergens steigt, kann sich prächtiger Ausblicke auf die Insel und die Aue erfreuen.

Am anderen Ende der Aue leuchtet die gelbe Fassade des barocken Orangerieschlosses. Im ehemaligen Sommersitz der hessischen Landgrafen residiert heute das „Astronomisch-Physikalische Kabinett“. Es weist mit seinen jahrhundertalten Quadranten, Präzisionsuhren und anderen wissenschaftlichen Messinstrumenten



Wasserspiele im Bergpark Wilhelmshöhe: Der Park wurde im letzten Jahr zum Weltkulturerbe erhoben

Bild: Kassel Marketing

eine Sammlung von Weltrang auf. Im Seitenflügel des Schlosses und auf dessen Terrasse mit wunderschönem Ausblick auf den Park bietet das Orangerie-Restaurant gehobene internationale Küche. Wer aber deftige Hausmannskost oder frische Waffeln und Kuchen vom Blech bevorzugt, dem sei das nicht weit entfernt am Auedamm gelegene Restaurant und

Natur pur an allen Ecken

Café „Riverside“ empfohlen, von dessen Terrasse man auf die Fulda blickt. Als dritter im Bunde der Einkehr-Tipps sei auf „Lohmann“ hingewiesen. Kassels älteste Kneipe mit Biergarten befindet sich seit 1891 am Königstor. Geschätzt wird „Lohmann“ für sein so preisgünstiges wie reichhaltiges Schnitzelortiment. Auch der Freund der kalten Küche kommt dort auf seine

Kosten, wenn er die nordhessische Spezialität „Ahle Worscht“ bestellt: schlachtwarm verarbeitetes Schweinefleisch, im Naturdarm luftgetrocknet.

Wenn in Kassel Documenta-Zeit ist, begegnet man bei „Lohmann“ Gästen aus aller Herren Länder. Die weltweit bedeutendste Ausstellung internationaler zeitgenössischer Kunst findet alle fünf Jahre statt. Die erste Documenta war übrigens ein „Ableger“ der in der Aue präsentierten Bundesgartenschau von 1955. Dass diese der Kunst gewidmete Nebenveranstaltung sich zur rund um den Globus beachteten Institution auswachsen sollte, war damals nicht absehbar. Relativ wenige Documenta-Werke konnten sich bislang einen dauerhaften Platz im Stadtraum sichern. In der Nähe des Orangerieschlosses zum Beispiel ragt am Fuldaufer ein Beitrag zur Documenta 7 (1982)

auf: Eine zwölf Meter hohe und fünf Tonnen schwere „Spitzhacke“. Die ließ der Pop-Künstler Claes Oldenburg als Denkmal der Alltagskultur errichten. Völlig ins Alltagsleben integriert sind die „7000 Eichen“, ein Projekt von Joseph Beuys. Überall in der Stadt kann man die Beuys'schen Bäume – nicht nur Eichen, sondern auch 36 weitere Baumarten – entdecken. Erkennungszeichen ist die neben jedem Baum stehende Basaltstele. Die erste Eiche pflanzte Beuys am 16. März 1982 vor dem Museum Fridericianum. Die Vollendung des Projekts erlebte der im Januar 1987 gestorbene Künstler nicht mehr. Die letzte Eiche pflanzte sein Sohn Wenzel sieben Meter neben der ersten am 12. Juni 1987 zu Beginn der achten Documenta.

Das Museum Fridericianum ist alle fünf Jahre der zentrale Präsentationsort der Documenta. Das

1779 am Friedrichsplatz eröffnete klassizistische Gebäude ist der älteste Museumsbau auf dem europäischen Festland. Bauherr war Landgraf Friedrich II., der dort die Kunstsammlungen und die Bibliothek öffentlich zugänglich machte. Prominente Bibliothekare im Fridericianum waren später Jacob und Wilhelm Grimm. Wenige Gehminuten von ihrem ehemaligen Arbeitsplatz entfernt steht an der „Schönen Aussicht“ mit Blick auf die Aue das Haus, in dem die Brüder von 1824 bis 1826 wohnten. Wenige Häuser weiter befindet sich das Brüder Grimm Museum. Untergebracht ist es im 1714 erbauten Barockpalais Bellevue. Es beherbergt eine Dauerausstellung zu Leben und Werk der Brüder. Zu sehen gibt es Möbel und andere

Vieles erinnert an Gebrüder Grimm

zum spektakulären Abschluss der Spiele kommt: Aus dem bis dahin ruhig daliegenden Schloss- teich schießt eine 50 Meter hohe Fontäne.

Objekte aus ihrem Nachlass sowie Bücher und Schriftstücke, die die wissenschaftliche Arbeit der Märchensammler und Sprachforscher dokumentieren. Höhepunkt sind die unter Panzerglas ausgestellten Handexemplare der Kinder- und Hausmärchen (Erste und Zweite Auflage, 1812 und 1822), die von Jacob und Wilhelm Grimm mit schriftlichen Anmerkungen versehen wurden. Die Handexemplare sind seit 2005 von der Unesco als Weltkulturerbe anerkannt.

Zum Weltkulturerbe wurde 2013 der nach Kurfürst Wilhelm I. benannte Bergpark Wilhelmshöhe ausgerufen. Der 245 Hektar große Park gilt als einzigartiges Beispiel der europäischen Gartenbaukunst. Er steigt vom „Lac“ genannten Teich unterhalb des Schlosses Wilhelmshöhe bis zu Kassels Wahrzeichen – dem Monument mit der mehr als acht Meter hohen Herkules-Statue auf der Spitze – über 300 Meter an. Mit seinen abwechslungsreichen Pflanzungen sowie kleinen und großen Bauwerken bietet er immer neue „lebende“ Landschaftsbilder. Ein Publikumsrenner sind die mittwochs und sonntags ab 14.30 Uhr veranstalteten Wasserspiele. Das Wasser rauscht die Kaskaden unterhalb des Herkules hinab, passiert Teufelsbrücke und Aquädukt, bevor es zum spektakulären Abschluss der Spiele kommt: Aus dem bis dahin ruhig daliegenden Schloss- teich schießt eine 50 Meter hohe Fontäne.

V.-M. Thiede
Reisearrangements, Themen-, Stadt-, Museumsführungen und Stadtrundfahrten bietet Kassel Marketing an: Obere Königsstraße 15, 34117 Kassel, Telefon (0561) 707707, info@kassel-marketing.de, www.kassel-marketing.de.

Schlagader des Welthandels

Vom Atlantik zum Pazifik: Fahrt durch den 100 Jahre alt werdenden Panamakanal bietet Blick auf unzählige Frachter

Die Passage durch den Panamakanal vom Atlantischen in den Pazifischen Ozean gehört zu den Höhepunkten einer Mittelamerika-Kreuzfahrt. Rund 80 Kilometer Wasserstraße führen zwischen den Städten Colón am Atlantik und Balboa am Pazifik mitten durch den üppig-grünen tropischen Regenwald, den man als Passagier auf dem Sonnendeck gemächlich an sich vorbei gleiten lässt. Streckenweise mutet der Kanal an wie ein großes Binnengewässer. Grund dafür sind zwei aufgestaute Seen, die in den Kanalverlauf einbezogen wurden: der Gatún-See auf der Atlantik-Seite und der Miraflores-See auf der Pazifik-Seite.

Da beide Seen von Flüssen mit genügend Wasser gespeist werden, benötigt der Panamakanal keine künstliche Wasserzufuhr, um den beim Öffnen der Schleusentore entstehenden Wasserverlust auszugleichen. Selbst an seiner engsten Stelle, dem „Culebra Cut“, können heutzutage zwei Schiffe im Gegenverkehr aneinander vorbei fahren. Das Nadelöhr sind die Schleusen bei der Ein- und Ausfahrt, die Schiffen die Durchfahrt gestatten bis zu einer Länge von 294,3 Metern und einer Breite von 32,3 Metern – den sogenannten „Panamax-Maßen“. Die „Queen Elizabeth II“ zum Beispiel geht gerade noch hindurch, die „Queen Mary“ nicht.

Vor der Einfahrt in die Gatún-Schleusen reihen sich die Schiffe

in der Limón-Bay in die Warteschlange ein. Die Einfahrt erfolgt grundsätzlich der Reihe nach, doch es gibt Ausnahmen: Kreuzfahrtschiffe und andere, die es eilig haben, können die Passage im Voraus buchen – gegen entsprechende Gebühr. Seit der Kanal seit 2000 von den USA vertragsgemäß an die Republik Panama übergeben wurde, profitiert der zuvor bettelarme mittelamerikanische Staat als alleiniger Nutznießer von den Einnahmen. Im Jahr 2011 zum Beispiel fuhren mehr als 14 500 Schiffe hindurch, und der Erlös lag bei insgesamt 1,73 Milliarden Dollar.

Das Passieren der Schleusen ist ein beeindruckendes Erlebnis. Zentimetergenau wird das Schiff in die erste Schleusenkammer hinein gelotet, an Stahlrossen verbunden mit den sogenannten „Mulis“. Das sind extra für diesen Zweck konstruierte Zahnrad-Treidel-Loks, die jede Schiffsbewegung exakt steuern und die Strömung in den Kammern ausgleichen. Die Loks können von einer Kammer zur nächsten fahren, bis das Schiff die 26 Meter Höhenunterschied zwischen Meeresspiegel und Kanal überwunden hat. Auch wenn die „Mulis“ im Laufe von 100 Jahren mehrfach erneuert und im Zuge dessen PS-verstärkt wurden, ist die Kombination von Schleusen und Zahnradbahn ein Meisterwerk der Ingenieurskunst, das vom Prinzip her seit Eröffnung des Panama-

kanals im August 1914 unverändert funktioniert.

Im Gatún-See führt die Fahrt vorbei an mehreren kleinen Inseln bis zur Ortschaft Gamboa. Ab hier beginnt der sogenannte „Culebra Cut“: der Stich durch die Berge der kontinentalen Wasserscheide. Ursprünglich war der Kanal an dieser Stelle so schmal, dass für größere Schiffe kein Gegenverkehr möglich war und es entsprechende Wartezeiten gab. Im Jahr 2002 wurde der Kanalabschnitt dann so verbreitert, dass seitdem ein ständiger Schiffsverkehr in beide Richtungen möglich ist. Berühmtberühmt ist der Culebra Cut allerdings nicht wegen seiner Enge, sondern wegen der vielen

Todesopfer, die der Kanalbau an dieser Stelle einst forderte. Von den über 5000 Arbeitern, die in der Bauzeit zwischen 1904 und 1914 durch Unfälle bei Sprengungen und Krankheiten starben, fielen nicht wenige den Bissen giftiger Schlangen zum Opfer – auf spanisch „culebras“.

Kurz vor Ende des Durchstichs überquert die 2004 eröffnete „Puente de Centenario“, die „Jahrhundertbrücke“, in einer Höhe von 80 Metern den Kanal. Danach fährt das Schiff ein in die Pedro-Miguel-Schleuse, die in den rund zwei Kilometer langen Miraflores-See mündet. Die Schleuse leitet den Abstieg zum Pazifik ein, dessen Wasserspiegel etwa 16,5 Meter

unterhalb des Sees liegt. Nach den Miraflores-Schleusen geht es vorbei an den Hafenanlagen von Balboa unter der 1962 eröffneten ersten Kanal-Hochbrücke „Puente de las Américas“ hindurch mit Blick auf die Wolkenkratzer von Panama City am Horizont.

Ein früherer Besuch der Stadt im Jahr 1992, als sich der Kanal noch im US-Besitz befand, hinterließ einen nachhaltigen Eindruck. Erschütternd waren damals die Armut der Bevölkerung und ihr Hass auf US-Amerikaner. Konnte man die Frage nach seiner Herkunft mit „I'm from Germany“ beantworten, erhellten sich die Mienen. Angesichts der überall in der Stadt noch sichtbaren Kriegsschäden durch die Invasion der US-Truppen im Dezember 1989 waren die Gefühle der Panamaer nachvollziehbar. „Unsere Stadt wurde in ihrer Geschichte zweimal zerstört: 1671 von dem englischen Verbrecher Henry Morgan und 1989 von dem amerikanischen Verbrecher George Bush.“ So formulierte es damals der einheimische Reiseleiter.



Vom Wasser aus gesehen: Die 1962 eröffnete Hochbrücke „Puente des las Américas“ verbindet die Kontinente

Bild: A.F.

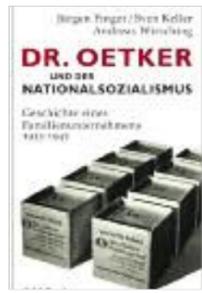
Seitdem hat sich nicht alles, aber doch manches verändert. In den letzten zehn Jahren hat Panama einen Wirtschaftsboom erlebt und zählt heute zu den „Tigerstaaten“ Lateinamerikas. Seine Zukunft baut das Land auf doppeltem Fundament: dem Ausbau des Kanals und dem des Sektors Tourismus. Seit 2007 wird der Kanal verbreitert und vertieft, seit 2009 am Bau einer zusätzlichen XXL-Schleuse mit 427 Meter Länge und 28 Meter Breite gearbeitet, die das Ende der Panamax-Ära bedeutet. Doch bei dem zu rund zwei Drittel fertiggestellten Milliardenprojekt gibt es jetzt Streit zwischen dem multinationalen Schleusenbau-Konsortium und der Kanalbehörde. Grund des Konflikts, der bis zur Androhung eines Baustopps reicht, sind die explodierenden Kosten, für die sich Konsortium und Behörde gegenseitig verantwortlich machen. Wie es aussieht, werden die Kosten von ursprünglich veranschlagten 3,2 wohl auf rund fünf Milliarden Dollar steigen.

Ungeachtet des Konflikts plant Panama am 15. August dieses Jahres eine große Feier mit Feuerwerk und Schiffsparade zum 100. Geburtstag des Kanals. Zu diesem Anlass werden internationale Staatsgäste ebenso erwartet wie möglichst viele Touristen – die einen als geladene Ehrenten – die anderen als zahlende Zaungäste.

Angelika Fischer

Vergangenheit aufgearbeitet

Oetker während der NS-Zeit



Ab 1891 stellte der junge Bielefelder Apotheker Dr. August Oetker Back- und Puddingpulver sowie bald auch andere Nahrungsmittel im eigenen Labor her, die, in kleine Portionen abgefüllt und verkauft, für den häuslichen Gebrauch bestimmt waren. Die Erzeugnisse der Firma Dr. Oetker mit dem hellen Kopf auf dunklem Untergrund als Markenzeichen auf den Verpackungen fanden rasanten Absatz. Heute gehört die Dr. Oetker KG mit Stammsitz in Bielefeld zu den größten deutschen Familienunternehmen. 2009 beauftragte das Unternehmen Dr. Oetker ein Forscherteam mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte des Unternehmens und seiner Gesellschafterfamilie während des Dritten Reiches. Für das Forschungsprojekt, das von mancher Seite als bereits überfällig erachtet wurde, hatte sich nach dem Tod des Firmenvaters August Oetker im Jahr 2007 in erster Linie Dr. August Oetker eingesetzt, der Urenkel des Firmengründers.

Im Oktober 2013 erschien nun die viel beachtete Studie von Prof. Dr. Andreas Wirsching, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte

Bielefeld wehrte sich gegen Kunsthalle

München, und seiner Kollegen Dr. Jürgen Finger und Dr. Sven Keller mit dem Titel „Dr. Oetker und der Nationalsozialismus“ bei C.H. Beck. Für ihre Nachforschungen hatten die Historiker erstmals ungeschränkten Zugriff auf das umfangreiche Oetker-Firmenarchiv erhalten. Dieses erwies sich allerdings gerade in Bezug auf das Stammwerk in Bielefeld als lückenhaft, was, so die Autoren, vermutlich darauf zurückzuführen sei, dass Entscheidungsprozesse zwischen dem damaligen Geschäftsführer Richard Kaselowsky und seinen Vertrauten häufig mündlich abliefen. Weiterhin wurde in 40 Archiven im In- und Ausland recherchiert.

1968 hatte, von Bielefeld ausgehend, eine breitere öffentliche Diskussion über die Geschichte des Unternehmens Dr. Oetker im Dritten Reich eingesetzt, nachdem die Benennung der Bielefelder Kunsthalle als „Richard-Kaselowsky-Haus“ einen Skandal ausgelöst hatte. Mit der Namensgebung wollte Rudolf-August Oetker, der 1918 geborene Enkel des Firmengründers Dr. August Oetker, als Stifter des Museumsbaus seinen Ziehvater Richard Kaselowsky ehren. Dieser hatte das Unternehmen Oetker nach seiner Heirat mit der verwitweten Firmeninhaberin Ida Oetker von 1919 bis

zu seinem Tod 1944 als Teilhaber und „Treuhand“ des jungen Firmenerben Rudolf-August Oetker unter schwierigen Rahmenbedingungen erfolgreich geleitet. Kaselowskys Nähe zur NSDAP und seine Mitgliedschaft im Freundeskreis Reichsführer-SS waren bekannt, aber noch in den 60er Jahren sahen die Bielefelder in ihm vor allem den sozial engagierten Arbeitgeber. 20 Jahre später ergab sich jedoch aufgrund einzelner wissenschaftlicher Publikationen bereits ein deutlicheres Bild von Dr. Oetker in der NS-Zeit.

Ein Kernelement der vorliegenden Studie ist die Biografie Richard Kaselowskys, da „von zentraler Bedeutung für die Analyse der Unternehmensentwicklung, der Einbindung in die nationalsozialistische Kriegswirtschaft sowie der politischen Verflechtungen und Netzwerke“. Erforscht und belegt sind nun die engen Beziehungen der Firma Dr. Oetker und ihres Geschäftsführers Kaselowsky zur NS-Bewegung, zur Wehrmacht und zur SS. Ein zweiter biografischer Schwerpunkt ist dem 1918 – nach dem Tod seines im Ersten Weltkrieg gefallenen Vaters August Oetker d. Jüngere – geborenen Rudolf-August Oetker gewidmet. Er wurde während

des Dritten Reiches auf seine spätere Aufgabe als Firmenchef vorbereitet und entwickelte Ambitionen auf eine Karriere in der Waffen-SS. Im Herbst 1944 rückte er an die Spitze des Unternehmens, das zu den „nationalsozialistischen Musterbetrieben“ gehörte und schon vor dem Krieg von der Aufrüstung profitiert hatte. Als kriegswichtiges Unternehmen hatte Dr. Oetker Zugriff auf die knappen wendenden Rohstoffe und belieferte auch die Soldaten an der Front mit Nahrungsmitteln. Zwangsarbeiter wurden nicht beschäftigt. Hingegen griffen die Firma, ihre Beteiligungsgesellschaft Indubeg und einzelne Mitglieder der Familien Oetker und Kaselowsky mehrfach zu, als ihnen im Zuge der „Arisierung“ Firmenbeteiligungen und Immobilien aus jüdischem Besitz angeboten wurden.

Abschließend werden in dem übersichtlich gegliederten Buch die Überlebensstrategien von Dr. Oetker in der Nachkriegszeit dargestellt. *Dagmar Jestrzemska*

Andreas Wirsching, Jürgen Finger, Sven Keller: „Dr. Oetker und der Nationalsozialismus. Geschichte eines Familienunternehmens 1933 bis 1945“, C.H. Beck Verlag, München 2013, geb., 624 Seiten, 29,95 Euro



Schon Wochen bevor das neue Buch von Thilo Sarrazin herauskam, war es Thema in den Medien. Es wurde sogar schon verrissen, bevor es zu lesen war. Nun gut, Sarrazin nicht zu lesen, ihn aber trotzdem zu verreiben, hat ja inzwischen nach „Deutschland schafft sich ab“ und „Europa braucht den Euro nicht“ nahezu Tradition. Selbst die Kanzlerin Angela Merkel hatte den ersten Titel des Berliner Ex-Finanzsenators als „nicht hilfreich“ bezeichnet, ohne es im Detail zu kennen. „Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland“ wurde nun unter anderem schon vorab von Jan Fleischhauer bei „Spiegel online“ kritisiert. „Die Mär vom armen Opfer Sarrazin“, lästerte der Quoten-Konservative des linken „Spiegels“. Angeblich gäbe es gar kein Meinungskartell in Deutschland, dies zeige auch der Umstand, dass Sarrazin überall Thema sei und Bestseller lande.

Mag es nur ein Denkfehler gewesen sein oder eine Art Selbstschutz; Fleischhauers Argumentation hinkt. Denn Sarrazin ist zwar Thema, aber in erster Linie, um über ihn und seine Thesen heranzuziehen. Und ja, seine Bücher



In dem Buch „So nicht! Anklage einer verlorenen Generation“ stellt Bernhard Winkler seine Top 20 der Anklagepunkte gegen die Politik vor. Angefangen bei der Bankenkrise über Korruption in der Politik und unser marodes System der Altersvorsorge bis hin zu den Missständen im Bildungssystem lässt der 24-jährige Österreicher kaum ein gutes Haar an der Politik in seinem Land. Da viele der brisanten Themen Österreichs auch Deutschland betreffen, ist das Buch durchaus auch für bundesdeutsche Leser interessant.

Mit viel Sarkasmus gelingt es dem politischen Heißsporn schnell, den Leser auf seine Seite

Die Freiheit erstickt

Thilo Sarrazin warnt vor den Folgen der Politischen Korrektheit

werden zwar gut gekauft, aber von Bürgern, deren Meinung den Herrschenden zumeist ziemlich egal ist. In einem Punkt hat Fleischhauer jedoch nicht ganz Unrecht. Sarrazin hat es sich in der Rolle des Opfers bequem gemacht. So dreht sich der neue Titel zum Großteil um die Schmähungen, die er als Autor erfahren hat. Allerdings ist Sarrazin kein Opfer, das still schweigt und leidet. Er geht seine Gegner an, greift ihre Argumente gegen seine Publikationen auf und entlarvt sie als auf wackeligem Fundament gebaut.

Der ehemalige Bundesbanker ist ein Zahlenmensch, sie bilden für ihn die Realität ab und machen diese messbar, für moralische Gutmenschenräume, wie er die Positionen seiner überwiegend politisch linksgerichteten Gegner bewertet, hat er nichts übrig.

„Gesellschaften, die wichtige Aspekte der Wirklichkeit leugnen oder sie wegen Dominanz bestimmter Weltansicht gar nicht wahrnehmen, bezahlen dafür mit beschränkter Weltansicht und beschränkter Erkenntnismöglichkeiten“, so Sarrazin gleich zu Beginn seines Buches und mahnt, dass historisch gesehen das Scheitern von Gesellschaften aufgrund ihrer inneren Beschränktheit eher die Regel als die Ausnahme sei. „Mit meinen Lesern teile ich wohl die Dankbarkeit darüber, dass wir nicht mehr, wie noch vor wenigen Jahrhunderten, wegen falschen Glaubens als Ketzer verbrannt

werden können“, so der Autor, macht aber deutlich, dass ins gesellschaftliche Abseits gestellt zu werden, wie es heute der Fall ist, auch keine reine Freude sei. Doch sein Vorbild sei der Königsberger Philosoph Immanuel Kant, der schließlich darauf hingewiesen habe, dass Unmündigkeit selbstverschuldet sei, so sie denn nicht aufgrund von „Mangel des Verstandes, sondern der Entschlebung und des Mutes“ begründet sei. Beides, Mangel an Verstand, aber auch Mut, kann man Sarrazin gewiss nicht vorwerfen. Er ist überzeugt, dass wer Probleme nur durch die „Brille eines Codes der politischen Korrektheit“ betrachte,

die Möglichkeit vererbe, durch aktives Handeln diese zu lösen. Und schon greift er zahlreiche Tabus auf, die in der heutigen

Gesellschaft nicht gern diskutiert werden. Hierbei kommt er immer wieder auf die Reaktionen auf „Deutschland schafft sich ab“ zu sprechen, die ihn verletzt haben. Vor allem das Thema Vererbung von Intelligenz greift er auf, für das er so gescholten wurde, und betont erneut, dass weniger schlaue Menschen tendenziell weniger schlaue Kinder bekämen.

Auch betont er, dass der Tugendterror so erfolgreich sei, weil die meisten Menschen es hassen würden, mit abweichenden Meinungen auf Konfrontationskurs mit der Mehrheitsmeinung von in der Gesellschaft dominanten Gruppen zu gehen. Anhand von zahlreichen Beispielen führt er an, wie über die Sprache versucht

werde, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Hierbei sind seine Hinweise nicht neu, da sich schon andere Autoren mit dem Thema befasst haben. Umso aufschlussreicher sind seine „14 Axiome des Tugendwahns im Deutschland der Gegenwart“, die zwar inhaltlich ebenfalls interessierten Lesern bekannt sind, jedoch hier konzentriert dargestellt werden. So greift Sarrazin Positionen auf, die vor allem von linken Parteien, aber inzwischen auch teilweise von Union und FDP vertreten werden, beschreibt, wie aus deren Warte heraus, die Welt bezüglich dieses Aspektes gesehen wird, und kommt dann mit der „Wirklichkeit“, so wie er sie sieht und wohl die Mehrheit der Bürger sie kennt. „Ungleichheit ist schlecht, Gleichheit ist gut“, „Wer reich ist, sollte sich schuldig fühlen“, „Unterschiede in den persönlichen Lebensverhältnissen liegen meist an den Umständen, kaum an den Menschen“, „Alle Kulturen sind gleichwertig“ und „Männer und Frauen haben bis auf ihre physischen Geschlechtsmerkmale keine angeborenen Unterschiede“ sind einige der aufgegriffenen Punkte. Auch auf das klassische Familienbild, den Islam sowie den Sozial- und Nationalstaat kommt er zu sprechen und hält seinen Widersachern damit genügend rote Tücher vor, gegen die diese in den nächsten Wochen wie wilde Stiere wie von Sinnen anlaufen werden. *Rebecca Bellano*

Thilo Sarrazin: „Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland“, DVA, München 2014, gebunden, 389 Seiten, 22,99 Euro

Abrechnung mit der Politik

Österreicher fordert, mehr auf junge Menschen Rücksicht zu nehmen

zu ziehen. So zum Beispiel durch sein Urteil über die Bankenkrise: „Schuld an der Misere hatte keiner. Die spekulierenden Sparer fühlten sich von den Finanzberatern getäuscht. Die Finanzberater verwiesen auf das Kleingedruckte, in dem sehr wohl auf Risiken hingewiesen worden sei. Und zwar so verständlich, dass jeder mit einem abgeschlossenen Doppelstudium in Betriebswirtschaft und Rechtswissenschaften es sinnerfassend lesen konnte. Die Banken forderten Eigenverantwortung von den Sparern ein. Und die Politik rief schließlich ‚Das geht auf uns!‘ und zahlte mit dem Geld künftiger Generationen die Zeche.“

Der junge Autor hat sicher nicht unrecht, wenn er schreibt, dass es unseren Politikern durch die Art,

wie sie Politik nach außen präsentieren, gelingt, Politik für junge Menschen immer unattraktiver scheinbar zu lassen. Doch stellt sich hier die Frage, wie viele Jugendliche denn wirklich dazu bereit sind, sich mit einer so vielschichtigen und zähen, unendlich kompliziert erscheinenden Materie auseinanderzusetzen, wenn am Ende der Plackerei keinerlei Belohnung, Erkenntnis oder gesteigertes Ansehen im Freundeskreis winkt. Politik ist ein hartes Brot und nur wenigen Politikern ist es bis heute gelungen, einen bleibenden positiven Eindruck in den Köpfen zu hinterlassen.

Insgesamt trifft Winkler mit vielen Punkten seiner politischen „Negativ-Hitliste“ zwar ins Schwarze, verstrickt sich jedoch in Analyse und Anklage, ohne

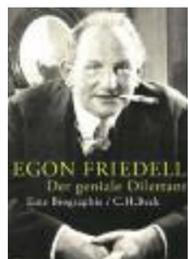
dem Leser konstruktive Vorschläge für eine bessere politische Welt anzubieten. Missstände erkennen und beklagen können die meisten, wenn auch nicht mit so gepfefferten Worten wie der Autor. Aber es gilt, die Herausforderung anzunehmen und Lösungsansätze zu finden.

Sollte Winkler lediglich die Intention gehabt haben, mit Hilfe dieses Buches im Namen seiner Generation seinen Protest gegen die politische Großwetterlage kundzutun, so ist ihm dies jedenfalls auf höchst unterhaltsame Weise gelungen. *Vanessa Ney*

Bernhard Winkler: „So nicht! Anklage einer verlorenen Generation“, Verlag Kremayr & Scheriau KG, Wien 2013, geb., 155 Seiten, 17,90 Euro

Egon Friedell als »roter Faden«

Porträt des Kabarettisten dient Literaturwissenschaftler, um eine Darstellung der Wiener Künstlerszene um 1900 zu liefern



Am Abend des 16. März 1938 erkundigten sich zwei SA-Männer in der Wiener Gutzgasse 7 barsch, ob hier „der Jud Friedell“ wohne. Der Gesuchte befürchtete, verhaftet zu werden. Als die SA-Männer kurz abgelenkt waren, flüchtete er in seine Bibliothek, ging zum Fenster und stürzte sich aus dem dritten Stock.

Bei dem auf so tragische Weise in den Selbstmord Getriebenen handelt es sich um Egon Friedell.

Was diesen großen Geist am ehesten charakterisiert, ist wohl nur schwer zu sagen. Als Feuilletonist und Kritiker wirkte er, mit einer Dissertation über „Novalis als Philosoph“ war er promoviert worden. Goethe verehrte er. Als Kabarettist und Schauspieler stand er auf der Bühne. Zu den Wiener Kaffeehausliteraten war er durch das Original Peter Altenberg gestoßen. Gemeinsam mit Alfred Polgar („Polfried AG“) verfasste er eine Reihe kleinerer Stücke, erfolgreich war insbesondere „Goethe im Examen“. In dieser Satire scheitert der Dichter-

fürst in einer Germanistikprüfung, weil er sich nach Meinung des Professors in seinem eigenen Leben zu wenig auskennt.

Als bedeutendstes Werk dürften heute Friedells historische Arbeiten gelten, die zwischen 1925 und 1931 veröffentlichte, dreibändige „Kulturgeschichte der Neuzeit“ sowie die „Kulturgeschichte des Altertums“, die er nicht mehr vollenden konnte. Friedell bewunderte Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ und teilte durchaus dessen Kulturpessimismus. Der Literaturwissenschaftler Bernhard Viel ist je-

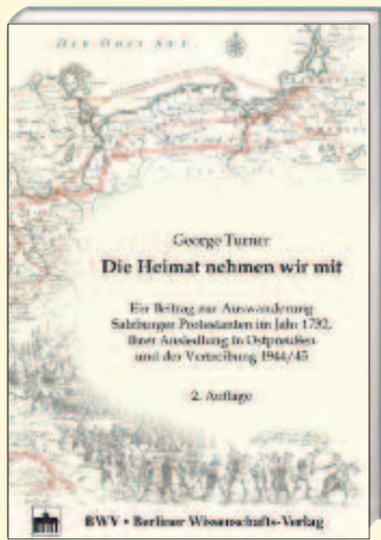
doch der Ansicht, dass sich Friedells Werk in den Schlüssen „fundamental“ unterscheidet, „mit seiner Verheißung einer neuen Welt der Götter, nicht der Titanen“.

Viel hat mit „Egon Friedell. Der geniale Dilettant“ ein Buch vorgelegt, welches als Biografie firmiert. Diesem Etikett ist nur bedingt zuzustimmen, handelt es sich doch eher um eine – durchaus farbige – Darstellung des Wiener künstlerisch-literarischen Lebens vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zu Friedells Tod. Geschildert wird die Prägung der Stadt durch Bürgermeister Karl Lueger.

Eine Reihe von Personen, die mit Friedell verbunden waren, wird ausführlich präsentiert – etwa der rührige Hermann Bahr, der Dichter um sich scharte und als Wortführer fungierte, Felix Salten, der Schöpfer von „Bambi“ und wahrscheinliche Autor der „Mutzenbacher“, die Schriftsteller Arthur Schnitzler und Hugo von Hofmannsthal sowie die Schauspielerin Lina Loos. Aber selbst bei den ausführlichen Passagen über diese „Frau seines Lebens“ hat man mitunter den Eindruck, dass Friedell oft nur im Hintergrund der Betrachtung steht.

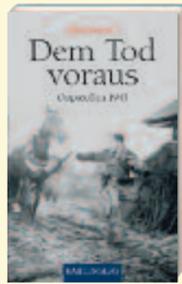
Viels Buch ist ein Zeit- und Genrebild. Als „roter Faden“ dient das Leben des kauzigen und nicht problemfreien Egon Friedell, der seine Besucher so platzierte, dass sie stets ein Schild im Blick hatten, auf welchem zu lesen war: „Auch die Aufforderung, noch zu bleiben, darf man nicht immer ernst nehmen. Auch Sie sind keine Ausnahme!“ *Erik Lommatzsch*

Bernhard Viel: „Egon Friedell. Der geniale Dilettant“, Verlag C. H. Beck, München 2013, geb., 352 Seiten, 24,95 Euro



George Turner
Die Heimat nehmen wir mit
 Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihre Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45
 2. Auflage
 BWV • Berliner Wissenschafts-Verlag

Der Autor schlägt einen großen Bogen und schildert, wie seine Familie gezwungen wurde, ihre Heimat im Salzburger Land im Jahr 1732 aus Glaubensgründen zu verlassen, wie sie von keinem der Kriegereignisse der folgenden mehr als 200 Jahre in Ostpreußen verschont geblieben ist, wie sie schließlich auch aus dieser inzwischen zur Heimat gewordenen Region vertrieben und in alle Winde verstreut wurde und versucht hat, wieder Wurzeln zu schlagen. Dabei lässt er gleichaltrige Verwandte zu Wort kommen, die wie er die Flucht der Jahre 1944/45 als Kinder oder Jugendliche über sich haben ergehen lassen müssen und macht persönliche Berichte aus Nachlässen der älteren Generation zugänglich, die Vertreibung und Neuanfang als Erwachsene erlebt haben. 304 Seiten
 Nr. P A0253 Gebunden mit Schutzumschlag 24,50 €



Herbert Noé
Dem Tod voraus
 Ostpreußen 1945
 Ein Zeitzeugenbericht.
 67 S/W-Abbildungen
 168 Seiten/Gebunden
 Nr. P 533131 Geb. 14,95 €

„Wir mussten mit den Wölfen heulen“, das ist die Erkenntnis von Herbert Noé als er 1945 nach vier Jahren Einsatz an der Ostfront, einem Todesurteil vor einem russischen Militärgericht und seiner Flucht aus dem Gefangenenlager, nach Hause kommt. Schon im gleichen Jahr schreibt er in teilweise erschütternder Direktheit nieder, was er in den letzten Kriegsmonaten im eingeschlossenen Königsberg in Ostpreußen und nach seiner Gefangennahme erlebte, um nichts in Vergessenheit geraten zu lassen. Seine schriftlichen Ausführungen werden durch zahlreiche Originalfotografien von Begebenheiten und Schauplätzen aus der Zeit ergänzt.



Alfred Rubbel (Format 24 x 30 cm)
Im Panzer IV und Tiger an der Ostfront
 Das persönliche Kriegstagebuch des Alfred Rubbel 1939 – 1945
 252 Seiten/395 Abbildungen
 Nr. P 540008 Geb. 24,95 €

Als Alfred Rubbel, am 28. Juni 1921 in Tilsit geboren, sich im Alter von 18 Jahren freiwillig zur Wehrmacht meldet, ahnt er noch nicht, welch ungewöhnliches Soldatenschicksal ihn erwartet. Nach seiner Versetzung zur Panzerwaffe beginnt für den jungen Soldaten mit dem „Unternehmen Barbarossa“ der Russlandfeldzug. Zunächst als Lade-, dann als Richtschütze erlebt er den schnellen Vorstoß nach Osten. Nach Umschulung auf den Panzer VI „Tiger“ erfolgt seine Kommandierung zur Tigerabteilung 503, mit der nun als Panzerkommandant bei der Operation „Zitadelle“ und bei der Öffnung des Kessels von Tscherkassy zum Einsatz kommt.

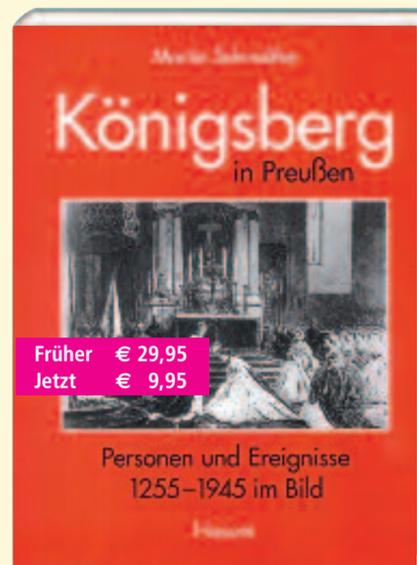


Landkarte
Die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
 Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland.
 Maßstab 1:1.000.000
 Nr. P 5408 9,95 €



Früher € 24,95
 Jetzt € 9,95

Andrzej Stachurski
Naturparadies Masuren
 Die Naturschönheiten Masurens im Jahresverlauf wurden eingefangen in den faszinierenden Farbfotografien des polnischen Fotografen Andrzej Stachurski, die diesen Bildband zu etwas Besonderem machen. Großbildbandformat. Gebunden mit Schutzumschlag. 152 Seiten
 Nr. P 1096 9,95 €



Martin Schmidtke
Königsberg in Preußen
 Personen und Ereignisse 1255–1945 im Bild
 Die Stadt Königsberg in Preußen blickt auf eine über siebenhundertjährige wechselvolle Geschichte zurück. Ins „wahre“, 1945 untergegangene Königsberg führen heute nur noch vereinzelte Spuren, denn auf ihren Trümmern entstand eine andere Stadt. Martin Schmidtke folgt den Spuren und geht weit in die Geschichte zurück. Er hält das Königsberg unserer Erinnerungen im Bild fest, gedenkt Ereignissen, die in Königsberg stattfanden, und stellt Persönlichkeiten vor, die in den Mauern der Stadt lebten und die das Leben der Menschen weit über die Grenzen Ostpreußens hinaus prägten. Ein Personenverzeichnis sowie ein Sach- und Ereignisregister komplettieren den Band. Großbildbandformat 24 x 30 cm. 360 Seiten
 Nr. A0690 Gebunden mit Schutzumschlag 9,95 €



Landmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
 Die Fahne ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



Heinz Schön
Pommern auf der Flucht 1945
 Rettung über die Ostsee aus den Pommernhäfen Rügenwalde, Stolpmünde, Kolberg, Stettin, Swinemünde, Greifswald, Stralsund und Sassnitz
 Mehr als 2,5 Millionen Deutsche wurden kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges von der deutschen Marine vor einem elenden Schicksal bewahrt. In diesem Buch fasste der Autor Heinz Schön die Ereignisse seiner jahrzehntelangen Recherchen darüber zusammen. Im Zeitraum von nur drei Monaten – von Mitte Januar bis Ende März 1945 – gelang es im größten Rettungswerk der Seekriegsgeschichte, deutsche Flüchtlinge vor dem Zugriff der Roten Armee zu beschützen. Viele Flüchtlingstrecken aus Ost- und Westpreußen retteten sich in die pommerschen Hafenstädte, um von dort über die Ostsee in den Westen Deutschlands zu gelangen. Auch die pommersche Bevölkerung war viel zu spät von den Nazis informiert worden, dass sie ihre Heimat würde verlassen müssen. An Hand von Zeitzeugenberichten schildert das Buch ausführlich die Situation in den acht Pommernhäfen. 444 Seiten.
 Nr. P A0429 Gebunden 19,90 €



Königsberger Marzipan Teekonfekt
 225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
 Nr. P 5664 Marzipan 11,00 €



Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß“
 225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
 Nr. P 5666 Marzipan 11,00 €



Ostpreußenfahne
 Die Fahne ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9907 Fahne 12,50 €



Georg Hermanowski
Ostpreußen-Lexikon ... für alle, die Ostpreußen lieben
 308 S/W-Abbildungen.
 Gebunden mit farb. Überzug
 Nr. P 1124 12,95 €

Das Ostpreußen-Lexikon – unentbehrliches Nachschlagewerk für alle, die Ostpreußen lieben und für alle, die ihr Wissen über das Land und seine Menschen vertiefen wollen. Georg Hermanowski, ein hervorragender Kenner Ostpreußens, informiert in über 850 Beiträgen kompetent und ausführlich über die Geschichte, Geographie und Kultur Ostpreußens. Ergänzt werden die Artikel durch 308 S/W-Illustrationen, die dem interessierten Leser die wichtigsten Persönlichkeiten, Sehenswürdigkeiten und Traditionen des Landes anschaulich näherbringen. Ein geschichtlicher Überblick bis zum alliierten Kontrollratsbeschluss über die Auflösung des preußischen Staates ergänzt das Werk.

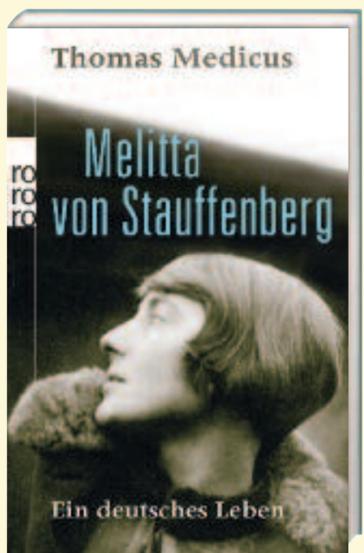


Lo Warnecke
Auf der Flucht
 Die Geschichte einer Gutsfamilie aus Mecklenburg 1945–1949
 Am 28. April 1945 standen Russen vor Neubrandenburg, etwa 40 Kilometer vom Gut von Lo Warnecke entfernt. Alles war schon für die Flucht vorbereitet, obwohl noch das strikte Verbot für die Zivilbevölkerung bestand, sich in den Westen abzusetzen. Es war nicht einfach, 26 Wagen und 34 Familien ungesehen über die Straßen und durch die Dörfer zu führen. Als es endlich losging, war es fast schon zu spät ... Lo Warnecke berichtet authentisch und lebendig von ihrem langen Weg in Richtung Westen, vom Aufbruch, wie sie, ihre Kinder und der ganze Treck von der Front eingeholt wurden und wie das Ziel in weite Ferne rückte. Sie hatten den Krieg überlebt, aber weiterlebte bedeutete genügend zu essen und eine Unterkunft zu organisieren, in einer Zeit als es nichts gab. 392 Seiten.
 Nr. P 533116 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €

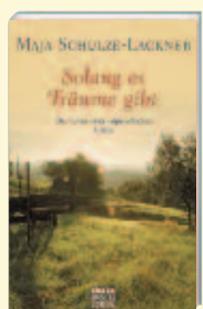


Robert Albinus
Königsberg-Lexikon ... für alle, die Königsberg lieben
 20 S/W-Abbildungen.
 Gebunden mit farb. Überzug
 Nr. P 1033 12,95 €

Das Königsberg-Lexikon – unentbehrliches Nachschlagewerk für alle, die Königsberg lieben und ihr Wissen über die Stadt und ihre Menschen vertiefen wollen. Der Herausgeber dieses Bandes, Robert Albinus, ein hervorragender Kenner Königsbergs, informiert unter Mithilfe zahlreicher Mitarbeiter in über 2.630 Beiträgen kompetent und ausführlich über die Geschichte, Geographie und Kultur Königsbergs. Ergänzt werden diese Artikel durch 850 Biografien, die dem interessierten Leser die wichtigsten Persönlichkeiten Königsbergs anschaulich näher bringen. Eine Zeittafel vom Bau der Burg Königsberg im Jahr 1255 bis zur Kapitulation der Stadt im Jahr 1945 ergänzt dieses Werk.



Thomas Medicus
Melitta von Stauffenberg
 Ein deutsches Leben
 Sie war die Enkelin eines jüdischen Textilhändlers aus Odessa, Schwägerin des späteren Hitlerattentäters, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Flugpionierin. Als Stukatestipolant mit zweitausend Sturzflügen hat sie den Bombenkrieg der Luftwaffe perfektioniert – eine tragische Himmelstürmerin: Melitta von Stauffenberg lebte gefährlich und stets am Limit. Ihre Liebe zum feingeistigen Althistoriker Alexander von Stauffenberg war ebenso bedingungslos wie ihre Hingabe an die Fliegerei, die ihr am 8. April 1945 zum Verhängnis wurde. Thomas Medicus beschreibt mit Hilfe bisher unbekannter Quellen dieses ebenso faszinierende wie radikale Leben. Ein einzigartiges Frauenschicksal – und ein dramatisches Kapitel deutscher Geschichte. 416 Seiten
 Nr. P A0631 Taschenbuch 9,99 €



Maja Schulze-Lackner
Solange es Träume gibt
 Das Leben einer ostpreußischen Gräfin 368 S./Taschenbuch
 Nr. P A0328 7,99 €

Vom kleinen Mädchen zur starken Frau – Das Schicksal der ostpreußischen Gräfin Feodora. Ostpreußen Ende des 19. Jahrhunderts: Leopold von Troyenfeld heiratet die Russin Natascha. Schon bald gibt er sich dem Glücksspiel hin. Der finanzielle Ruin der Eltern bereitet dem unbeschwerten Leben Feodoras ein jähes Ende. Um das Gut ihrer Familie zu retten, lässt sie sich auf eine Zwangsheirat mit dem wohlhabenden, aber ungeliebten Heinrich von Harden ein. Doch sie verzweifelt nicht, nimmt ihr Schicksal in die Hand und beginnt zu kämpfen, für ihr Leben und ihre Träume ...



E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
 Der große Ostpreußen-Roman 508 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P 1538 8,99 €

Ein edles Schmuckstück – ein Bernsteinropfen, eine Mücke umschließend, vom Meer an die samländische Küste gespült – wird von Geschlecht zu Geschlecht weitervererbt, aber dieses Schmuckstück bringt kein Glück ... Ostpreußen mit seinen schimmernden Küsten, dunklen Wäldern, leuchtenden Seen und goldenen Weizenfeldern ist der Schauplatz dieses vielleicht letzten großen Ostpreußenromans, der sieben Jahrhunderte umfasst, in denen sich die Geschehnisse mehrerer Familien erfüllen bis hin zu den tragischen Geschehnissen der jüngeren Vergangenheit als Ostpreußen in Schutt und Asche versank.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNGEN

Schlamm Schlacht am Oranienplatz

Berlin – Die Berliner „Oranienplatz-Flüchtlinge“, vornehmlich Afrikaner, haben Strafanzeige gegen ihre linken „Unterstützer“ erstattet, weil rund 11000 Euro vom Spendenkonto abgehoben worden seien, deren Verbleib nicht dokumentiert sei. Im Oktober seien täglich 500 Euro von derselben Bank abgehoben worden, über die kein Verwendungsnachweis existiere. Die beschuldigte „Antirassistische Initiative“ wies den Vorwurf zurück. H.H.

Athen legt Kliniken lahm

Athen – Die griechische Regierung hat die rund 250 staatlichen Kliniken bis zum 17. März lahmgelegt. Bis dahin soll die Krankenversicherungsanstalt abgewickelt und durch eine neue ersetzt sein, die nur noch Verwaltungspersonal beschäftigt und medizinische Leistungen einkauft. 700 Ärzten wurde schon de facto gekündigt. 873000 Griechen sind bereits ganz ohne Krankenversicherung, weil die nach maximal zwei Jahren Arbeitslosigkeit erlischt. H.H.

ZUR PERSON

Kein politischer Kopf

Während diese Zeilen geschrieben werden, ringen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) noch darum, wer die Nachfolge von Bundesbank-Vizepräsidentin Sabine Lautenschläger antritt, die in den Vorstand der EZB gewechselt ist. Vieles spricht derzeit dafür, dass Schäuble seine Favoritin **Claudia Buch** durchdrückt, die auch von Bundesbankpräsident Jens Weidmann favorisiert werden soll. Der SPD ist Buch zu wenig politisch, auch kreidet man der Leiterin des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) an, dass sie zu wenig Verwaltungserfahrung hat. Die SPD möchte zudem lieber das Bundesbank-Vorstandsmitglied Joachim Nagel zum Vize von Weidmann befördern.

Allerdings hat die SPD, die sonst gerne Frauen in Führungspositionen sehen will, Schwierigkeiten zu erklären, wieso sie die scheidende Lautenschläger durch einen Mann



ersetzen will, obwohl es eine passende Kandidatin gibt. Dass die 47-jährige Buch, die im Europäischen Rat für Systemrisiken sitzt, eine Expertin auf ihrem Gebiet ist, ist zudem unbestritten. Allerdings hat die kurzzeitige Leiterin des Forschungsbereiches „Finanzmärkte“ beim IWF das Bedürfnis, ihre eigenen Überzeugungen ohne Rücksicht auf politische Befindlichkeiten zu vertreten. So hat sich der Rat der Wirtschaftsweisen, in dem Buch seit 2012 sitzt, gegen Mindestlohn, Mietpreisbremse und Mütterrente ausgesprochen. Zudem ist die Bankenexpertin zwar für eine europäische Bankenaufsicht und einen gemeinsamen Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus, einen gemeinsamen Einlagensicherungsfonds sieht sie jedoch als Gefahr, da durch ihn Reformen verschleppt werden könnten. Bel



Die falsche Botschaft

Wie Frauen immer unglücklicher werden, warum wir lieber nette Klan-Mitglieder sehen wollen, und wieso Schwarzer nun »rechts« ist / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Es gibt Dinge, die sollte man besser geheim halten. Insofern ist es unverantwortlich, was da gerade durchs Internet geistert, eine brisante Studie nämlich. US-Forscher haben das Glücksgefühl von Frauen und Männern in Amerika und Europa seit 1972 untersucht. 1972, das war die Zeit, als sich die klassische Rollenverteilung in den Familien auflösen begann.

Hieß es bis dahin, er geht arbeiten und sie hütet die Kinder, hatten Forscher und Frauenrechtler in den 60er Jahren festgestellt, dass die Frauen auch arbeiten müssten. Das Hausfrauendasein sei nämlich ein unwürdiges Dahinvegetieren in Abhängigkeit und Leere, das, so müsste man meinen, die Frauen zu einem unglücklichen Leben verdammt, damit die Männer auf ihre Kosten glücklich werden können.

Heute sind allein in Deutschland 72 Prozent der Frauen von 15 bis 64 Jahren erwerbstätig. Denen geht es also viel, viel besser als ihren Vorfahren, sie können sich richtig glücklich schätzen. Doch nun kommt's: Das tun sie aber nicht! Seit 1972 geht das Glücksgefühl der Frauen laut Studie kontinuierlich zurück, während sich die Männer dagegen immer besser fühlen.

Wenn Alice Schwarzer nicht gerade mit anderen Sachen beschäftigt wäre, hätten wir sie fragen mögen: Und das ist nun die Frucht der „Emanzipation“, die Sie seit mehr als 40 Jahren so eifrig vorantreiben? Sind Sie überhaupt auf der Seite der Frauen?

Böse Zungen behaupten ja, am Anfang hätten gar nicht die „Emanzen“ gestanden, sondern ein gewisser Herr Rockefeller, der sich so um 1960 gefragt habe, wie es eigentlich angehen könne, dass die Hälfte der erwerbsfähigen Amerikaner keine Steuern zahle. Gemeint hat er die (Haus-)Frauen. Das müsse man ändern.

Also alles bloß eine böse Falle, um sich ein neues Reservoir an Arbeitskräften und Steuerzahlern zu erschließen? Und die Frauen hat man trickreich aufs Kreuz gelegt mit dem Versprechen, sie „aus den Zwängen eines überkommenen Rollenverständnisses zu befreien“? Wenn das stimmt, war der Coup genial!

Aber nein, Frau Schwarzer würde solche Gedanken schnell vom Tisch fegen mit dem Verdikt, die Studie sei „tendenziös“ – wie alle Studien, die ihrer Sicht der Dinge zuwiderlaufen. So würde es auch die OECD in Paris sehen. Die hält Deutschland dieser Tage mal wieder unter die Nase, dass es zu wenig gegen die „Folgen des demografischen Wandels“ unternehme. Und was bitteschön empfehlen die Experten? Es müssten noch viel mehr Menschen, vor allem mehr Frauen als die 72 Prozent, in die Erwerbstätigkeit gebracht werden.

Aha? Also wenn hierzulande zu wenig Kinder auf die Welt kommen, heißt die Antwort, dass die möglichen Mütter noch viel mehr als bislang erwerbstätig werden müssten, sich also weniger um Kinder und Haushalt kümmern sollen. Erstaunliche Logik.

Es ist die Logik der Antidiskriminierung, die versteht man nicht immer auf Anhieb. Laut der „Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz“ (ECRI) trieft unser Land vor Diskriminierung, vor allem von Zuwanderern. Man ist „alarmiert“ vom rassistischen Gehalt öffentlicher Debatten, gegen den die Strafverfolgungsbehörden nicht energisch einschritten. Namentlich wird Thilo Sarrazin und sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ genannt, das laut ECRI wohl nie hätte erscheinen dürfen. „Sehr besorgt“ sei man darüber, „dass mehrere Publikationen Auszüge aus dem Buch druckten. Darüber hinaus erfuhren die rassistischen Bemerkungen in der folgenden Debatte große Unterstützung ...“

Also: Das darf es nicht mehr geben, dass einer wie Sarrazin auch noch gedruckt wird. Außerdem haben wir ihn gefälligst alle abzulehnen. Wer sich nicht daran hält, der soll bestraft werden: Der Begriff Rassismus werde in Deutschland immer noch „viel zu eng“ ausgelegt und strafrechtlich nicht emsig genug verfolgt, klagt die ECRI. Auf Deutsch: Der nächste Sarrazin muss im Knast landen.

Da könnte den Machern der jüngsten Bremer „Tatort“-Folge („Brüder“) ja was blühen. Die haben, eng angelehnt an einen realen Fall, den Blick in die Abgründe einer orientalischen Sippe an der Weser gerichtet, was zu empörten Reaktionen geführt hat.

Da jeder weiß, dass das Vorbild für den Film der Bremer Miri-Klan war, ist Innenstaatsrat Holger Münch sehr beunruhigt. Der „Tatort“ verbreite eine „falsche Botschaft“, die zur Stigmatisierung des Miri-Klans führe. Stattdessen solle man auf positive Vorbilder setzen wie Kfz-Meister oder Akademiker aus der Familie. Zudem habe die Polizei, deren

Präsident Münch bis vor zwei Jahren war, die Auswüchse in den Griff bekommen.

Die Fakten: Der Miri-Klan umfasst rund 2600 Menschen (inklusive Babys und Greise), von denen jeder zweite polizeibekannt ist. Bei den Miris von 14 bis 74 sind die Unbescholtenen also wohl in der Minderheit, 50 gelten als schwerstkriminell. Die Palette reicht von Raub, Körperverletzung und Drogenhandel bis hin zu Bestechung und Nötigung.

Aber 2012 ist ja „nur noch“ jeder sechste Miri einer Straftat bezichtigt worden, halten die Bremer Verantwortlichen dagegen. Für Münch hat man das Problem damit „in den Griff bekommen“, weshalb er vor „falschen Botschaften“ warnt.

Nur mal hochgerechnet: Wenn 2012 in ganz Deutschland „nur“ 13,5 Millionen Menschen (ein Sechstel von 81 Millionen) strafällig geworden wären, würden rund um die Erde Reisewarnungen ausgesprochen, die deutschen Grenzen von außen dichtgemacht und die Bundesrepublik als „gefährlichster Brandherd Europas“ von Uno-Friedenstruppen besetzt werden.

Und was wäre in diesem Falle das Thema eines britischen oder italienischen Krimis, der in Deutschland spielt? Na klar doch: das beschauliche Leben des unbescholtenen deutschen Kfz-Mei-

sters und seines bezaubernden Schwagers von der Bremer Uni. Alles andere würde ja eine völlig „falsche Botschaft“ über unser Land verbreiten.

Um solche Botschaften zu unterbinden, haben wir die „Politische Korrektheit“ erfunden. Oder? Jan Fleischhauer, der Schaufenster-Konservative vom „Spiegel“, behauptet, ein Diktat der „Politischen Korrektheit“ gebe es gar nicht. Beweis: Thilo Sarrazin könne seine Bücher ja frei verkaufen. Mit anderen Worten: Wer meint, die Freiheit der Meinung gelte in unserem Land nur noch eingeschränkt und werde von links bedroht, der hat einen an der Waffel und sieht Gespenster oder der will sich bloß interessant machen.

Fleischhauer sollte die Probe aufs Exempel wagen, eine AfD-Mütze aufsetzen, Schwarz-Rot-Gold schultern und sich so ausgestattet vor Hamburgs „Roter Flora“ niederlassen. Sind nur drei S-Bahn-Stationen vom „Spiegel“-Hochhaus. Da kann er dann seine eigenen Erfahrungen in Sachen Gespenster und Meinungsfreiheit absolvieren. Die nächste Klinik ist gleich um die Ecke in der Altonaer Straße.

Zumal sich die „Floristen“ ohnehin schon auf ihn freuen dürften, da Fleischhauer in gewissen Kreisen ja als „rechts“ gilt. Das mit dem „rechts“ kann sehr schnell gehen. Der „Freitag“, die Zeitung von Jakob Augstein, Erbe des „Spiegel“-Gründers, hat nun sogar die vielbeschäftigte Frau Schwarzer als „rechts“ entlarvt.

Gut, mit ihren Stellungnahmen zum Kopftuch hatte sie schon irritiert, aber „rechts“? Das hat wohl andere Gründe: Weil sie wegen der Steuergeschichte plötzlich peinlich wurde, muss sie nun auch „rechts“ sein. Auf diese Weise soll dafür gesorgt werden, dass das „Linke“ rein bleibt, man bucht die faulen Eier einfach aufs Konto der anderen.

Selbst der Erzkommunist Josef Stalin wurde so in manch linker Verdrehung schon zum „eigentlich Rechten“ umgemalt. Merke: Sobald bei einem Linken die Maske fällt, macht man ihn zum Rechten, damit die anderen Linken, bei denen die Maske noch sitzt, fein raus sind.

MEINUNGEN

Hans-Dieter Radecke und Lorenz Teufel erklären im „Cicero“ (21. Februar), was die „Politische Korrektheit“ anrichtet:

„Das aber ist das Kennzeichen von totalitärem Denken in einer Gesellschaft, die Freiheit nicht aushält, in der eine tonangebende Schicht von Besserwissern sich im Besitz der Wahrheit glaubt und das Recht auf Volkserziehung anmaßt. Die Diktatur der politischen Korrektheit ist subtiler als die der Propagandaministerien und Reichskulturkammern, aber die Konsequenz ist die gleiche: ein entmündigter Bürger.“

Ex-Notenbanker Otmar Issing kritisiert im „Handelsblatt“ vom 21. Februar die Forderungen des US-Milliardärs George Soros in dessen neuem Buch „Wetten auf Europa: Warum Deutschland den Euro retten muss, um sich selbst zu retten“:

„Transfers ... gab es in der Europäischen Union von Anfang an ... Jetzt geht es um etwas ganz anderes und ganz andere Dimensionen. Der Ruf nach einer Transferunion meint die Übertragung von Steuergeldern aus solideren Ländern in solche, die etwa durch überzogene Lohnerhöhungen Arbeitslosigkeit erzeugt haben. Das wäre eine Perversion des Solidaritätsgedankens.“

Im „Spiegel“ vom 17. Februar zieht Martin Wolf eine bemerkenswerte Parallele zwischen der US-Serie „House of Cards“ um den Politiker Frank Underwood und der deutschen Politik:

„Underwood ist zwar ein Meister des Machterwerbs, aber letztlich weiß er nichts mit dieser Macht anzufangen. Er hat kein erkennbares Programm, keine Ideen, keine Überzeugungen; er will nicht gestalten. Politisch richtig ist, was ihm nützt. Damit ähnelt Underwood zwar dem einen oder anderen real existierenden Spitzenpolitiker. Aber wer möchte schon eine 13-teilige Fernsehserie über Angela Merkel sehen?“

Auch gegenüber der „Wirtschaftswoche“ (24. Februar) erklärt Thilo Sarrazin (siehe Interview S. 2), woher der Schwund der gelebten Meinungsfreiheit in Deutschland rührt:

„Ich habe ein Grundmuster der Sprechverbote identifiziert, das sich in vielen Ausprägungen niederschlägt. Das ist der Gleichheitswahn. Alle natürlichen, alle angeborenen Unterschiede werden einfach geleugnet: zwischen klugen und dummen Menschen, fleißigen und faulen Menschen, Frauen und Männern. Es soll keine Unterschiede geben. Und wenn sie sich nicht leugnen lassen, dann sollen sie wenigstens keine Bedeutung haben.“

Im Internet-Portal „Achse des Guten“ (24. Februar) würdigt Burkhard Müller-Ullrich den BER auf unkonventionelle Weise:

„Auch etwas Nichtvorhandenes kann eine Geschichte haben. Der sogenannte Groß- oder auch Hauptstadtflughafen Berlin-Brandenburg ist in seiner persistenten Nichtvorhandenheit schon so historisch, dass seine zukünftige Daseinsmöglichkeit vor dem Hintergrund seiner traditionsreichen Nichtexistenz kaum noch eine Rolle spielt. Jeder sieht es, jeder spürt es: Das Wesentliche dieses Flughafens besteht darin, dass es ihn nicht gibt; sollte sich das jemals ändern, was allerdings nicht zu befürchten ist, dann wird man sein Nichtsein sehr vermissen, einfach weil man sich daran gewöhnt hat.“